

HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung

68. Jahr

Heft 4

April 2015



TITELTHEMA

Studieren in Hessen

Tarifrunde 2015: Wir lassen uns nicht abhängen!

Aktuelle Informationen zur Tarif- und Besoldungsrunde auf Seite 5

- 4.000 Kolleginnen und Kollegen bei Warnstreiks und Demonstrationen in Hessen
- Transparente an den Schulen: Solidarität mit den Tarifforderungen
- Bei Redaktionsschluss noch kein Tarifergebnis in den anderen Bundesländern
- Weitere Warnstreiks sind möglich!

Junge GEW diskutiert und wählt

Alle GEW-Mitglieder unter 35 Jahren sind herzlich eingeladen am Samstag, den 30. Mai 2015, von 10:30 Uhr bis ca. 16:30 Uhr in das DGB-Haus Frankfurt, Raum 4, Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, 60329 Frankfurt am Main. Dort versammelt sich die Personengruppe Junge GEW Hessen zu folgenden Themen:

- Besoldungsrunde 2015: Wie ist meine Rolle als junge Lehrerin oder junger Lehrer im Beamtenstreik? Was darf ich und wie kann ich mich einbringen?

- Aufwertung von „Frauenberufen“: Aktuelles aus der Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst, Fachtagung
 - Perspektiven des politischen Streiks
 - Die Arbeit der Jungen GEW
 - Wahlen eines Sprecher_innenteams
- Wer Interesse an der Mitarbeit hat, kann sich bei Tobias Cepok melden (tcepok@gew-hessen.de).

Anmeldung bis zum 30. April 2015: bloesel@gew-hessen.de. Fahrtkosten entspre- chend einer Bahnfahrt der 2. Klasse und Verpflegung vor Ort werden übernommen; Kinderbetreuung bei Anmeldung.

Gesundheit und Arbeitszufriedenheit im Schulalltag

Fachseminar der Personengruppe Frauen in der GEW Hessen

„Ich kenne die Belastungen an meinem Arbeitsplatz und bin belastbar. Meinen Beruf übe ich gerne aus. Trotzdem hangele ich mich in der Praxis erschöpft, manchmal sogar frustriert, von Ferien zu Ferien. Wie soll ich das bis 67 durchhalten?“

Mit diesen und anderen Fragen rund um das Thema Gesundheit und Arbeitszufriedenheit befasst sich ein Seminar der Personengruppe Frauen der GEW Hessen:

Dienstag, 28. April 2015, 14–16.30 Uhr
DGB-Haus Frankfurt
Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77

Auf dem Programm stehen ein Vortrag von *Sonja Stork* zu Einflussfaktoren auf Gesundheit und Arbeitszufriedenheit im Schulalltag und ein Workshop zur Ermittlung des eigenen arbeitsbezogenen Verhaltens- und Erlebensmusters (AVEM) und zur Erarbeitung von gesundheitsförderlichen Handlungsstrategien. Grundlage sind die Erwartungen und Fragen der Teilnehmerinnen. Die Veranstaltung ist als Fortbildungsmaßnahme akkreditiert.

- *Anmeldung: GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Tel. 069-9712930, Fax: 069-97129393, E-Mail info@gew-hessen.de, Teilnahmegebühr: 5 Euro, für GEW-Mitglieder kostenfrei.*



Zeitschrift der GEW Hessen
 für Erziehung, Bildung, Forschung
 ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
 Landesverband Hessen
 Zimmerweg 12
 60325 Frankfurt/Main
 Telefon (0 69) 971 2930
 Fax (0 69) 97 12 93 93
 E-Mail: info@gew-hessen.de
 Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
 Klingenberg Str. 13
 60599 Frankfurt am Main
 Telefon (0 69) 636269
 Fax (069) 6313775
 E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Holger Giebel, Angela Scheffels (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Heike Lühmann (Aus- und Fortbildung), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:

Harald Knöfel, Michael Heckert †

Titelthema: Tobias Cepok, Roman George, Landesfachgruppe Hochschule und Forschung der GEW

Illustrationen:

Traeger & Traeger (Titel), Klaus Stuttmann (S. 11), Dieter Tonn (S. 27), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos, soweit nicht angegeben:

GEW (S. 5, 6, 7, 17, 25, 29, 40), Harald Freiling (S. 14)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
 Niederstedter Weg 5
 61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
 Peter Vollrath-Kühne
 Postfach 19 44
 61289 Bad Homburg
 Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
 E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
 Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Aus dem Inhalt

Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 6 Meldungen
- 31 Bücher
- 34 Briefe
- 35 Aus der Personalratsarbeit
- 36 Magazin

S. 5: Tarif- und Besoldungsrunde 2015

Titelthema: Studieren in Hessen

- 7 Tarifrunde Goethe-Universität
- 7 Neues Hessisches Hochschulgesetz
- 9 BAföG ist SparföG
- 10 Soziale Herkunft und Hochschulkarriere
- 12 Studieren mit Kind(ern)

- 13 Finanzierung der Studentenwerke
- 14 Promovieren an Fachhochschulen
- 15 Im Gespräch: Neue Universitätspräsidentin der Goethe-Universität
- 16 Bologna-Prozess ist gescheitert
- 18 Die neue Hochschularchitektur

S.19–22: lea-Fortbildungsprogramm

Einzelbeiträge

- 23 Mit lea nach Israel und Palästina
- 24 Inklusion: Der Beschluss der LDV
- 26 Fortbildung „Führen und Folgen“
- 28 Arbeitszeitrichtlinien für „SozPäds“
- 30 Der Rechentrainer
- 32 Gender Correctness in der Sprache
- 33 Flughafenausbau im Schulbuch

Die Kehrseite der Bildungsexpansion

Mit ungefähr 2,7 Millionen hat die Zahl der Studierenden in Deutschland einen neuen Höhepunkt erreicht. Das ist ohne Zweifel eine erfreuliche Entwicklung. Mittlerweile erwirbt mehr als die Hälfte eines Jahrgangs die allgemeine oder die fachgebundene Hochschulreife. Um die Jahrtausendwende hätte das angesichts der vielfältigen Probleme und der sozialen Schieflage unseres dreigliedrigen Schulsystems kaum jemand erwartet. Obwohl der Zugang zu den Hochschulen immer noch sozial stark selektiv ist, muss man auch als Kritiker des deutschen Bildungssystems konstatieren, dass es in den letzten 15 Jahren aus verschiedenen Gründen zu einer zweiten Bildungsexpansion gekommen ist. Für die Hochschulen und die Studierenden hat diese Entwicklung aber auch eine Kehrseite. Die finanzielle Ausstattung des Hochschulsystems hat mit der Zahl der Studierenden nämlich bei weitem nicht Schritt gehalten. Die in den bisherigen Hochschulpakten zur Verfügung gestellten Gelder basieren auf unrealistischen Kalkulationen:

- Mit 6.500 Euro wird ein Studienplatz weit günstiger veranschlagt, als es der Wirklichkeit entspricht.
- Bis 2020 erwartet die Kultusministerkonferenz (KMK) jetzt nicht 275.000 zusätzliche Studierende, wie es noch 2009 hieß, sondern 750.000.

Die Folgen dieser politisch gewollten Fehlprognosen machen sich im Alltag der Hochschulen an allen Ecken und Enden bemerkbar: bei den Studienbedingungen, bei den Beschäftigten, bei der Struktur der Hochschulfinanzen und der Struktur der Hochschullandschaft insgesamt. Ohne die drastische Erhöhung der Anzahl der Lehrbeauftragten wäre die Lehre überhaupt nicht mehr zu bewältigen. Heute sind fast doppelt so viele Lehrbeauftragte an den Hochschulen tätig wie vor zehn Jahren. Diese vollkommen unterbezahlte und weitgehend rechtlose Gruppe kann aufgrund ihrer unsicheren Position die Betreuung der Studierenden aber nicht wirklich gewährleisten.

Unterhalb der Professur sind inzwischen neun von zehn Wissenschaftlern befristet angestellt und die Hälfte von ihnen für maximal gerade einmal ein Jahr. Für eine kontinuierliche wissenschaftliche Arbeit und für eine langfristige Planung von Privatleben und Beruf ist das, sehr vorsichtig formuliert, alles andere als günstig. Bei den Hochschulfinanzen hat sich im letzten Jahrzehnt eine massive Verschie-

bung zu Lasten der garantierten Grundmittel und zugunsten der Drittmittel ergeben. Drittmittel machen mittlerweile 27 Prozent der Hochschulbudgets aus. An manchen Universitäten ist der Anteil noch deutlich höher. Und die Forschungsmittel stammen sogar zu über zwei Drittel aus Drittmitteln. Die Abhängigkeit der Hochschulen von diesen nicht längerfristig garantierten Mitteln nimmt kontinuierlich zu. Eine Reaktion ist die immer kürzere Befristung von Arbeitsverhältnissen. Die Exzellenzinitiative hat die Aufspaltung der Universitäten in Forschungs- und Lehreinrichtungen eingeleitet. Einer Minderheit der großen und durchsetzungsstarken Universitäten kommen so viele zusätzliche Mittel zu, dass sie politisch erst einmal weitgehend ruhig gestellt sind.

Angesichts all dieser Probleme deutet sich eine neue Debatte um die Einführung von Studiengebühren an. Kurz nacheinander forderten Horst Hippler, der Vorsitzende der Hochschulrektorenkonferenz, Jürgen Hesselbach, der Präsident der TU Braunschweig, und Dieter Dohmen, Leiter des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie, Studiengebühren als Mittel zur Behebung der Finanzmisere. Eine andere Möglichkeit wird dagegen kaum thematisiert. Obwohl das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Erbschaftssteuer für Unternehmenserben es nahe legt, hier pro Jahr zusätzliche Steuereinnahmen im höheren einstelligen oder sogar im zweistelligen Milliardenbereich zu generieren, die zumindest zum Teil in die Hochschulfinanzierung gesteckt werden könnten, erklärten Bundesfinanzminister Schäuble und andere hochrangige Politiker unmittelbar nach dem Urteil, dass die Summe der Einnahmen auf dem bisherigen Niveau verbleiben werde. Diese Lösungsvariante wird leider nicht einmal erwogen.

Dr. Hartmann



Michael Hartmann
Professor für Elite- und
Organisationssoziologie
an der TU Darmstadt

Sehnsucht

Ach, wie habe ich das vermisst. Hundert, zweihundert nette junge Menschen, die vor einem Jugendtheater ungeduldig auf Einlass warten. Hier wird inszeniert, was in der Berliner Oberstufe in Literatur behandelt werden muss. Hier harrt die künftige Elite unseres Landes darauf, Wissen und Kultur aufzusaugen. Eine Kollegin meiner früheren Schule hat noch zwei Karten übrig, und natürlich sind mein Mann und ich als passionierte Deutschlehrer sofort bereit, sie zu begleiten. Wenn wir als Rentner sonst ins Theater oder Konzert gehen, stoßen wir auf ältere und ganz alte Menschen, es sei denn, wir besuchen das hochgelobte „Theater des Jahres“, da trifft man auch Zuschauer unter 65.

Da auf meiner Eintrittskarte „Parkett rechts“ steht, wende ich mich zum rechten Eingang. Eine einsame Platzanweiserin empfängt mich. Alle übrigen Zuschauer drängen sich an der linken Tür, und das Stück beginnt mit einer deutlichen Verzögerung. Der Schauspieler, der in Unterhosen mit aufrei-

zend „unmännlichen“ Bewegungen auf der Bühne rumhüpft, gewinnt die Herzen seines jungen Publikums im Sturm. Ich aber bewundere Nonkonformisten, die sich nicht von jedem vordergründigen Klamauk korrumpieren lassen. Also z. B. die junge Frau vor mir, die in der ersten Halbzeit unentwegt auf ihr Smartphone starrt, Nachrichten empfängt und verschickt, nicht ohne diese zuvor ausführlich mit ihrer Nachbarin diskutiert zu haben. Hin und wieder senkt sich ihr Haupt für einen kurzen *Power Nap* (Sie können mit diesem Begriff nichts anfangen? Na gut, früher hieß so was „Nickerchen“). Große Firmen wie BASF, Opel und Lufthansa stellen ihren Mitarbeitern sogar Räume dafür zur Verfügung, denn eine kleine Siesta tagsüber erhöht die Leistungskraft und fördert die Motivation!) Vor mir sitzt also eine kluge und zukunftsorientierte Schülerin, die ihre Energien einzuteilen weiß. Warum soll sie auch einer Aufführung Respekt zollen, die für sie unendlich langweilig ist? Schauspieler müssen fesseln und faszinieren! Wenn sie das nicht können, sollten sie den Beruf wechseln (wir suchen derzeit im Berliner Schuldienst dringend Quereinsteiger...) oder sie müssen die Folgen aushalten. Zum Beispiel die drei jungen Frauen hinter mir. Sie haben riesige Handtaschen, eher Säcke dabei,

in denen sie unentwegt suchen. Klapp, Tasche auf. Kram, kram, raschel, knister, knusper. Klapp, Tasche zu. Dabei unterhalten sie sich laut und deutlich. Ich liebe freie Persönlichkeiten! Sie lassen sich nicht von kleinbürgerlichen Konventionen beeindrucken (im Theater isst man nicht, im Theater spricht man nicht, mit schwerer Bronchitis bleibt man daheim).

Im Saalhintergrund wird ein permanenter, männlich dominierter Klangteppich produziert, auf den die Schauspieler elegant ihre Dialoge setzen. Eine Plastikflasche fliegt durchs Parkett, ein Schüler haut seinem Kumpel auf den Kopf, der zwei Reihen vor ihm sitzt. Ich amüsiere mich königlich. Welche Kreativität, welches ungezügelt Temperament! End-

lich mal wieder Leben in der Bude! Die Schüler meiner Kollegin wirken dagegen domestiziert und eingeschüchtert. Sie hocken wie Mumien in ihren Sitzen, angespannt und verängstigt. Niemand zappelt, raschelt oder öffnet zischende Seltersflaschen. Wer weiß, mit welchen Konsequenzen meine Kollegin sie bedroht hat. Arme Kinder!

Leider will mein Mann in der Pause gehen. Ihm gefällt die Inszenierung nicht. Er huldigt ja dem Humboldt'schen Bildungsideal und denkt immer noch, Inhalte seien wichtiger als die Form. Er wirft mit Sprüchen um sich wie: „Wenn Buch und Kopf zusammenstoßen und es klingt hohl, dann ist nicht immer das Buch daran schuld.“ Oder „Wenn man einem Affen den Spiegel vorhält, kann kein Apostel zurückschauen.“ Also alles sehr konservativ, autoritär und archaisch. Da er das Auto hat und wir weit entfernt von unserem Ruhesitz sind, muss ich notgedrungen mit. Die S-Bahn wird nämlich bestreikt.

Aber ich finde in den Herbstferien schnellen Trost für das entgangene Theatervergnügen. Da besichtigen wir ein ehemaliges DDR-Gefängnis in Sachsen. Gemeinsam mit uns besieht sich eine Schulklasse enge Transportwagen, Zellen und Verhörräume. Ein Museumsführer redet pausenlos auf die Jugendlichen ein. Haut ihnen kübelweise Historie und Begriffe wie Unrecht und Verfolgung um die Ohren. Auch hier beeindruckt mich die jungen Menschen, die cool ihre Individualität bewahren und sich nicht an spießige Regeln halten. Ein paar Mädchen kontrollieren im Taschenspiegel ihr Make-up, Knaben kauen ungerührt Kaugummi, in der Ecke erledigt einer wichtige Telefonate. Vielleicht gründet er gerade ein Start-up-Unternehmen oder spekuliert an der Börse. Ich bewundere den Begleitlehrer, der seinen Schülern diese Freiheit gönnt. Das kann nicht jeder Lehrer! Aber hier steht ein echter Potenzialentwicklungscoach, der den Kindern alle Möglichkeiten zur persönlichen Entfaltung gibt.

Denn das brauchen wir: kreative, unkonforme, unbefangene und originelle junge Menschen. Aufbegehrend gegen alte Zwänge, konzentriert auf sich selbst und das eigene Tun. Schade, dass ich nicht mehr im Schuldienst bin und in dieser Hinsicht förderlich wirken kann. Aber ich kann zumindest auf dem Weg dieser Glosse andere Hirne und Herzen erreichen!

Gabriele Frydrych



Wir lassen uns nicht abhängen!

Aktuelle Informationen zur Tarif- und Besoldungsrunde

Am 16. und 17. März trafen sich in Potsdam die Verhandlungskommissionen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zusammengeschlossenen 15 Bundesländer, um über die Forderungen der Gewerkschaften nach Einkommensverbesserungen für die Beschäftigten der Bundesländer zu verhandeln. Auch die dritte Verhandlungsrunde endete ohne ein verhandlungsfähiges Gesamtangebot der Arbeitgeber. Außerdem hatten die Arbeitgeber inakzeptable Forderungen zu Einschnitten bei der Zusatzversorgung für die Alterssicherung auf den Tisch gelegt. Was die Gewerkschaften davon halten, dokumentierten weitere Warnstreiks in den letzten Märzwochen. Ob die nächste Verhandlungsrunde am 28. März ein Ergebnis gebracht hat oder mit einer längeren Tarifauseinandersetzung zu rechnen ist, war bei Redaktionsschluss nicht bekannt. Weitere Informationen findet man auf der Homepage www.gew.de.

Warnstreiks in Hessen

Das Ergebnis der Verhandlungen mit der TdL ist auch für Hessen, das als einziges Bundesland nicht der TdL angehört, von großer Bedeutung. Die Verhandlungen im Bereich des Tarifvertrags Hessen (TV-H) hatten am 6. März begonnen. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes fordern wie in den anderen Bundesländern eine Gehaltserhöhung von 5,5%, mindestens aber 175 Euro. Bei dieser ersten Verhand-



lungsrunde hatte Innenminister *Peter Beuth* (CDU) als Vertreter des Landes kein Angebot gemacht. Über den Verhandlungsauftritt an der Goethe-Uni informiert die HLZ auf Seite 7. Die GEW und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes riefen die Tarifbeschäftigten im Landesdienst sowie der Goethe-Universität und der TU Darmstadt deshalb am 11. März zu einem ersten Warnstreik auf. Hessenweit beteiligten sich rund 4.000 Beschäftigte an den Warnstreiks, darunter auch gut 300 tarifbeschäftigte Lehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Zeitgleich beteiligten sich zahlreiche Beamtinnen und Beamte an Aktionen zur Unterstützung der Forderungen. Sie bekräftigten bei Aktionen, durch ihre Teilnahme an den Demonstrationen und mit Protestresolutionen ihren Ärger über die Androhung einer „Nullrunde“ durch die schwarz-grüne Koali-

tion und die Forderung, dass das Tarifiergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden muss. Außerdem soll endlich die 2009 für die Angestellten tariflich vereinbarte Arbeitszeit von 40 Wochenstunden auf die Beamtinnen und Beamten übertragen und damit auch eine entsprechende Verkürzung der Lehrerabeitszeit vorgenommen werden.

Bei der Streikkundgebung in Darmstadt bekräftigte *Jochen Nagel*, Vorsitzender der GEW Hessen, die gewerkschaftlichen Forderungen:

„Der geforderte Einkommenszuwachs ist angesichts des Nachholbedarfs der Gehälter im Landesdienst im Vergleich zur allgemeinen Einkommensentwicklung mehr als gerechtfertigt.“

Zudem gelte es, ein Auseinanderfallen der Einkommensentwicklung innerhalb des öffentlichen Dienstes zu verhindern. Die Tabellenentgelte bei den Kommunen liegen seit März um rund vier Prozent über den im hessischen Landesdienst geltenden Tabellenwerten.

Nach einer weiteren Gesprächsrunde der hessischen Tarifparteien auf Arbeitsebene ist die letzte vorab vereinbarte Verhandlungsrunde für den 14. und 15. April 2015 terminiert. Nach den Osterferien unmittelbar vor dieser letzten Runde sind weitere Warnstreiks möglich. Dabei ist die Solidarität der Beamtinnen und Beamten weiter gefordert. Alle aktuellen Informationen und Materialien findet man unter www.gew-hessen.de.

Harald Freiling



Demonstrationen am 11. März in Darmstadt (oben) und Kassel (Fotos: Elke Hoefl)

DGB unterzeichnet Bündnis für Ausbildung

Gabriele Kailing, DGB-Bezirksvorsitzende Hessen-Thüringen, bekräftigte bei der Unterzeichnung des „Bündnisses für Ausbildung“ die Erwartung des DGB, „dass es in Hessen einen direkten Zugang nach der Berufsausbildung ins Studium gibt“. Das duale Ausbildungssystem müsse auch für leistungsstärkere Jugendliche attraktiv bleiben. Außerdem erwarte der DGB eine Reform des Übergangssystems. Viel zu oft brechen junge Menschen ihre Ausbildung ab, wenn sie als billige Arbeitskräfte ausbildungsfremde Tätigkeiten ausüben müssen. Das Bündnis beinhaltet die Zusage, dass jedem Jugendlichen ein Ausbildungsplatz angeboten und die Zahl der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Stellen gesteigert wird.

Warnstreiks im Sozial- und Erziehungsdienst

Am 25. Februar haben die Gewerkschaften des öffentlichen Diensts die Verhandlungen mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zur Entgeltordnung Sozial- und Erziehungsdienst aufgenommen. Die GEW fordert eine deutliche Aufwertung des Berufsfeldes, in dem die Bezahlung im Verhältnis zu anderen Branchen und Berufen mit vergleichbaren Ausbildungen und Anforderungen zu gering ist. Bei der SuE-Tabelle handelt es sich um eine eigenständige Tarifstruktur im öffentlichen Dienst der Kommunen. Die Verhandlungen sind insbesondere für Erzieherinnen und Er-

Praxissemester: Unausgegoren und konzeptionslos

Der GEW-Landesvorstand befasste sich im März erneut mit dem Praxissemester, das ab dem Herbst für die Lehramtsstudierenden an den Universitäten in Frankfurt (Lehramt für Gymnasien), Gießen (Lehramt für Förderschulen) und Kassel (Lehramt für Grundschulen und Haupt- und Realschulen) erprobt wird. Die GEW hält die bisherigen Planungen für „konzeptionslos und unausgegoren“. Außerdem führe es zu einer erheblichen Ausweitung der Mehrarbeit von Mentorinnen und Mentoren, deren Entlastung lange überfällig ist.

Bausteine für Resolutionen von Konferenzen und Schulpersonalräten sind auf der Homepage der GEW Hessen verfügbar (www.gew-hessen.de > Bildung > Themen > Lehrerbildung).

zieher in kommunalen Kindertagesstätten relevant, die SuE-Tabelle wird aber auch in anderen Tätigkeitsfeldern wie der Jugendsozialarbeit angewendet.

Der Verhandlungsaufakt wurde von der GEW als „ausgesprochen zäh“ eingeschätzt. Die Gespräche werden im April fortgesetzt.

Um genügend junge Menschen für eine Ausbildung in diesem Bereich zu gewinnen und Fachkräfte auf Dauer zu halten, ist eine verbesserte Tarifstruktur lange überfällig. Dafür traten Mitte März zahlreiche Erzieherinnen in den Warnstreik. Das Foto entstand am 19. März in Frankfurt.

GEW: Unterschriften gegen Tarifeinheitsgesetz

Auf seiner Klausurtagung am 6. und 7. März erneuerte der GEW-Landesvorstand seine Kritik am Gesetzentwurf zur „Tarifeinheit“, den der Bundestag Anfang März in erster Lesung beraten hatte. Abweichend vom Votum des DGB-Bundesvorstands lehnen die DGB-Gewerkschaften GEW, ver.di und NGG den Gesetzentwurf als Angriff auf die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht ab. Kleineren Gewerkschaften solle das Recht genommen werden, Tarifverträge für ihre Mitglieder abzuschließen. Damit werde ihnen auch das Streikrecht genommen. Die GEW teilt deshalb auch die Einschätzung mehrerer Gutachten, dass ein solcher Eingriff des Staates in die Tarifautonomie verfassungswidrig ist.

Ein linkes „Aktionsbündnis ‚Hände weg vom Streikrecht‘“ ruft am 18. April zu einer bundesweiten Demonstration in Frankfurt auf. Beginn ist um 13 Uhr am Hauptbahnhof.

- Auf der Homepage der GEW Hessen kann man online unterschreiben oder Unterschriftenlisten gegen den Gesetzentwurf herunterladen (www.gew-hessen.de).

Private Public Partnership: Massive Kostensteigerung

In den letzten Monaten kam für mehrere Projekte der Zusammenarbeit von Kommunen und Privatunternehmen bei der Finanzierung öffentlicher Investitionen (Private Public Partnership) der Tag der Wahrheit. Wie von PPP-Kritikern von Anfang an prognostiziert, schießen die Mehrkosten für die Kommunen ins Unermessliche. Allein im Kreis Offenbach, der ein großes Investitionsprogramm für den Neubau und die Sanierung von Schulen als PPP-Projekt organisierte und Bedenken gnadenlos diffamierte, liegen die Kosten pro Jahr um 60% über den vom Kreistag genehmigten Zahlungen an die privaten Investoren. Die GEW Hessen forderte mit Beschluss ihres Landesvorstands, „PPP-Finanzprodukte als besonders teure und demokratiefeindliche Kreditvariante endlich zu den Akten zu legen“ und Bauvorhaben für die Allgemeinheit auch öffentlich zu finanzieren.

Briefe an die Redaktion

Die Leserbriefे an die HLZ finden Sie in dieser Ausgabe ausnahmsweise auf Seite 34.



Tarifverhandlungen an der Goethe-Uni

Blockade bei Hilfskräften und befristeten Verträgen

Mit einem Affront der Hochschulleitung begannen am 6. März die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt: Sie verweigerte ganz grundsätzlich Verhandlungen über die Tarifierung der Arbeitsbedingungen von Hilfskräften und über eine Begrenzung der ausufernden Befristungspraxis an der Goethe-Universität.

Die Goethe-Universität kann seit 2007 eigene Tarifverträge abschließen. 2010 haben die Gewerkschaften mit der Goethe-Universität in einem Tarifvertrag vereinbart, dass die zukünftige Gehaltsentwicklung beim Land Hessen auch für die Beschäftigten der Goethe-Universität Frankfurt gelten soll. Für die Beschäftigten der Goethe-Universität fordern die Gewerkschaften GEW und ver.di deshalb wie für die des Landes 5,5 Prozent mehr Gehalt, mindestens 175 Euro monatlich.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften Regelungen zur Einschränkung von befristeten Arbeitsverträgen und eine tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen und insbesondere der Vergütung der studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte.

Seit Monaten nehmen die Beschwerden von Hilfskräften an der Goethe-Universität über ihre Arbeitsbedingungen zu. In den letzten 20 Jahren gab es lediglich eine einzige Lohnerhöhung für Hilfskräfte in Frankfurt und an anderen hessischen Hochschulen. Das bedeutet aufgrund des Anstiegs der Lebenshaltungskosten einen Reallohnverlust in diesem Zeitraum von 30 Prozent. Eine mögliche Selbstverpflichtung der Hochschule, die beliebig und ohne Konsequenz von Vorgesetzten unterlaufen werden kann, stellt keine substanzielle Verbesserung dar. *Lukas Becker*, Mitglied der Verhandlungskommission und der Hilfskraftinitiative der Goethe-Universität, forderte deshalb „klare und verbindliche tarifvertragliche Regelungen, damit die Willkür an der Goethe-Universität im Umgang mit den Hilfskräften ein Ende hat“. Noch im Februar 2015 hatte die neue Präsidentin der Goethe-Universität *Brigitta Wolff* im Interview mit der GEW-Betriebsgruppe einen Tarifvertrag für studen-



tische und wissenschaftliche Hilfskräfte als „grundsätzlich diskussionswürdig“ bezeichnet (HLZ S. 15). Die Verweigerung von Verhandlungen über dieses Thema ignoriert die Anliegen der studentischen Hilfskräfte an der Goethe-Universität, die ebenfalls zum Warnstreik am 11. März aufgerufen waren und sich an der Demonstration in Darmstadt beteiligten (Foto: Elke Hoefl).

Bei 438 Neueinstellungen an der Goethe-Universität wurden im Jahr 2014 nur fünf (!) Personen unbefristet eingestellt. Die Zahl der befristet beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist fast 20 mal höher als die der unbefristet beschäftigten. Im Januar 2014 haben 1.100 Beschäftigte der Goethe-Universität eine Petition der GEW Hessen unterzeichnet, in der konkrete Schritte zur Begrenzung der ausufernden Befristungspraxis gefordert werden.

Carmen Ludwig, Verhandlungsführerin der GEW, bezeichnete die „Eigenständigkeit und Autonomie der Goethe-Universität“ angesichts der Blockadepolitik der Hochschulleitung als „heiße Luft“: Sie habe bisher „zu keinerlei tarifvertraglichen Verbesserung für die Beschäftigten der Goethe-Universität geführt“.

- Über weitere Warnstreiks und Aktionen informiert die GEW Hessen auf ihrer Homepage: www.gew-hessen.de

HHG: Hürden statt sozialer Öffnung

Im Dezember 2014 hat das Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK) Hochschulen, Parteien und Verbänden einen Entwurf für eine Novellierung des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) und anderer Vorschriften zugeleitet. Die GEW hat dazu im Februar gegenüber dem Ministerium schriftlich Stellung genommen. CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten bereits in ihrem Koalitionsvertrag eine „umfassende Neufassung“ des HHG nach einem „breiten Evaluations- und Erörterungsverfahren“ angekündigt. Tatsächlich hatte das Ministerium schon 2014 um Stellungnahmen zu den Erfahrungen mit der geltenden Fassung des HHG gebeten.

Die GEW hat in diesem Rahmen auf aus ihrer Sicht besonders drängende Probleme hingewiesen. Leider ist nicht ersichtlich, inwiefern Ergebnisse aus der Evaluation in den nun vorgelegten Entwurf eingeflossen sind. Zur Lösung der von der GEW benannten Probleme trägt er entsprechend wenig bei. Der folgende Beitrag konzentriert sich auf die Frage, ob der Entwurf zu einer sozialen Öffnung der Hochschulen beitragen könnte.

Neuralgische Punkte hinsichtlich der sozialen Selektivität sind Übergänge im Bildungssystem. Der „Bildungstrichter“ der Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW)

zeigt, dass Schülerinnen und Schüler mit einem nicht-akademischen familiären Hintergrund viel seltener studieren. Auch nach erfolgreichem Abschluss der gymnasialen Oberstufe nimmt diese Gruppe deutlich seltener ein Studium auf als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler aus akademisch geprägten Familien. Zur Verringerung der herkunftsspezifischen Hürden bei Bildungsübergängen ist die geplante Erweiterung der Voraussetzungen zur Aufnahme eines Studiums ein Fortschritt. Zukünftig soll die Hochschulzugangsberechtigung nicht nur durch einen Meisterabschluss, sondern auch durch qualifizierte Fort- und Weiterbildungen erlangt werden.

Neues Hochschulgesetz mit neuen Hürden

Gleichzeitig will das Ministerium in §57 des Entwurfs die Möglichkeit eröffnen, den Zugang zu einem grundständigen Studiengang an die Teilnahme an einem durch Satzung der Hochschule näher geregelten Studienorientierungsverfahren zu knüpfen. Schon jetzt erproben Hochschulen in einzelnen Fächern „Online-Self-Assessments“ zur individuellen Überprüfung der Studieneignung. Zwar sind auf Freiwilligkeit basierende Informationsangebote für eine verbesserte Studienfachwahl zu begrüßen, ein verpflichtendes Verfahren birgt aber große Risiken, da es eine zusätzliche Hürde aufbaut. Es besteht die Gefahr, dass dadurch gerade auch Studieninteressierte ohne akademischen Familienhintergrund ausgesiebt werden, denn ein solches Verfahren kann – in Abhängigkeit von der konkreten Ausgestaltung – eine abschreckende Wirkung entfalten. An der Technischen Universität Darmstadt sollen zukünftig alle Studierenden durch die Drohung mit einer Zwangsexmatrikulation zum Abschluss individueller Studienvereinbarungen gezwungen werden. Damit wird die Verantwortung für ein erfolgreiches Studium alleine auf die Schultern der Studierenden gelegt. Der AstA hatte in der Vergangenheit erfolgreich gegen solche Vereinbarungen geklagt. Die GEW bleibt dabei, dass Studienerfolge von guten Bedingungen und der Freiheit zu Bildungsentscheidungen abhängen und nicht durch äußeren Druck zustande kommen.

Die Forderungen der GEW zum Abbau bestehender Hürden für Übergänge im Bildungssystem werden weitgehend ignoriert: So fordert die GEW die Einführung eines Teilzeitstudiums und den garantierten Zugang zu einem weiter-

führenden Master-Studium. Master-Studienplätze werden oft nur in Abhängigkeit von der Abschlussnote des Bachelor-Studiums vergeben. Angesichts des großen Interesses an zu wenigen Studienplätzen führt selbst eine sehr gute Abschlussnote nicht sicher zu einer Aufnahme. Weil Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen aus den niedrigeren sozialen Herkunftsgruppen seltener als andere einen Master-Studiengang aufnehmen, fordert die GEW einen Rechtsanspruch auf einen weiterführenden Master-Studienplatz.

Studien im Auftrag der GEW haben aufgezeigt, dass bereits bei der Vergabe von Hilfskraftstellen die soziale Herkunft der Studierenden eine bedeutende Rolle spielt (HLZ S. 10). Privilegierte Studierende können sich bei den nicht-öffentlichen Stellenbesetzungen deutlich besser platzieren. Aus Sicht der GEW wären für einen besseren Zugang zu diesem Einstieg in die wissenschaftliche Karriere eine verpflichtende Ausschreibung der Stellen und eine Anhebung der Bezahlung sinnvoll.

Ein geschlossenes Karrieresystem

Auf der akademischen Karriereleiter setzt sich der Prozess der sozialen Schließung fort. Ein wichtiger Grund dafür ist die im deutschen Wissenschaftssystem extrem ausgeprägte biographische Unsicherheit, denn das Wagnis einer Wissenschaftskarriere muss man sich buchstäblich „leisten“ können. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden bis zum Erreichen einer Professur als „Nachwuchs“ betrachtet. Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ohne Professur ist daher weder selbstständiges Forschen noch eine Dauerbeschäftigung vorgesehen. Da die Berufung auf eine Professur jedoch in der Regel erst in einem Alter von etwa 40 Jahren erfolgt, läuft die Entscheidung für eine wissenschaftliche Tätigkeit auf eine ausgedehnte Phase der materiellen und biographischen Unsicherheit hinaus, über deren Erfolgchancen sich bestenfalls spekulieren lässt.

Die Öffnung dieses Karrieresystems durch die Einführung von Juniorprofessuren kommt ebenfalls nicht voran. Die Juniorprofessur blieb aufgrund von Vorbehalten an den Hochschulen und mangelnder Ausstattung eine eher ungeliebte Alternative zum klassischen Weg zur Professur über eine Habilitation. In Hessen soll nun die Juniorprofessur gänzlich abgeschafft und durch eine „Entwicklungszusage“ mit „frühzeitig gesicherten Karriereperspektiven“ ersetzt werden: Nach §64 des Entwurfs sollen nach einer höchstens sechsjährigen Bewährungsphase eine Professur auf Dauer oder eine höhere Besoldungsstufe erlangt werden können, wenn die Bewährung im Rahmen eines Evaluationsverfahrens festgestellt wurde. Dazu müssten die Hochschulen allerdings in der Breite Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unmittelbar nach der Promotion eine solche „Entwicklungszusage“ anbieten. Wird hingegen mit bereits Habilitierten eine Entwicklungszusage abgeschlossen, würde sich die Phase der biographischen Unsicherheit sogar verlängern. Eine weitere Voraussetzung zum Gelingen wäre eine reduzierte Lehrverpflichtung. Während eine solche für Juniorprofessuren gilt, ist dies bei Entwicklungszusagen anscheinend nicht vorgesehen. Verbesserte Rahmenbedingungen für den Großteil des wissenschaftlichen Personals plant das Ministerium leider überhaupt nicht. So müsste das HHG in Zukunft nach Meinung der GEW unter anderem (wieder) Mindestvertragslaufzeiten und eine Verpflichtung auf eine unbefristete Einstellung bei Daueraufgaben vorsehen.

Tobias Cepok, Roman George, Angela Graf

Hochschulpakt: Das Templiner Manifest wirkt...

Der jahrelange, hartnäckige Einsatz der GEW für gute Arbeitsbedingungen und verlässliche Karrierewege an Hochschulen trägt auch in Hessen Früchte. Einige Aspekte des seit 2010 formulierten Forderungskatalogs „Templiner Manifest“ haben Eingang in den neuen Hessischen Hochschulpakt 2016–2020 gefunden. So haben sich die Hochschulen neuerdings verpflichtet, Personalkonzepte zu entwickeln, die „insbesondere vorsehen, dass Daueraufgaben in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen wahrgenommen werden, (...) sie erlassen Leitlinien zu einer adäquaten Befristungspraxis beim wissenschaftlichen Personal, mit denen (...) jeweils der Bezug zwischen Befristungszweck und Befristungsdauer hergestellt (...) wird. Die Hochschulen werden den Anteil kurzfristiger wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse reduzieren und den Anteil unbefristeter wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse (...) erhöhen.“

Ein Etappenerfolg für die GEW Hessen, der nun in die Praxis umgesetzt werden muss. Wir bleiben dran!

BAföG wird zum SparföG

Die Erhöhung der BAföG-Sätze kommt zu spät



Im November 2014 hat der Bundestag die 25. Novelle des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) beschlossen. Doch die Chance für eine echte Reform des BAföG wurde vertan, denn die zu geringen Erhöhungen kommen viel zu spät. Dafür werden die Länder von ihren BAföG-Anteilen entlastet, aber Hessen investiert das Geld nicht in die soziale Öffnung der Hochschulen.

Studierendenvertretungen und Gewerkschaften hatten in den letzten Jahren immer wieder beklagt, dass die Leistungen aus dem BAföG bei weitem nicht ausreichen, um allen Studieninteressierten eine Hochschulausbildung zu ermöglichen. Statistiken geben ihnen recht: 2012 gaben Studierende monatlich rund 860 Euro für Miete, Lebenshaltung und Studienkosten aus, während der BAföG-Höchstsatz bei 670 Euro liegt; fast alle Studierenden brauchen neben dem BAföG noch andere Finanzierungsquellen. Aufgrund der zu geringen Freibeträge bekam 2012 nicht einmal ein Fünftel aller Studierenden Leistungen nach dem BAföG ausgezahlt – zu Beginn des Gesetzes im Jahre 1972 war es noch beinahe die Hälfte.

Paradigmenwandel in der Studienfinanzierung

Statt mit der sozialen Realität der Studierenden Schritt zu halten und das staatliche Förderprogramm auszubauen, wurden immer mehr private Finanzierungsmodelle unterstützt. So wurde 2010 das Deutschlandstipendium eingeführt, in dem der Bund und private Geldgeber jeweils zur Hälfte ein Stipendium von 300 Euro finanzieren. Dafür dürfen die Privaten dann bei der Auswahl der Empfängerinnen und Empfänger mitentscheiden. Ungleichheit in der Verteilung ist vorprogrammiert: In Hessen verteilen die beiden eh schon drittmittelstärksten Universitäten Frankfurt und Darmstadt zusammen rund drei Viertel der Deutschlandstipendien an ihre Studierenden. Kein Wunder, dass das Deutschlandstipendium als Elitenförderung verschrien ist und sinnbildlich für einen Paradigmenwandel in der Studienfinanzierung steht: Weg von der garantierten einklagbaren staatlichen Förderung, hin zu individuell vergebener Förderung nach Gutdünken.

Zeitgleich zur Einführung des Deutschlandstipendiums erfolgte auch die letzte Anpassung der Förder- und Freibeträge im BAföG. Seitdem machten steigende Lebenshaltungskosten das Studieren teurer, und durch das steigende Lohnniveau haben immer weniger Interessierte Anspruch auf die Förderung. Um der sozialen Lage der Studierenden mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen, schlossen sich studentische Verbände und Gewerkschaften Anfang 2014 zum BAföG-Bündnis zusammen (www.bafogbueundnis.de). Gemeinsam forderten sie eine sofortige Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge um 10 Prozent und danach eine automatische bedarfsdeckende Anpassung, die Anpassung des BAföG an die Lebensrealität der Studierenden und die Rückbesinnung auf das Konzept des Vollzuschusses. Im Sommer 2014 kam von der Bundesregierung tatsächlich ein Gesetzentwurf für die 25. Novelle des BAföG. Neben wichtigen strukturellen An-



passungen – z. B. kann die Übergangszeit zwischen Bachelor und Master länger gefördert werden – wird es auch eine Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge um jeweils 7 Prozent geben. Diese Erhöhung wäre schon 2013 zu gering gewesen, um mit der Preis- und Lohnentwicklung mithalten zu können, aber es kommt noch schlimmer: Die Erhöhung wird erst im Wintersemester 2016/17 kommen. Bis dahin fallen laut Zahlen der Bundesregierung 40.000 Studierende aus der BAföG-Förderung raus und eine ganze Generation von Studierenden wird keine Anpassung der Leistungen an ihren Bedarf erlebt haben.

Vermutlich letztmals war auch der Bundesrat zu beteiligen: Der Bund übernimmt die komplette Finanzierung, freiwerdende Ländermittel sollen in die Bildung fließen. In Hessen stehen so 81 Millionen Euro mehr zur Verfügung, die bereits fest im Hochschulpakt bis 2020 verplant sind. Doch dort sorgen sie künftig keineswegs für eine soziale Öffnung der Hochschulen. Die Landesregierung hat den weiteren Ausbau der Studienplätze nämlich für beendet erklärt, so dass zukünftig nicht mehr alle Interessierten einen Studienplatz bekommen und garantierte Masterplätze noch weiter in die Ferne rücken (HLZ S. 7-8).

Stattdessen will das Land die Zahl der Studierenden, die ihr Studium abbrechen, verringern. Dafür muss aber vor allem auch mehr Geld für günstiges Wohnen bereit gestellt werden, mehr Geld für Studierendenwerke und für eine bessere Betreuungssituation in den Hochschulen. Von all dem wird in Hessen nichts umgesetzt.

Jetzt heißt es erst recht: Weitermachen für eine echte Reform des BAföG und für eine bessere soziale Infrastruktur in den Ländern! Nur eine gesetzlich garantierte Förderung, die auch in Zukunft bedarfsdeckend ist, die junge Menschen nicht mit Schulden ins Leben entlässt, die der Lebensrealität der Studierwilligen entspricht, garantiert offene Hochschulen. In den Ländern braucht es dazu eine gut finanzierte Infrastruktur, die ein sorgenfreies Studium ermöglicht und den Studierenden beiseite steht.

Matthias Schröder

Matthias Schröder ist Sprecher des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW und aktiv im BAföG-Bündnis.



Man muss es sich leisten können ...

Wissenschaftliche Karriere und soziale Herkunft

Dass die soziale Herkunft Einfluss auf den Bildungserfolg hat, ist spätestens seit PISA und Co. bekannt und zum öffentlich diskutierten Politikum geworden. Dagegen ist die Frage nach einem möglichen Einfluss der sozialen Herkunft auf Werdegänge innerhalb der Wissenschaft bislang noch weitgehend eine Tabuzone. Wissenschaftliche Leistung gilt sowohl in der Fremd- als auch in der Selbstwahrnehmung als einzig legitimes Erfolgskriterium in der Wissenschaft. Soziale Merkmale dürfen bei der Bewertung wissenschaftlicher Leistung als Grundlage für eine erfolgreiche Karriere keine Rolle spielen. Dass dieses meritokratische Postulat nicht uneingeschränkt eingehalten wird, zeigt sich unter anderem an der Unterrepräsentanz von Frauen insbesondere in den höheren wissenschaftlichen Positionen. Während die Problematik der geschlechtsspezifischen Ungleichheit nicht nur hinlänglich bekannt und untersucht ist, sondern auch durch Gleichstellungsmaßnahmen bekämpft wird, trifft dies auf den Aspekt der sozialen Herkunft nicht zu. Dass dieses Thema bislang als Tabu gilt, zeigt sich auch darin, dass kaum fundierte Kenntnisse über die soziale Zusammensetzung für den Wissenschaftsbereich vorliegen. Häufig wird angenommen, dass es sich bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern um einen durch die Chancengleichheiten im Bildungssystem vorselektierte Gruppe handelt, die soziale Herkunft innerhalb wissenschaftlicher Karrieren dann aber keine Rolle mehr spielt und spielen darf. Vorhandene Untersuchungen legen jedoch ein anderes Bild nahe. Es kann angenommen werden, dass es für soziale Aufsteigerinnen und Aufsteiger erheblich schwerer ist, sich im wissenschaftlichen Feld zu etablieren und eine erfolgreiche Wissenschaftskarriere zu machen, was nicht zuletzt mit den prekären Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und dem hohen Karriererisiko in der Wissenschaft zusammenhängt.

Empirische Befunde

Der Einfluss der sozialen Herkunft zeigt sich schon bei den ersten Schritten in Richtung einer wissenschaftlichen Berufslaufbahn. So kommt die von *Ada-Charlotte Regelmann* durchgeführte und vom hessischen Landesverband der GEW herausgegebene Studie zur Beschäftigungssituation von studentisch Beschäftigten an der Universität Marburg mit dem Titel „Man muss es sich leisten können ...“ zu dem Ergebnis, dass sich studentische Beschäftigte überproportional aus Akademikerfamilien und finanziell privilegierten Schichten rekrutieren. Dieser Befund ist insofern von zentraler Bedeutung, als *Schneikert* und *Lenger* (2010) sowie *Jaksztat* (2014) aufgezeigt haben, dass eine Tätigkeit als studentische Hilfskraft gleichsam als Türöffner zur Promotion und damit als Einstieg in eine wissenschaftliche Laufbahn gelten kann. Darüber zeigt sich, dass Promovierende eine sozial besonders privilegierte Gruppe darstellen, dass also die soziale Herkunft hier auch unabhängig von einer studentischen Hilfskraftstelle selektiv wirkt.

Der Einfluss der sozialen Herkunft auf den beruflichen Erfolg in der Wissenschaft endet aber nicht mit der Promotion. *Jungbauer-Gans* und *Gross* (2013) belegen, dass Habilitierte aus privilegierten Elternhäusern in Jura und Mathematik eine höhere Chance auf eine Professur haben als soziale Aufsteigerinnen und Aufsteiger. *Christina Möller* weist in ihrer Untersuchung über die Professorenschaft in Nordrhein-Westfalen nach, dass die soziale Herkunft nicht nur einen erheblichen Einfluss auf die Erlangung einer Professur hat, sondern sich im Zeitverlauf sogar eine zunehmende soziale Schließung abzeichnet. Beunruhigend ist insbesondere das Ergebnis, dass Juniorprofessuren überproportional häufig von Personen aus oberen Gesellschaftsschichten bekleidet werden. Wenn sich die Juniorprofessur zum regulären Weg zur vollen Professur entwickelt, birgt dies die Gefahr, dass die soziale Herkunft künftig noch weiter an Bedeutung gewinnt.

Dass die selektive Wirkung der sozialen Herkunft auch für die Zugangschancen zu den höchsten Positionen im wissenschaftlichen Feld bedeutsam ist, zeigt eine aktuelle Untersuchung zum Sozialprofil der deutschen Wissenschaftselite (*Graf* 2015). Zur Elite zählen die Inhaber der mächtigsten und einflussreichsten Positionen in der deutschen Wissenschaftslandschaft wie die Präsidenten der DFG, des Wissenschaftsrats oder der wichtigsten Forschungsgesellschaften, aber auch der Träger des Nobel- oder des Leibnizpreises. Die wissenschaftlichen Top-Positionen werden zu einem ganz überwiegenden Anteil von (fast ausschließlich männlichen) Personen besetzt, die aus hoch privilegierten Elternhäusern stammen. Dies gilt umso mehr, je mehr Macht mit diesen Positionen einhergeht. Besondere Brisanz gewinnen diese Ergebnisse insofern, als damit nicht nur gegen das meritokratische Prinzip verstoßen wird. Diese Personen bestimmen zudem aufgrund der mit ihren Positionen verbundenen Macht über die strukturellen Bedingungen in der Wissenschaft und die Rahmenbedingungen für wissenschaftliche Karrieren.



Erklärungsansätze und Folgerungen

Die empirischen Befunde liefern eindeutige Hinweise auf den Einfluss der sozialen Herkunft im Kampf um wissenschaftliche Positionen. Um dem entgegenwirken zu können, ist es notwendig zu verstehen, wie diese herkunftsspezifischen Ungleichheiten zustande kommen. Mögliche Erklärungen lassen sich grob auf zwei Ebenen ansiedeln. Einerseits können die Gründe bei den Akteuren selbst gesucht werden, andererseits können die institutionellen Rahmenbedingungen zu einer ungleichen Chancenverteilung beitragen. Die erste Erklärungsebene zielt auf eine herkunftsspezifisch unterschiedliche Passung an das wissenschaftliche Feld ab. Je nach Nähe oder Ferne der Herkunftsfamilie zur Wissenschaft variieren möglicherweise nicht nur die persönlichen Leistungen und die Ambitionen auf eine Wissenschaftskarriere, sondern auch die Startpositionen. Ein Akademikerkind wird sicherlich eine genauere Vorstellung von den Anforderungen innerhalb des Wissenschaftsbetriebs haben und auch habituell besser an diese vorangepasst sein. Dies führt dann im Karriereverlauf zu einer Akkumulation von Chancen, die eine zunehmende Polarisierung nach sozialer Herkunft nach sich zieht (Matthäus-Effekt). Auch die Wahrnehmung und Anerkennung seitens der etablierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler spielt dabei eine entscheidende Rolle. Wer weiß, wie man sich in der Wissenschaft gibt und was als wichtig angesehen wird, wird eher als vielversprechendes Nachwuchstalent und als legitimes Mitglied (an)erkannt und gefördert werden.

Die strukturellen Rahmenbedingungen – die Beschäftigungs- und Karrierebedingungen in der Wissenschaft – führen zur zweiten Erklärungsebene für den Einfluss der sozialen Herkunft auf Wissenschaftskarrieren, wobei beide Ebenen ineinanderspielen. Die Entscheidung für eine berufliche Laufbahn in der Wissenschaft ist mit enormen beruflichen und persönlichen Unsicherheiten und Risiken verbunden. Der Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse steigt stetig an. In den letzten Jahrzehnten ist ein starker Anstieg befristeter Beschäftigungsverhältnisse zu verzeichnen, gleichzeitig sinkt die Befristungsdauer, also die Laufzeit der Arbeitsverträge. Mittlerweile liegt der Anteil an befristeten Beschäftigungsverhältnissen bei knapp 90%. Über die Hälfte dieser befristeten Arbeitsverhältnisse hat eine Laufzeit von unter einem Jahr (Jongmanns 2011). Darüber hinaus nimmt der Anteil an Teilzeitstellen kontinuierlich zu. Inzwischen arbeitet fast die Hälfte aller wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Hochschulen in Teilzeit. Diesen enormen beruflichen Unsicherheiten in den unteren Hierarchieebenen des Feldes steht eine sehr geringe Anzahl an sicheren Dauerstellen im oberen Feldsegment gegenüber. Unterhalb der Professur existieren kaum Stellen, die eine gesicherte Lebensplanung ermöglichen. Gleichzeitig benötigt man nicht nur einen sehr langen Atem bis zur Professur (das Durchschnittsalter bei der Erstberufung liegt zwischen 40 und 42 Jahren), vielmehr gibt es aufgrund der vergleichsweise geringen Anzahl an Professorenstellen auch keinerlei Garantie, es schlussendlich auf einen Lehrstuhl zu schaffen. Diese Rahmenbedingungen machen eine Wissenschaftskarriere nicht nur immer unattraktiver, sondern lassen eine wissenschaftliche Berufslaufbahn zunehmend zu einem unkalkulierbaren persönlichen Risiko werden. Das hohe Karriererisiko, gepaart mit den herkunftsabhängig ungleichen Passungen an den wissenschaftlichen Habitus, stellen für soziale Aufsteigerinnen und Aufsteiger enorme Hürden für eine erfolgrei-



che Wissenschaftskarriere dar. Insbesondere die zunehmende Prekarisierung innerhalb der Wissenschaft erhöht somit die Gefahr der Reproduktion dieser herkunftsspezifisch ungleichen Chancen auf den Einstieg, den Verbleib und den Erfolg in der Wissenschaft. Was Regelman für die Tätigkeit als studentische Hilfskraft konstatiert, gilt zunehmend für die gesamte wissenschaftliche Laufbahn: „Man muss es sich leisten können...“ Für mehr Chancengleichheit müssen diese strukturellen Hürden abgebaut werden. Wissenschaft muss unter guten Arbeitsbedingungen mit planbaren und sicheren Berufsperspektiven für alle möglich sein!

Dr. Angela Graf

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der TU Darmstadt mit dem Schwerpunkt Elite- und Organisationssoziologie.

Literatur

- Tino Bargel und Tobias Röhl (2006): Wissenschaftlicher Nachwuchs unter den Studierenden. Empirische Expertise auf der Grundlage des Studierendensurveys. Herausgegeben von BMBF.
- Jürgen Enders und Lutz Bornmann (2001): Karriere mit Dokortitel? Ausbildung, Berufsverlauf und Berufserfolg von Promovierten.
- Angela Graf (2015, im Erscheinen): Die Wissenschaftselite Deutschlands. Sozialprofil und Werdegänge zwischen 1945 und 2013. Frankfurt a.M.: Campus.
- Steffen Jaksztat (2014): Bildungsherkunft und Promotion: Wie beeinflusst das elterliche Bildungsniveau den Übergang in die Promotionsphase? In: Zeitschrift für Soziologie 43/4, S. 286–301.
- Georg Jongmann (2011): Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. HIS, Forum Hochschule.
- Monika Jungbauer-Gans und Christiane Gross (2013): Determinants of Success in University Careers. Findings from the German Academic Labor Market. In: Zeitschrift für Soziologie 42/1, S. 74–92.
- Alexander Lenger (2008): Die Promotion. Konstanz: UVK.
- Christina Möller (2015, im Erscheinen): Herkunft zählt (fast) immer. Soziale Ungleichheiten unter Universitätsprofessorinnen und -professoren. Bildungssoziologische Beiträge. Weinheim/Basel: BETZ Juventa.
- Ada-Charlotte Regelman (2004): „Man muss es sich leisten können...“ Eine empirische Studie zu studentischen Hilfskräften an der Philipps-Universität Marburg. Herausgegeben vom GEW-Hauptvorstand.
- Christian Schneikert und Alexander Lenger (2010): Studentische Hilfskräfte im deutschen Bildungswesen. In: Berliner Journal für Soziologie 20, S. 203–224.



Studium und Kind

Elternschaft und Studium müssen vereinbar sein

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört heute zum zentralen gesellschaftlichen Leitbild für familienpolitische Maßnahmen. Ziel dabei ist es, insbesondere die Quote der Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen. Das Audit-Zertifikat „familiengerecht“ gilt als ein strategisches Managementinstrument und Qualitätszeichen für Unternehmen, durch verschiedene Maßnahmen eine familienfreundliche Unternehmenskultur zu schaffen. Familienbewusste Strukturen werden daher auch zu einem immer wichtigeren Standortfaktor. Zudem ist die Kindertagesstätte zu einer selbstverständlichen Sozialisationsinstanz für Kinder geworden. Tägliche Besuchszeiten von sechs bis acht Stunden sind inzwischen die Regel, auch zehn Stunden sind keine Seltenheit mehr.

Traditionelle Rollenverteilung auch bei den Studis

Hochschulen als Ausbildungs- und Beschäftigungsorte stehen vor der Aufgabe, nicht nur familiengerechte Arbeitsbedingungen für die Hochschulangestellten zu schaffen, sondern auch familiengerechte Studienbedingungen für die Studierenden zu gewährleisten. Angesichts des demografischen Wandels haben sich Hochschulen in der Ausbildung qualifizierter Fachkräfte zum Ziel gesetzt, die akademische Laufbahn für Frauen attraktiver zu machen. Folgende Zahlen geben einen Überblick über die Lebenssituation von Studierenden an deutschen Hochschulen:

- 5% der Studierenden mit einem Durchschnittsalter von 31 Jahren haben Kinder, Studierende ohne Kinder sind im Durchschnitt 24 Jahre alt.
- Ein Drittel der Kinder ist jünger als 1 Jahr; 53% sind zwischen einem und drei Jahren.
- 55% der Kinder kamen während der Regelstudienzeit zur Welt.
- 38% wurden vor dem Studium geboren.
- 65% der Eltern studieren in Vollzeit, bei den Studierenden ohne Kinder sind es 80%.

Unter den studierenden Eltern zeigt sich oft eine traditionelle Rollenteilung: 50% der Frauen unterbrechen ihr Studium, bei den Vätern ist es nur jeder dritte (Monitor Familienforschung, Ausgabe 29, November 2012).

Elternschaft bedeutet im akademischen Qualifikationsprozess insbesondere für Frauen häufig noch eine Benachteiligung. Ihren Abschluss erreichen sie meist nur über extrem schwierige biografische Wege. Dabei sind sie oft auf das Wohlwollen und das Verständnis der Lehrenden für ihre private Situation angewiesen.

Mit dem Audit „Familiengerechte Hochschule“ konnten allerdings für studierende Eltern unterschiedliche Angebote geschaffen werden: Studienberatungen, Studentenwerk und die Allgemeinen Studierendenausschüsse stellen ein differenziertes Beratungsspektrum zur Verfügung, insbesondere zu Fragen der Studien- und Prüfungsorganisation, zu Elternzeit, Mutterschutz oder auch zu sozialrechtlichen Themen. Viele Hochschulen haben eine räumliche Infrastruktur mit Eltern-Kind-Räumen, Wickelmöglichkeiten oder Spielecken

geschaffen, so dass Kindern und Eltern längere Aufenthalte auf dem Uni-Campus erleichtert werden. Eltern-Kind-Räume werden häufig für die Betreuung der Kinder durch einen Babysitter genutzt, währenddessen Eltern eine Lehrveranstaltung besuchen, in der Bibliothek recherchieren oder eine Prüfung absolvieren.

Erschwerend wirkt dagegen die Studienstrukturreform des Bologna-Prozesses. Seit der Umstellung der Studiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse werden die Studieninhalte in Modulkatalogen dargestellt und mit einem System von Leistungspunkten („Workload“) pro Semester und mit einer entsprechenden Anwesenheitspflicht verbunden. Dieses System geht davon aus, dass Studierende ihr Studium in Vollzeit absolvieren. Pflichtveranstaltungen finden daher nicht selten auch in den Abendstunden statt.

Diese neuen Strukturen bieten in der Regel wenig Flexibilität und führen daher für Studierende mit Kind in der Praxis immer wieder zu Engpässen in der Betreuung ihrer Kinder. Kinderbetreuungsmöglichkeiten mit einer hohen zeitlichen Flexibilität in der Nähe zum Uni-Campus haben deshalb einen besonderen Stellenwert.

Um Studierenden mit Kind(ern) die ungestörte Teilnahme an wichtigen Lehrveranstaltungen auch außerhalb der regulären Betreuungszeiten von öffentlichen Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen, wird zurzeit an der Universität Gießen im Rahmen eines zweijährigen Projekts das Angebot der Kurzzeitbetreuung erprobt. So haben Studierende während des Semesters die Möglichkeit, ihre Kinder in den späten Nachmittags- und frühen Abendstunden in einer Gruppe von maximal fünf Kindern von qualifizierten Betreuungskräften betreuen zu lassen. Die Betreuung orientiert sich an den Seminarzeiten und ist blockweise für ein Semester buchbar. An der Universität Frankfurt ist diese flexible Betreuung mit dem Angebot der „Betreuten Kinderzimmer“ an verschiedenen Standorten bereits verstetigt und bietet studierenden Eltern mit frei wählbaren Betreuungszeiten zwischen 8 und 18 Uhr eine hohe Flexibilität für ihre individuellen Betreuungsnotwendigkeiten.

Audit „Familiengerechte Hochschule“

Das Audit „Familiengerechte Hochschule“ hat durch verschiedene Maßnahmen in den letzten Jahren sicherlich dazu beigetragen, dass Studium und Elternschaft im Alltag der Hochschulen eine stärkere Aufmerksamkeit erhalten haben. Damit die postulierten Ansprüche an Chancengleichheit auch eingelöst werden können, bedarf es neben passgenauen Unterstützungsangeboten auch eines Umdenkens mit dem klaren Bekenntnis, dass Kinder auch an Ausbildungsstätten willkommen sind.

Jutta Daum

Jutta Daum ist Lehrerin für besondere Aufgaben an der Justus-Liebig-Universität Gießen (JLI) und engagiert sich im Rahmen des Ideenwettbewerbs zur Frauenförderung an der JLI für die Einrichtung von Eltern-Kind-Räumen an der Universität.

Leerer Bauch studiert nicht gern!

Landeszuschüsse für Studierendenwerke in Hessen sinken



Erfolgreiches Studieren ist nur auf der Grundlage gesicherter Grundbedürfnisse möglich. Ohne Dach über dem Kopf und ohne regelmäßige Nahrungsaufnahme ist ein fruchtbares Studium schwer vorstellbar. Die Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur ist besonders wichtig für Studierende, die aufgrund des finanziellen Hintergrunds auf kostengünstige Angebote angewiesen sind. Die Dienstleistungsangebote müssen für alle zugänglich sein, da beispielsweise Studierende aus dem Ausland auf dem privaten Wohnungsmarkt oft benachteiligt werden, und müssen sich zeitlich und räumlich gut in den Studienalltag einfügen.

Studierendenwerke wurden in den 1920er Jahren als Vereine zur Selbsthilfe gegründet, inzwischen sind sie jedoch in der Regel „Anstalten des öffentlichen Rechts“. Sie sind somit Teil des öffentlichen Diensts, verfügen aber über eine vergleichsweise große Selbständigkeit. Die Aufgaben der fünf hessischen Studierendenwerke in Darmstadt, Frankfurt, Kassel, Gießen und Marburg regelt das *Gesetz über die Studierendenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen*:

„Aufgabe der Studentenwerke ist die wirtschaftliche, soziale, gesundheitliche, sportliche und kulturelle Förderung der Studierenden. Die Studentenwerke berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse von Studierenden mit Kindern, behinderten Studierenden und ausländischen Studierenden. Sie fördern die Vereinbarkeit von Studium und Familie.“ (§ 3 Abs. 1)

Dabei arbeiten die Studierendenwerke nicht gewinnorientiert. Im Verwaltungsrat, der die wesentlichen strategischen Entscheidungen trifft, sind neben dem Präsidenten oder der Präsidentin der jeweiligen Universität mindestens ein Professor oder eine Professorin, zwei Studierende und zwei Bedienstete vertreten. Die studentischen Mitglieder werden vom Präsidium des Studierendenparlaments benannt, die der Beschäftigten vom Personalrat.

Besonders häufig werden ihre gastronomischen Angebote genutzt. So besuchen nach der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) vier von fünf Studierenden in der Vorlesungszeit mindestens einmal pro Woche eine Mensa oder eine Cafeteria. Wohnheimplätze gibt es nur für wenige Studierende, die Mehrzahl lebt in einer anderen Wohnform. Während die Studierendenzahlen immer weiter ansteigen, stagniert die Zahl der Wohnheimplätze seit Jahren. Inzwischen entstehen zwar in Hessen neue Wohnheimplätze, für eine Entlastung der vielerorts sehr angespannten Wohnungsmärkte wird der moderate Zubau aber kaum ausreichen. Der DSW-Sozialerhebung zufolge wohnen in Hessen nur noch acht Prozent der Studierenden in einem Wohnheim, bundesweit sind es immerhin zehn Prozent.

Alle hessischen Studierendenwerke betreiben auch Kindertageseinrichtungen, in denen Kinder von Studierenden und von Hochschulbeschäftigten betreut werden. In seinem jährlichen Zahlenspiegel zählt das DSW für das Jahr 2013 in Hessen insgesamt 24 Einrichtungen mit 429 Betreuungsplätzen. Alle hessischen Studierendenwerke bieten eine Sozialberatung an, in deren Rahmen im Jahr 2013 insgesamt 5.800 Beratungskontakte stattgefunden haben. Eine psycho-

logische Beratung gibt es an den Studierendenwerken Darmstadt, Gießen und Marburg. Seit der Einführung der gestuften Studiengänge ist der psychologische Beratungsbedarf von Studierenden, etwa aufgrund von Prüfungsangst oder wegen psychosomatischer Störungen, deutlich angestiegen.

Die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle der Studierendenwerke ist der Umsatzerlös aus Mieten oder Einnahmen aus dem Verkauf von Speisen und Getränken. Die zweitwichtigste Einnahmequelle sind die Semesterbeiträge, die alle Studierenden mit der Immatrikulation oder der Rückmeldung zahlen. Der Semesterbeitrag bewegte sich im Wintersemester 2013/2014 zwischen 70,00 Euro in Frankfurt und 85,89 Euro in Gießen. Insgesamt hatten die hessischen Studentenwerke im Jahr 2013 Einnahmen in Höhe von 118 Millionen Euro, davon entfielen 59,1 Prozent auf Umsatzerlöse und 24,7 Prozent auf Semesterbeiträge. Die Landeszuschüsse zum laufenden Betrieb beliefen sich hingegen auf lediglich 10 Millionen Euro, was 8,5 Prozent der Einnahmen entspricht.

Bundesweit hat sich der Anteil der Landeszuschüsse in den letzten Jahren deutlich reduziert, während der Anteil der Umsatzerlöse und der Semesterbeiträge entsprechend angestiegen ist. Das Land Hessen hat sich allerdings besonders weit aus der Finanzierung seiner Studierendenwerke zurückgezogen: Im Bundesdurchschnitt lag der Anteil der Landeszuschüsse zum laufenden Betrieb mit 9,1 Prozent etwas oberhalb des hessischen Niveaus, der Anteil der Semesterbeiträge deutlich darunter. Die Landesregierung hat angekündigt, ab 2015 die Zuschüsse für die Studierendenwerke um zwei Millionen Euro zu erhöhen. Hierbei handelt es sich bestenfalls um einen kleinen Schritt in die richtige Richtung, der angesichts des Zuwachses der Studierendenzahlen aber deutlich größer ausfallen müsste.

Roman George

Roman George ist Mitglied im Vorstand des GEW-Regionalverbands Hochschule und Forschung Mittelhessen.

Mit einem Banner im XXL-Format warb das Studentenwerk Marburg in der Stadt, Wohnraum für Studierende über die Privatzimmer-Börse des Studentenwerks zugänglich zu machen. (Foto: Studentenwerk Marburg)





Promovieren an Fachhochschulen

Das Interesse an kooperativen Promotionen wächst

Ein Masterabschluss berechtigt zur Promotion, unabhängig davon, ob er an einer Universität oder an einer Fachhochschule erworben wurde, so die Kultusministerkonferenz (KMK) in einem Beschluss im April 2000. Doch die Realität sieht anders aus: Der Weg zur Promotion ist für Absolventinnen und Absolventen von Fachhochschulen sehr viel steiniger, denn solange diese kein eigenes Promotionsrecht haben, sind sie auf eine Kooperation mit Universitäten angewiesen. Das klappt in einigen Fällen recht gut, in vielen anderen ist es aber ein mühsames und manchmal auch entmutigendes Unterfangen, dort eine Professorin oder einen Professor mit der Bereitschaft zu einer kooperativen Promotion zu finden. Dennoch hat sich die Zahl der Promovierenden an Fachhochschulen in Hessen in den letzten fünf Jahren fast verdreifacht. Mit dem enormen Anstieg von Forschungsprojekten an Fachhochschulen stieg auch die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen viele promovieren möchten.

Schon zu Diplom-Zeiten gab es einige wenige herausragende Fachhochschul-Absolventinnen und -Absolventen, die promovierten. Das bisher erforderliche „Eignungsfeststellungsverfahren“ ist mit der Einführung des Masters nicht mehr obligatorisch. Dennoch tragen die Auflagen der Promotionskommissionen weiter zur Benachteiligung der Master-Absolventinnen und -Absolventen von Fachhochschulen bei. Sie reichen von einem mündlichen Prüfungsgespräch bis zum Nachweis mehrerer erfolgreich absolvierter mehrsemestriger Module an der Universität. In Einzelfällen wird die Zulassung abgelehnt.

Im Hessischen Hochschulgesetz ist das kooperative Promotionsverfahren seit 2009 verankert (§ 24). Danach sind die Promotionsverfahren an den Universitäten angesiedelt, die in ihren Promotionsordnungen auch die Voraussetzungen für kooperative Verfahren festlegen. Zunächst müssen sich die Promotionsinteressierten eine Professorin oder einen Professor an der jeweiligen Fachhochschule suchen. Weitaus schwieriger, langwierig und oft demotivierend ist es, eine Uni-Professorin oder einen Uni-Professor zu finden. Oft bleiben Anfragen ganz ohne Rückmeldung oder es werden Vorbehalte gegenüber FH-Absolventinnen und FH-Absolventen deutlich. Wohlwollende und kooperative Reaktionen – insbesondere auf Grund guter Kontakte, gemeinsamer

Studiengänge, Forschungsprojekte oder Forschungsverbünde – sind eher selten.

Auch der nicht geregelte Status von Promovierenden kann Stolpersteine auf dem Weg zum Dokortitel bergen. Nach dem HHG können sich Promovierende an hessischen Fachhochschulen nicht einschreiben. Wenn sie nicht gleichzeitig an der Hochschule beschäftigt sind, haben sie keinen eindeutigen Status und damit keinen Anspruch auf einen Bibliotheksausweis, auf einen gesicherten Zugang zu den Räumen der Hochschule und auf einen E-Mail-Account. Viele Fachhochschulen haben dafür Lösungen auf dem „kleinen Dienstweg“ gefunden, eine rechtliche Klärung steht jedoch aus.

Trotz dieser Hürden wachsen das Interesse an Promotionen im kooperativen Verfahren und die Zahl der so abgeschlossenen Promotionen. Das ist nicht zuletzt auf die gute Unterstützung zurückzuführen: Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen betreuen die einzelnen Promovierenden oft sehr intensiv und leiten sie zu eigenständigen wissenschaftlichen Arbeiten an. Es gibt Promotionsbeauftragte auf zentraler Ebene und in den Fachbereichen, die informieren und individuell beraten. Die Angebote zur wissenschaftlichen Qualifizierung von Promovierenden reichen von der Exposee-Erstellung über die Präsentation wissenschaftlicher Poster und das Führen von Interviews bis zur Vorbereitung auf die Disputation. Neben einer wachsenden Zahl von Promotionsstellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fachbereichen schreiben einige Fachhochschulen eigene Promotionsstipendien aus und gewähren Zuschüsse zu Kongressreisen oder zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Das Ergebnis sind zumeist qualitativ hochwertige Dissertationen, die über die Grenzen der eigenen Hochschule hinaus Beachtung finden. Alle hessischen Fachhochschulen haben mittlerweile Promotionskooperationsverträge mit Universitäten oder universitären Fachbereichen, einige verfügen auch über gemeinsame Graduiertenkollegs.

Schlechter sieht es in den Fachrichtungen aus, die es an Universitäten nicht gibt oder bei denen es schwer bis unmöglich ist, zur Kooperation bereite Universitätsprofessorinnen oder -professoren zu finden. Deshalb setzen die hessischen Fachhochschulen große Hoffnung in die anstehende Novellierung des HHG. Der vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst vorgelegte Entwurf sieht vor, dass forschungsstarken Bereichen der Fachhochschulen vom Ministerium ein eigenständiges Promotionsrecht verliehen werden kann. Dies würde Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen eine wissenschaftliche Karriere erleichtern, bestehende Nachteile ausräumen und wäre auch ein Beitrag zu einer größeren sozialen Durchlässigkeit der Wissenschaft, denn an Fachhochschulen studieren und promovieren traditionell mehr Menschen mit bildungsferner Herkunft als an Universitäten.

Katja Richter, Dipl.-Ing.

Die Autorin ist seit 2008 zentrale Promotionsbeauftragte der Hochschule Fulda.



„Kein unbezahltes Wissenschaftsprekariat“

Die neue Präsidentin der Goethe-Uni antwortet der GEW



Die GEW-Betriebsgruppe an der Frankfurter Goethe-Universität bat die neue Präsidentin der Hochschule Prof. Dr. Birgitta Wolff zu deren Amtsantritt um ein Interview. Diese war aber nur zur schriftlichen Beantwortung der Fragen bereit. Nach einer kontroversen Debatte über den Umgang mit dem schriftlichen Interview entschied die Betriebsgruppe, Auszüge des Interviews zu aktuellen Themen und Auseinandersetzungen an der Goethe-Universität zu veröffentlichen. Ihre Antworten hätten in einem persönlichen Gespräch zu spannenden Nachfragen und Diskussionen führen können. Die Betriebsgruppe wird weiterhin die direkte Auseinandersetzung suchen, um sozial-, arbeits- und wissenschaftspolitische Positionen im Betrieb Hochschule stärker in den Vordergrund zu stellen. Das Interview kann man in voller Länge auf der Seite der Betriebsgruppe nachlesen (www.uni-frankfurt.de/gew). Über die Positionen der Hochschulleitung in den laufenden Tarifverhandlungen informiert die HLZ auf Seite 7.

GEW-Betriebsgruppe: *Zurzeit wird auch auf Bundesebene verstärkt über Dauerstellen für Daueraufgaben diskutiert, wie sie von der GEW und anderen Gewerkschaften schon lange gefordert werden. Wie wollen Sie diese Forderung in den nächsten Jahren konkret umsetzen?*

Universitätspräsidentin Wolff: Wir sind dabei, gerade eine inneruniversitäre Bestandsaufnahme zu machen, welche Aufgaben als wirklich zentral und dauerhaft anzusehen sind. Das hängt natürlich auch mit den organisatorischen und thematischen Entwicklungszielen zusammen, die die Goethe-Universität sich selbst gibt. Insofern kommt hier der Diskussion um den Hochschulentwicklungsplan auch eine wichtige Rolle zu. Ganz pragmatisch: In allen Entfristungsfragen, die seit meinem Amtsantritt im Präsidium zur Entscheidung anstanden, haben wir so entschieden, dass auch der Personalrat damit zufrieden sein müsste.

Haben Sie dabei auch unbefristete Beschäftigungsverhältnisse für den gestiegenen Bedarf in der Lehre unterhalb der Professur im Auge?

Ja, vor allem!

Mittlerweile werden unbezahlte Lehraufträge nicht als Beschäftigung, sondern regelrecht als Weiterbildungsangebot für den wissenschaftlichen Nachwuchs gehandelt. Welche Probleme sehen Sie hierbei für die Qualität der Beschäftigung und die der Lehre?

Ich glaube, da gibt es große fachspezifische Unterschiede. Wir müssen uns solche Entwicklungen genau anschauen und jeweils die richtigen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Klar ist, dass wir kein Interesse daran haben können, ein unbezahltes Wissenschaftsprekariat hervorzubringen. Wir brauchen auch hier zur Sicherung universitärer Qualität gewisse Mindeststandards.

Die Goethe-Universität hat einen Haustarifvertrag. Welche Bedeutung messen Sie diesem Umstand für die Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse zu?

Hier gibt es vielleicht Spielräume, die wir möglicherweise noch besser nutzen können. Wir müssen den eigenen Tarifvertrag stärker als Gestaltungsinstrument verstehen, um Beschäftigungsverhältnisse an der Goethe-Universität in kompetitiven Arbeitsmärkten attraktiver zu machen.

Inwieweit sehen Sie es als Aufgabe von Universitäten wie der Uni Frankfurt, hier neue Qualitätsstandards zu setzen, etwa bei der Eintarifung der Hilfskräfte?

Hilfskräfte erbringen an vielen Stellen wichtige Leistungen für die Universität. Auch hier gilt: Arbeitsverhältnisse müssen attraktiv sein, nicht nur für den Arbeitgeber, sondern auch für den Arbeitnehmer.

Für studentische Hilfskräfte gab es in den letzten 10 Jahren keine nennenswerten Lohnerhöhungen. Sehen Sie hier Handlungsbedarf und die Notwendigkeit, Arbeitszeiten, Lohnfortzahlung bei Urlaub und Krankheit, Urlaubsanspruch auch für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte tarifvertraglich zu regeln? Ich bin mir nicht sicher, ob man damit nicht mehr neue Folgeprobleme hervorruft, als man am Ende an alten Problemen löst.

Wie stehen Sie zu der Forderung der Hilfskraftinitiative nach einem eigenen Tarifvertrag oder Einbeziehung in den bestehenden TV-G-U?

Grundsätzlich ist das diskussionswürdig.

Halten Sie die bestehende Regelung zur Umsetzung der familienpolitischen Komponente an der GU für ausreichend? Oder beabsichtigen Sie eine verbindliche Ausschöpfung für alle wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von zwei Jahren Vertragsverlängerung pro Kind zu ermöglichen?

Ich persönlich finde solche Überlegungen richtig.

Was sind in Ihren Augen die drängendsten Themen und Handlungsfelder an der GU? Welches konkrete Projekt wollen Sie als erstes angehen?

Zunächst geht es mir darum, die Goethe-Universität noch besser kennen zu lernen. Die Uni ist gut aufgestellt und hat in den letzten Jahren eine große Strahlkraft und Forschungspower entfaltet. Diese PS müssen wir – auch gegenüber Berlin und Brüssel – noch besser auf die Straße bringen. Deshalb hat mich eine meiner ersten Dienstreisen nach Brüssel geführt. Wir wollen hier mit unseren Themen noch mehr bewegen und natürlich auch an den Programmen partizipieren. Auch die laufenden Verhandlungen um den Hessischen Hochschulpakt dürfen nicht zu einer Schwächung unserer künftigen Möglichkeiten führen. Dafür setzen wir uns alle ein.

Foto: Uwe Dettmar, Goethe-Universität Frankfurt



Der Bologna-Prozess ist gescheitert

Aber nicht nur einmal, sondern immer wieder

Im Sommer letzten Jahres wurde der 25. Jahrestag der Bologna-Deklaration begangen. Mit diesem Dokument vereinbarten im Sommer 1999 29 europäische Bildungsminister im italienischen Bologna nichts Geringeres als die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums. Mittlerweile nehmen 47 Staaten an diesem Projekt teil. Die Ziele waren anfangs ehrgeizig: Die europäische Vergleichbarkeit von Studiengängen und Studienleistungen sollte gefördert, Mobilitätshindernisse für ein Auslandsstudium sollten beseitigt, die Studiengänge auf ein einheitliches konsekutivmodell (Bachelor, Master) umgestellt und das Bewertungssystem für studentische Leistungen (Credit Points) vereinheitlicht werden. Ungeachtet dessen, dass mittlerweile fast alle traditionell einphasigen deutschen Studiengänge (Diplom, Magister, Staatsexamen) auf das BA-/MA-Modell (außer Medizin und Jura) umgestellt sind, der Bologna-Prozess also verwaltungstechnokratisch voranschreitet, hat dieser von Anfang an hierzulande überwiegend Negativschlagzeilen, Unlustgefühle und Proteste produziert. Vorläufiger Höhepunkt war der Bildungstreik 2009, anlässlich dessen an einem einzigen Tag bundesweit über 200.000 Studierende auf die Straße gingen, um gegen die faktische Nicht-Studierbarkeit der neuen Studienkonstruktionen zu protestieren. Zeitgleich zum 25. Jahrestag kam die Kritik auch von höchst offizieller Seite: Der Präsident der Universität Ham-

burg, *Dieter Lenzen*, erklärte mit seiner gleichzeitigen Autorität als Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in mehreren Reden und Artikeln den Bologna-Prozess für „gescheitert“.

Negativschlagzeilen, Unlustgefühle und Proteste

Immer wieder wurden dieselben Kritikpunkte genannt: Der Bologna-Prozess habe eine Überreglementierung und Verschulung des Studiums gefördert, würde dieses als „permanente Prüfung“ strukturieren und somit ein unproduktives Lernen für das Kurzzeitgedächtnis im Hinblick auf die nächste Prüfung (Bulimie-Lernen) – und damit ein ebenso schnelles Vergessen – fördern anstatt den Erwerb einer selbstständigen wissenschaftlichen Urteilsfähigkeit im Sinne der bisherigen Bildungstradition („Bildung durch Wissenschaft“). Und die Plätze für die zweite Studienphase (MA) würden im Verhältnis zur ersten künstlich knapp gehalten und mit Zulassungsbeschränkungen bewehrt werden. Geht man davon aus, dass ein Masterabschluss in etwa dem traditionellen deutschen Diplom entspricht, läuft dies auf eine administrative Absenkung des durchschnittlichen studentischen Qualifikationsniveaus hinaus.

Auffällig ist dabei, dass so gut wie nie die Frage nach den Ursachen dieses permanenten Scheiterns gestellt wird. Machen die Verantwortlichen an den einzelnen Hochschulstandorten einfach nur Fehler? Als die Politik durch den Druck des Bildungsstreiks 2009 zum Reagieren gezwungen war, tauchte in den Pressemeldungen von HRK und Bundesbildungsministerium auffällig oft die – offenbar abgestimmte – Formulierung auf, in der Umsetzung von Bologna seien „handwerkliche Fehler“ gemacht worden. So sollte die Verursachung der „Fehler“ auf eine personale und lokale Dimension abgeschoben werden. Die Frage nach der Verantwortung der „großen“ bildungspolitischen Ebene wird jedoch bis heute ebenso ausgeklammert wie die nach den Strukturen des *Hochschulsystems*, die möglicherweise solche Fehlentscheidungen begünstigen. Entpolitisierung nennt man das.

Also stellen wir die Frage einmal anders: Hängt das ständige Verfehlen einer Studienreform möglicherweise mit der aktuellen Aufstellung der Hochschulen *insgesamt* zusammen, etwa mit dem neuen Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“, das seit Ende der 90er Jahre schrittweise in den Landeshochschulgesetzen durchgesetzt wurde? Das neue Leitbild hat zunächst Managementstrukturen an der Spitze der Hochschule gestärkt und die akademische Selbstverwaltung drastisch geschwächt. Vor allem hat es mit diesen Strukturen zu einer Verschärfung des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen, vor allem um die Einwerbung zusätzlicher Finanzen, beigetragen. Die Frage lautet also: Wie wird in dieser Wettbewerbsorientierung ein qualitativ hochwertiges Studium und eine gelungene Studienreform bewertet? Die Antwort: überhaupt nicht! Der Wettbewerb zwischen den „unternehmerischen Hochschulen“ wird vorrangig auf dem Feld der sogenannten Spitzenforschung ausgetragen. Es zählen Zuwächse

Torsten Bultmann zum 60. Geburtstag

Als Festschrift zum 60. Geburtstag von *Torsten Bultmann*, dem Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), erschien im Juli 2014 der Sammelband „Die unternehmerische Hochschule - Zwischen Bildungsanspruch und Standortsicherung“ (254 Seiten). Der Band widmet sich der Analyse der aktuellen Situation an den Hochschulen. Ausgangspunkt ist der Begriff der „standortgerechten Dienstleistungshochschule“, mit dem Bultmann den Hochschulumbau charakterisierte. Auch der Widerstand gegen die Umgestaltung der Hochschulen ist Thema des Buchs.

Übrigens: Der BdWi sucht stets neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter, ob Einzelpersonen, Gruppen oder studentische Vertretungen – jedes neue Mitglied ist herzlich willkommen! Informationen über die Arbeit und die Ziele des BdWi findet man auf seiner Homepage www.bdwi.de.
• Bezug zum Preis von 16 Euro: BdWi-Verlag.verlag@bdwi.de



bei den Drittmitteln oder Erfolge in Forschungsprogrammen wie der Exzellenzinitiative. Die Qualität des Studiums – die Studienbedingungen insgesamt – sind dabei völlig außerhalb der Betrachtung. Das Ganze spielt sich ab vor dem Hintergrund, dass die Grundfinanzierung für die gesetzlichen Aufgaben der Hochschulen, einschließlich des Studiums, seit mehr als zwei Jahrzehnten eingefroren ist. Natürlich hat es nominelle finanzielle Zuwächse gegeben, aber nicht im Verhältnis zur gesellschaftlichen Beanspruchung der Hochschulen, etwa zur Nachfrage nach Studienplätzen. Das spiegelt sich in der permanenten Verschlechterung der Betreuungsrelation von Studierenden im Verhältnis zum wissenschaftlichen Personal wider.

Das Leitbild der „unternehmerischen Hochschule“

Stagnation hier, erhebliches Wachstum über Wettbewerbe dort. In den zurückliegenden zehn Jahren haben sich Drittmittelinnahmen um 100 Prozent (auf 6,3 Mrd. Euro) gesteigert. Das Gros dieser Mittel konzentriert sich allerdings an ganz wenigen Spitzenuniversitäten. Die strukturellen Folgen dieser Disproportion: In Studium und Lehre muss ständig gespart werden; gleichzeitig sind die Hochschulen mangels anderer Finanzierungsmöglichkeiten gezwungen, sich an diesen Wettbewerben zu beteiligen, um ihre chronische Unterfinanzierung immerhin ein wenig zu kompensieren. Erfolge im Wettbewerb tangieren folglich die Studienbedingungen überhaupt nicht oder – das kommt verschlimmernd hinzu – negativ.

Wie das? Der ständige Zuwachs der Drittmittel begann etwa Mitte der 80er Jahre. Seitdem weisen Kritiker dieser Entwicklung immer wieder darauf hin, dass Drittmittel auch eine indirekte (und problematische) Verteilungswirkung auf die Grundfinanzierung der Hochschulen haben. Drittmittel wirbt etwa nur ein Fachbereich ein, der über eine attraktive Mindestausstattung an Infrastruktur verfügt. Diese Mindestbedingungen müssen häufig durch die jeweilige Hochschulleitung, deren Aufgabe es ist, „Forschungsprofile“ zwecks Einwerbung zusätzlicher Finanzen zu schaffen, erst hergestellt werden. In der Regel kann diese dabei nicht auf zusätzliche Finanzen des Landes zurückgreifen. So bleibt nur der Weg der Umverteilung aus anderen Haushaltspositionen der jeweiligen Hochschule. Eine Möglichkeit ist die Einsparung von Mitteln für Lehre und Studium. Das muss man nicht einmal als subjektive böse Absicht unterstellen, dennoch wird eine Art objektives Interesse an einer Verbilligung des Studiums gefördert: durch eine administrative Verkürzung der Durchschnittsstudienzeit, eine Verknappung der Masterstudienplätze oder Einsparungen beim Lehrpersonal (Stellenstreichungen, Neubesetzungssperren, Vergabe befristeter Lehraufträge). Wenn man aber nun immer mehr Studierende mit immer weniger Personal dirigieren muss, begünstigt dies den Ausbau von Kontrollmechanismen, kurz: die Überreglementierung, Verdichtung und Verschulung des Studiums.

Vor dem Hintergrund solcher durch Unterfinanzierung geschaffener „Sachzwänge“ werden viele Ungereimtheiten des Bologna-Prozesses deutlicher. Die deutschen hochschulpolitisch Verantwortlichen haben etwa nie klar begründet, an welchem der unterschiedlichen internationalen Modelle des zweiphasigen Studiums sie sich eigentlich orientieren. In den skandinavischen Ländern entscheiden die Absolventinnen und Absolventen der ersten BA-Phase selbst, ob und wann sie ein Masterstudium aufnehmen. Wenn sie es wol-



len, bekommen sie auch einen Studienplatz. Im angelsächsischen Bereich hingegen sollen strenge Auswahlverfahren den Übergang zum Master als Elitenselektion zugunsten einer Minderheit organisieren. In Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz (KMK) zu Bologna aus dem Jahre 2003 wurde dann plötzlich und unvermittelt – d. h. ohne jegliche Begründung – der Bachelor als „Regelabschluss an deutschen Hochschulen“ definiert, ergo der Master als die Ausnahme. Für die BA-Phase legte die KMK eine Bandbreite von 6 bis 8 Semestern fest, definierte aber gleichzeitig eine Höchstgrenze beider Studienabschnitte von 10 Semestern. Da es aber kaum zweisemestrig grundständige Masterstudiengänge gibt, führte dies dazu, dass nahezu ausschließlich auf 6 Semester angelegte BA-Studiengänge angeboten wurden. Auch so verkürzt man völlig planlos die Studienzeit.

Die Ergebnisse sind bekannt: Eine bildungspolitisch und gesellschaftlich ausgewiesene qualitative Studienreform, um die sich einzelne Akteure vor Ort durchaus redlich bemühten, wurde immer wieder vom bildungsökonomischen Motiv konterkariert, den Bologna-Prozess vor allem für Einsparungen zu nutzen. Dass die so zustande gekommenen Studienkonstruktionen in ihrer gesellschaftlichen und wissenschaftsdidaktischen Relevanz kaum ausgewiesen waren, muss nicht eigens begründet werden. Das ist die Folge einer Verselbständigung betriebswirtschaftlichen Denkens.

Deutlich ist somit, dass eine bessere „handwerkliche“ Gestaltung der neuen Studiengänge kaum etwas bewirkt, solange sich an den geschilderten Rahmenbedingungen nichts ändert. Künstliche und willkürliche Studienzeitbegrenzungen gehören abgeschafft. Die Grundfinanzierung der Hochschulen muss orientiert an der Zahl der Studierenden deutlich erhöht werden. Schließlich müssen die gesetzlichen Aufgaben von Studium und Lehre in der akademischen Selbstverwaltung deutlich gestärkt werden, etwa durch einen Ausbau der Mitbestimmung von Studierenden und wissenschaftlichem Mittelbau. Das alles sind Schritte zur Überwindung der „unternehmerischen Hochschule“.

Torsten Bultmann

Torsten Bultmann ist politischer Geschäftsführer des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).

Die unternehmerische Hochschule

Auch die Hochschulneubauten folgen dem neoliberalen Paradigma

HEUREKA: Mit diesem triumphierenden, *Archimedes von Syrakus* zugesprochenen „Ich habe es gefunden“ überhöhte die CDU-Landesregierung 2007 ein „HochschulEntwicklungs- und Umbauprogramm zur RundErneuerung, Konzentration und Ausbau von Forschung und Lehre in Hessen“. Ein „einheitliches architektonisches Gesamterscheinungsbild“ und die „Optimierung der Infrastruktur“ sollten einen „Investitionsschub“ auslösen und die „Chancen im nationalen und internationalen Wettbewerb um Studierende, Wissenschaftler und Drittmittel“ stärken (1). Die bauliche Modernisierung sollte „den Wissenstransfer zu Wirtschaft und Gesellschaft“ verbessern und neuen Anforderungen durch Studienstrukturreform und Internationalisierung gerecht werden: Die gebaute Umwelt der Hochschulen sollte in das neoliberale Paradigma der unternehmerischen Hochschule als Standortfaktor eingepasst werden. Die Auswirkung der baulichen Modernisierung auf die Hochschule als sozialem und urbanem Raum sind heute auch in Kassel und Frankfurt sichtbar.

Neue Bildungslandschaft in Kassel

Der innerstädtische Campus der Universität Kassel ist ein Sammelsurium unterschiedlicher Gebäudestrukturen, dessen Herz eine postmoderne Ziegelarchitektur aus den 1980er Jahren bildet: Kleinteilig und verwinkelt bietet sie vielfältige Außen- und Innenräume. Form und Nutzbarkeit spiegeln Ideale der Reformhochschule wider. Die als unübersichtlich und unpraktisch kritisierte Architektur beinhaltet abwechslungsreiche halböffentliche Räume für gemeinsames Lernen, Arbeiten und Leben. Mit steigenden Studierendenzahlen, der Umbenennung von „Gesamthochschule Kassel“ in „Universität Kassel“ (2003) und der Abschaffung gestufter Diplommstudiengänge (Kasseler Modell) vollzog sich ein Imagewandel. Bei der räumlichen Campuserweiterung soll sich das neue Image nun auch in gebauter Struktur materialisieren. Die funktionale Trennung von Wohnen, Arbeiten, Konsumieren, Lernen, Lehren und Unternehmenskooperationen wird den Anforderungen an Centerisierung, Repräsentativität, Übersichtlichkeit und Effizienz gerecht. Die großen sterilen Außenräume zwischen den neuen Bauten lassen auf eine konzeptionelle Ablehnung von Aneignungsflächen schließen und stehen in deutlichem Kontrast zu den Planungsergebnissen der 1980er Jahre. Orte, die spontane Aneignung ermöglichen, sowie halböffentliche Bereiche für Rückzug, Diskurs und Reflexion fehlen.

Frankfurt: Der „schönste Campus Deutschlands“

Die bauliche Homogenisierung und Integration des neuen Campus um das ehemalige IG Farben Gebäude im Frankfurter Westend bedingt eine deutliche (sozial-)räumliche und architektonische Abgrenzung gegenüber umliegenden Quartieren. Der innerstädtische Campus ist an drei Seiten von vielbefahrenen Straßen eingefasst und dort, wo kein Zaun steht, ist durch eine Blockrandbebauung eine deutliche äußere Grenze gleich einer Mauer gezogen. Die Universität als Ort alltäglichen sozialen Lebens ist nach außen räumlich abgeschottet.

Dies korreliert mit der verstärkten inneren Kontrolle. Der Campus wird umfassend mit Kameras überwacht und der Zugang zu Gebäuden, Fluren oder Toiletten über ein elektronisches Schließsystem eingeschränkt. Das neue Sicherheitsverständnis ging zeitweise so weit, dass für eine studentische Vollversammlung ein Sicherheitskonzept gefordert wurde. Zeitgleich wurden Mensen geschlossen und die Polizei war auf dem Campus präsent. Alltäglich zeigt sich, dass es die Studierenden sind und ihr potenziell deviantes Verhalten, die es zu kontrollieren gilt. Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit hat Vorrang vor partizipativer Aneignung und Gestaltung des universitären Raums.

Mit dem Campusneubau in Frankfurt hat sich eine neue Form der Offenheit materialisiert. An zentraler Stelle wird auf dem Campus Westend im *House of Finance* (Foto) in enger Kooperation mit der Finanz- und Versicherungswirtschaft geforscht und (gebührenpflichtig) studiert. Auch auf dem naturwissenschaftlichen Campus Riedberg setzt man unter dem Motto „Wohnen. Wirtschaft. Wissenschaft. Science City Frankfurt-Riedberg“ (2) auf eine enge räumliche und bauliche Verknüpfung mit der Privatwirtschaft. Die Universität ist Ankerpunkt für Unternehmen, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „neuen urbanen Eliten“ zuzurechnen sind, die in der postindustriellen Stadt ein Faktor für sozialräumlichen Wandel in Form von Aufwertung und Verdrängung sind.

In Kassel führt die erneute Zentralisierung universitärer Einrichtungen am Holländischen Platz bereits vor Fertigstellung zu deutlichen Veränderungen sozialräumlicher Strukturen in umliegenden Quartieren: steigende Miet- und Grundstückspreise, erhöhtes Verkehrsaufkommen, Abriss, Neubau privat geführter Studierendenwohnheime.

Trotz aller Kritik soll nicht geleugnet werden, dass mit dem HEUREKA-Programm viele lange überfällige Einrichtungen und Modernisierungen realisiert werden konnten. Dennoch steht es auch für die bauliche Materialisierung der neoliberalen Hochschule, die einerseits Ort sozialer Kontrolle und andererseits lokaler, ökonomischer und infrastruktureller Standortfaktor für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung ist.

Lisa Kitzke und Felix Silomon-Pflug

(1) <https://wissenschaft.hessen.de> > Themen > Hochschulbau

(2) www.riedberg.de/de/lernen/science-city.html





gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

FORTBILDUNG PROGRAMMAUSZUG

April – Juni 2015

ARBEITSPLATZ SCHULE

Seminar B7141

Testverfahren für Beratungs- und Förderzentren

Gabriela Jung

Do, 23.04.15, 15:00 - 18:00 Uhr, Wiesbaden

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar B7144

Wie gestalten wir einen Pädagogischen Tag?

„Pädagogischer Tag“ - Einstieg in eine Perspektive oder Umgang mit Frust?

Werner Scholz

Mo, 27.04.15, 13:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Personalräteschulung T7178

Rechtsfragen für Personalräte III

Andreas Skorka

Di, 19.05.2015, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 110 € (Entgelt zahlt Dienststelle)

Seminar B7179

Im Ausland unterrichten?

Günther H. Fecht & Paul Michel

Di, 19.05.15, 15:00 - 18:00 Uhr, Kassel

Entgelt 15 €; Mitglieder GEW Hessen 5 €

Seminar S7204

Vom Überleben zum Leben -

Traumatisierte Kinder in Kindergarten und Grundschule

Heike Christen

Di, 09.06.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Rüsselsheim

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar B7212

Möglichkeiten der Rhythmisierung und Taktung an Grundschulen im Profil 1

Guido Seelmann-Eggebert

Do, 11.06.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar B7222

Zurück zu G9 - Konzepte der Rhythmisierung an Gymnasien im Profil 1

Guido Seelmann-Eggebert

Do, 25.06.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar B7224

„Schulrecht“ in der Zweiten Staatsprüfung - lea hilft!

Werner Scholz

Sa, 27.06.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Seminar B7230

Leistungsbewertung im inklusiven Unterricht

Claudia Federolf

Mi, 08.07.15, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

ELTERNARBEIT

Seminar N7157

Elternarbeit in der Grundschule - Schwerpunkt Schriftspracherwerb

Barbara von Ende

Mi, 06.05.15, 10:00 - 16:30 Uhr, Darmstadt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar E7209

Elternarbeit und systemische Beratung in der Schule

Elisabeth Kühne & Sabine-Elena Funk

jew. Mi, 10.06. u. 17.06.15, jew. 15:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Seminar E7216

Elterngespräche

Zielgerichtet, effektiv und Nerven schonend

Uwe Riemer-Becker

Di, 16.06.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

GESELLSCHAFT, POLITIK & WIRTSCHAFT

Vortrag mit Diskussion D7080

Atemlose „Reformen“ – das Ende demokratischer Bildung?

Soziale Kompetenzen, modularisiertes Wissen, flexibles Humankapital

Michael Hintz

Mo, 20.04.15, 19:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Vortrag mit Diskussion G7147

Sinti und Roma im Nationalsozialismus und heute

Im Gespräch mit den Zeitzeuginnen Ursula Rose und Maria Strauß

Moderation Ursula Ernst

Di, 28.04.15, 14:30 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Schulklassen 90 €

Vortrag mit Diskussion D7148

Gaza - die unendliche Geschichte

Abraham Melzer

Di, 28.04.15, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

Vortrag mit Diskussion G7182

Neurechte Querfronten und völkische Bewegungen

Nationalismus, Antisemitismus und braune Esoterik

in Zeiten von Krise und Kriegsgefahr

Jutta Ditfurth

Mi, 20.05.15, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Vortrag mit Diskussion G7184

Sigmund Freud und die Psychoanalyse im Unterricht

Dr. Manuel Mendez-Burguillos

Mi, 20.05.15, 19:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Exkursion D7224

Rassismuskritischer Stadtrundgang in Frankfurt

Zwischen Duldung, Anerkennung und Abschiebung

Constantin Wagner & Aylin Kortel

Di, 26.05.15, 14:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

Seminar D7223

Ich bin ich - auch in der Schule!

Zum Umgang mit Homo- / Transphobie und „Anders-sein“

Heiko Rohde

Do, 25.06.15, 15:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

GESUNDHEIT & STIMME

Seminar M7154

Autismus und Asperger-Syndrom

Ariadne Michaelopoulos

Di, 05.05.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar H7155

Gesund bleiben im Lehrerberuf - Strategien gegen Burnout

Peter Berger

Mi, 06.05.15, 14:00 - 18:30 Uhr, Bad Zwesten

Entgelt 55 €; Mitglieder GEW Hessen 39 €

Seminar V7186

Die Stimme stärken

Birgit Kramer

Do, 21.05.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar H7219

Gesundheitscoaching in Schule, Kita und Jugendhilfe

Didier Kulikowsky-Valentin

Mi, 17.06.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar H7221

Schaff ich die Schule - oder schafft sie mich?

Stress und Burn-Out

Uwe Riemer-Becker

Mi, 24.06.2015, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

KUNST & MUSIK

Workshop K7125

Malen wie die Künstler des 20. Jahrhunderts

Dr. Margit Dries

Mo, 20.04.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Hünfelden

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop K7127

Hundertwasser - ein Künstler für alle Altersstufen

Diane Nagel

Mo, 20.04.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop K7133

Plastisches Gestalten im Kunstunterricht: Tonarbeiten

Iris Gerlach

Mi, 22.04.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop Q7146

Stomp in the classroom

Friedrich Neumann

Di, 28.04.15, 11:30 - 18:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Seminar Q7151

Rhythmus für Kids: Körper und Stimme - Grundschule

Christian Lunscken

Mi, 29.04.15, 14:00 - 18:00 Uhr, Gießen

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar K7163

Landart - Kreative Aktivitäten in der Natur

Brigitte Stein

Fr, 08.05.15, 10:00 - 14:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Workshop K7177

Arbeiten im dreidimensionalen Raum mit Ytong-Stein

Iris Gerlach

Di, 19.05.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Exkursion K7232

Mit dem Skizzenblock unterwegs:

Wanderung auf dem Lahn-Höhenweg

Dr. Margit Dries

Fr, 10.07.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Balduinstein

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop Q7233

Sounds & Grooves mit Stift & Co

Perkussives Klassenmusizieren mit Schulutensilien

Martin J. Junker

Fr, 10.07.15, 14:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

LERNORT SCHULE

Seminar M7136

Die Vorbereitung auf Projektprüfungen

Martina Lennartz

Mi, 22.04.15, 14:00 - 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Workshop P6183

Workshop Holz

Holzarbeiten - Anregungen für den AL- und Werkunterricht (Sek.I)

Jürgen Schnellbacher

jew. Di, 28.04., 05.05. u. 12.05.15, jew. 14:00 - 18:30 Uhr, Fürth

Entgelt 225 €; Mitglieder GEW Hessen 195 €

Seminar C7153

Smartphone-Einsatz im Unterricht

Christian Wolff

Di, 05.05.15, 15:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar N7166

Das Erzählen - eine Kunst, die man lernen kann

Petra Hofmann

Fr, 08.05.15, 14:00 - 18:00 Uhr, Aarbergen

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar S7188

Binnendifferenzierung in den Fächern der politischen Bildung

Dr. Peter Adamski

Di, 26.05.15, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Seminar P7207

Maschinenschein Metall

Jürgen Jäger

jew. Di, 09.06., 16.06. u. 23.06.15, jew. 13:00 - 18:00 Uhr, Wiesbaden

Entgelt 225 €; Mitglieder GEW Hessen 195 €

LESEN, SCHREIBEN & SPRECHEN

Seminar N7138

Lesestrategien für den Unterricht in Deutsch in der Sek. I

„Lautes Denken“ als erweiterte Lesestrategie

Manfred Pöller

Mi, 22.04.15, 14:00 - 17:00 Uhr, Rüsselsheim

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 19 €

Seminar F7149

Fremdsprachentraining und Filmvermittlung

Dr. Julian Namé

Mi, 29.04.15, 14:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar F7174

Teaching English through graphic novels in the EFL classroom

Johannes Steinl

Mo, 18.05.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Seminar F7210

Hispanics in America

Dr. Julian Namé

Mi, 10.06.15, 10:00 - 17:00 Uhr, Hanau

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop N7213

Workshop Deutsch als Zweitsprache (DaZ)

Analoge und digitale Übungen selbst erstellen

Susanne Völpel

Fr, 12.06.15, 9:00 - 16:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop N8403

Workshop Deutsch als Fremdsprache (DaF):

Tipps für die Arbeit mit Seiteneinsteigern (Intensivklassen)

Susanne Völpel

Fr, 26.06.15, 9:00 - 16:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

PÄDAGOGIK

Seminar S7130

Wenn die Schule auf den Hund kommt

Hundegestützte Pädagogik

Grit Philippi

Di, 21.04.15, 14:00 - 17:00 Uhr, Riedstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar S7161

Unterrichtsfach Glück

Peter Kühn

Do, 07.05.15, 11:00 - 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 68 €; Mitglieder GEW Hessen 42 €

Workshop N7162

„Ganz Ohr sein“ - Fortbildung zur Zuhörförderung

Maria Bonifer & Juliane Spatz

Do, 07.05.15, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 69 €

Seminar S7192

Vom Umgang mit „störendem“ Verhalten bei Kindern und Schülern

Christof Lingelbach

Mi, 27.05.15, 13:00 - 17:00 Uhr, Bad Orb

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

RECHNEN & MATHEMATIK

Seminar U7135

Mathematik im Anfangsunterricht

Stephanie Jurkscheit

Mi, 22.04.15, 15:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

Seminar U7211

Rechenschwäche - Ursachen, Diagnose, Förderung

Gabriela Jung

Do, 11.06.15, 15:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 29 €

STUDIENREISEN (mehr unter www.lea-bildung.de)

Studienreise W7235

► Radtour im Künischen Gebirge und zum Tor des Böhmerwaldes

Dalibor Hirc

Sa, 25.07. – Sa, 01.08.15

Entgelt DZ 500 €; EZ 600 €

Studienreise W7238

► Mit dem Kanu auf der Moldau unterwegs

Dalibor Hirc

So, 02.08. – Sa, 08.08.15

Entgelt DZ 535 €; EZ 635 €

Studienreise W7240

► Marienbader Elegien

Mit Goethe in die Böhmisches Bäder

Jiri Franc & Arthur Schnabl

Sa, 29.08. – Sa, 05.09.15

Entgelt DZ 750 €; EZ 850 €

W8412

► Studienreise nach Zimbabwe

Annedore Smith

Fr, 16.10. – So, 01.11.15

Entgelt DZ 3.100 €; Entgelt EZ 3.370 €

W8397

► Wandern um Prag

Jiri Franc

Sa, 17.10. – Sa, 24.10.2015

Entgelt 490 €; Entgelt EZ 600 €

W8411

► Studienreise nach Nicaragua

Christiane Mende & Charly Steinmeier

So, 18.10. – Sa, 31.10.15

Entgelt DZ 2.400 €; Entgelt EZ 2.630 €

W8413

► Studienreise nach Palästina / Israel

Fuad Hamdan

So, 18.10. – Sa, 31.10.15

Entgelt DZ 1.790 €; Entgelt EZ 1.950 €

ANMELDUNG www.lea-bildung.de

Einfach anrufen: **0 69 – 97 12 93-27**

oder faxen: **0 69 – 97 12 93-97**

Online-Buchung: www.lea-bildung.de

E-Mail: anmeldung@lea-bildung.de

Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags
von 9:00 bis 16:00 besetzt.

www.lea-bildung.de

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen
auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch
telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen:

Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig.

Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

Abrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung?
Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene
Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule / Ihre Bildungseinrichtung
zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Walter Otto-Holthey

Geschäftsführung: Peter Kühn

Gestaltung: H. Knöfel, Kaufungen | Träger & Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl.

Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie
unter www.lea-bildung.de

Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2015

Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit
der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Im Internet ist das Programm bereits ab September
unter www.lea-bildung.de einzusehen.



gemeinnützige
Bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea-Reise nach Israel und Palästina

lea, die gemeinnützige Bildungsgesellschaft der GEW Hessen, bietet in den Herbstferien 2015 erstmals eine Studienreise nach Israel und Palästina an. *Fuad Hamdan*, der palästinensische Begleiter der Reise, ist Geschäftsführer des „Erste Welt Hauses“ in München und hat in den vergangenen Jahren mehrfach Reisen nach Israel und Palästina organisiert. *Bernd Landsiedel* und *Lutz Getzschmann* sprachen mit *Brigitte Domes* und *Jürgen Michallek* aus Kassel, die mit *Fuad Hamdan* im Oktober 2014 Israel und das Westjordanland bereisten.

Ihr seid im letzten Jahr mit Fuad Hamdan ins Westjordanland und nach Israel gefahren. Was zeichnet diese Reise aus? Die meisten Reisen nach Israel und Palästina haben die Erkundung des „Heiligen Landes“ zum Schwerpunkt und konzentrieren sich auf die Besichtigung historischer Stätten der Antike. Im Gegensatz dazu klammerte unsere Reise Geschichte, Kultur und Lebensrealität der Palästinenser nicht aus, sondern führte uns auch zu Flüchtlingslagern, Checkpoints, der Trennmauer, in palästinensische Dörfer und zu israelischen Siedlungen. Wer Interesse hat, mehr über die Hintergründe des Israel-Palästina-Konfliktes zu erfahren, wer wissen möchte, wie sich die israelische Besatzung auf die soziale Lage der palästinensischen Bevölkerung auswirkt und welche Friedensperspektiven sich die Menschen vor Ort vorstellen können, hat von dieser Reise enorm profitiert. Dabei hatten wir Gelegenheit, mit Menschen jüdischer und palästinensischer Herkunft zu sprechen, deren gemeinsames Anliegen es ist, durch ziviles Engagement „Brücken von unten zu bauen“.

Welche Kontakte hattet ihr während eures Aufenthalts?

Zunächst muss man sagen, dass wir bewusst keine Treffen mit offiziellen Vertretern von Parteien hatten – weder auf palästinensischer noch auf israelischer Seite. Wir trafen uns mit einem Beratungszentrum für gewerkschaftliche Rechte, mit Menschenrechtsgruppen, Dorfbewohnern, Frauenkooperativen, Familien in Flüchtlingslagern, besuchten die Uni in Bethlehem und waren mit einem dort lebenden deut-

schen Hydrologen unterwegs, der uns über die Wasserproblematik in Palästina aufklärte. In Nablus, Hebron und Jerusalem hatten wir lokale Reiseführer, die mit den Lebensverhältnissen vor Ort vertraut waren.

Gab es auch Begegnungen mit israelischen Bürgern?

Ja, wir haben eine jüdische Siedlung im Westjordanland besucht und uns den Standpunkt der dort lebenden Siedler erläutern lassen. In Israel besuchten wir das Friedensdorf Neve Shalom, in dem Palästinenser und Israelis jüdischer Herkunft gemeinsam zusammenleben und in dessen Schule der Unterricht bilingual in Hebräisch und in Arabisch durchgeführt wird. An unserem „freien“ Tag fuhren wir nach Jerusalem zur Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem. Wir hatten auch eine Begegnung mit einem Filmemacher von „Zochrot“, das ist eine israelische Gruppe, die die Erinnerung an die 1948 zerstörten palästinensischen Dörfer wach hält und versucht, das Schicksal der damaligen Bewohner aufzuklären. Dieses Thema wird in der israelischen Gesellschaft bis heute tabuisiert.

Es wird immer gesagt, dass die Siedlungen eine Friedenslösung verhindern...

... das ist mit Sicherheit so, wenn man eine Zwei-Staatenlösung zur Grundlage einer Friedensperspektive macht. Es ist schwer vorstellbar, dass die über 700.000 Siedler in Ostjerusalem und im Westjordanland freiwillig ihren Besitz aufgeben. Die Siedlungen werden vom israelischen Staat hoch subventioniert. Dort zu wohnen bedeutet, günstigere Häuser und Wohnungen zu haben, eine gut ausgebaute Infrastruktur, Schnellstraßen, die die Siedlungen mit dem israelischem Staatsgebiet verbinden, Grünanlagen und Freizeiteinrichtungen. Im Unterschied zu den verarmten palästinensischen Dörfern existiert auch kein Wassermangel. Die Siedlung Efrat, die wir besucht haben, hat 9.500 Einwohner, aber auch hier sehen die langfristigen Planungen eine Erweiterung auf bis zu 30.000 Einwohner vor. Man muss wissen, dass inzwischen fast jedes palästinensische Dorf, jede palästinensische Stadt umgeben ist von Siedlungen, geschützt durch die Mauer,



Die Steine mit der Aufschrift: „Wir weigern uns, Feinde zu sein“ stehen am Eingang des „Tent of Nations“, einer internationalen Begegnungsstätte auf dem Land von Daud Nassar bei Bethlehem.

durch Sicherheitszäune und verbunden mit Straßen, die die Siedlungen miteinander und mit Jerusalem oder Tel Aviv verbinden. Inzwischen gibt es schon 196 feste Siedlungen, darüber hinaus aber noch über 200 provisorische Siedlungen, sogenannte „out-posts“.

Ihr seid in ein Krisengebiet gefahren. Welche Risiken geht man bei der Reise ein?

Auf der gesamten Reise gab es keine Situation, die für uns hätte gefährlich werden können. Es ist ja auch nicht Sinn dieser Bildungsreise, sich an Demonstrationen zu beteiligen oder andere Konfrontationen zu suchen. Dies hatte uns unser Reiseleiter *Fuad Hamdan* auch schon vor der Reise sehr deutlich gemacht. Allerdings wirkten die Allgegenwart von bewaffneten Soldaten, eine Mauer, die in Teilen weitaus höher ist als die Berliner Mauer, und die Beschränkungen an den Checkpoints verstörend. Auf der anderen Seite waren wir überrascht, wie ungeniebig freundlich die palästinensische Bevölkerung auf die Anwesenheit von uns Ausländern reagiert. Unsere vielen Fragen wurden mit Geduld, großer Offenheit und Herzlichkeit beantwortet.

- Die lea-Reise startet am Sonntag, dem 18. Oktober, um 14.15 Uhr in Frankfurt. Der Rückflug ist am Samstag, dem 31. Oktober, um 5.30 Uhr ab Tel Aviv. Die Kosten betragen mit Frühstück 1.790 Euro im Doppelzimmer und 1.950 Euro im Einzelzimmer. Die Gruppe ist auf 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer begrenzt. Alle Details und Anmeldung: <https://lea-bildung.de> > Seminarangebot > Studienreisen > W8413

Vom Kopf auf die Füße stellen

GEW fordert Sofortprogramm für Recht auf inklusive Beschulung

Ausführlich diskutierte die Landesdelegiertenversammlung (LDV) in Wetzlar Ende November 2014 über das Recht auf inklusive Beschulung und die Politik der neuen schwarz-grünen hessischen Landesregierung. Delegierte mehrerer Kreisverbände machten deutlich, wie sehr das Thema den Kolleginnen und Kollegen vor Ort auf den Nägeln brennt und wie der Mangel an Ressourcen, ein wachsender Bürokratismus und eine schlechte Personalpolitik eine verantwortliche Umsetzung des Menschenrechts auf Inklusion verhindern.

Die LDV beschloss mit großer Mehrheit einen Grundsatzantrag, der von den GEW-Kreisverbänden Groß-Gerau und Hanau

in Kooperation mit den Landesfachgruppen Sonderpädagogik und Sozialpädagogische Berufe formuliert worden war. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einer sonderpädagogischen Grundausrüstung für alle Schulen und der Bildung von multiprofessionellen Teams, in denen die Lehrkräfte der Regelschulen mit Förderschullehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften zusammenarbeiten.

Die HLZ stellt den Beschluss in Auszügen vor und fasst die konkreten Vorschläge für ein Sofortprogramm zusammen. Den vollständigen Wortlaut findet man auf der Homepage der GEW Hessen www.gew-hessen.de (> Bildung > Themen > Inklusion).

Inklusion wird nur gelingen, wenn die allgemeinen Schulen diese zu ihrer Sache machen und so ausgestattet sind, dass die Lehrkräfte in der alltäglichen Arbeit mit Kindern mit all ihren Potenzialen und Schwierigkeiten nicht allein gelassen werden, sondern konkrete Unterstützung im gemeinsamen Unterricht erfahren. Im Mittelpunkt der inklusiven Beschulung muss die gemeinsame Arbeit von Lehrkräften unterschiedlicher Lehrämter und sozialpädagogischen Fachkräften mit Kindern und Jugendlichen im Unterricht und im Schulleben stehen. Nur durch eine systemische sonderpädagogische Grundzuweisung kann das sogenannte Res-

ourcen-Etikettierungsdilemma beseitigt werden. Das gegenwärtige System der Steuerung der Inklusion durch die Beratungs- und Förderzentren (BFZ) verschleißt die Lehrkräfte der BFZ (...) durch den stundenweisen Einsatz an vielen Schulen, durch umfangreiche Berichtspflichten und Wegezeiten. Es belastet die Lehrkräfte der allgemeinen Schulen durch zusätzliche Beratungsgespräche mit Fachkräften, die die Kinder kaum kennen, während sie in der konkreten, alltäglichen Arbeit mit den Kindern weiter ausschließlich auf sich selbst gestellt sind. Ein weiterer grundlegender Strukturfehler der Verordnung über Unterricht, Erziehung und sonderpädagogische Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen (VOSB) ist die Entscheidung, Personaleinsatz und Personalentwicklung der inklusiven Beschulung durch die BFZ zu steuern. Dies widerspricht dem Wesen der Inklusion, die an der allgemeinen Schule stattfindet und nur dort entwickelt und gestaltet werden kann. (...)

Schulen brauchen eine sonderpädagogische Grundausrüstung

Die GEW Hessen fordert von der hessischen Landesregierung einen Aktionsplan zur Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung in hessischen Schulen. Das Hessische Schulgesetz, die VOSB und der Erlass zu Ordnungsfristen zur Umsetzung der VOSB sind im Sinn dieser Forderungen zu novellieren.

Die GEW ist sich darüber im Klaren, dass die Umsetzung der Forderungen einen Stufenplan erfordert. Die GEW fordert einen verbindlichen Zeit- und

Maßnahmenplan für den Weg zur inklusiven Schule:

- Der Ressourcenvorbehalt, der im Bereich der sonderpädagogischen Förderung ausschließlich für die inklusive Beschulung, nicht aber für die Aufnahme in eine Förderschule gilt, ist aufzuheben.
- In einem ersten Schritt wird deshalb zunächst jeder Schule, die in ihrem Schulprogramm die Bereitschaft zur inklusiven Beschulung verankert und bereit ist, die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern auf der Grundlage der UN-BRK zu gewährleisten, pro drei Klassen eine Förderschullehrkraft zugewiesen (1). Die Lehrkräfte sind Lehrkräfte der allgemeinen Schule und bilden gemeinsam mit den Lehrkräften der Regelschule und den sozialpädagogischen Fachkräften ein multiprofessionelles Team. Zusätzlich zu den Lehrkräften wird pro drei Klassen eine sozialpädagogische Fachkraft als Beschäftigte des Landes Hessen zugewiesen. Darüber hinaus muss an jeder Schule Schulsozialarbeit mit mindestens einer Stelle als Maßnahme der Kinder- und Jugendhilfe verankert werden.
- Für Schulen im sozialen Brennpunkt, die nach allen empirischen Studien einen höheren Bedarf für die Förderung in den Bereichen Lernen und Soziale und emotionale Entwicklung haben, ist auf der Grundlage der sozialempirischen Daten des bestehenden Sozialindex ein Zuschlag vorzusehen.
- Bei der Aufnahme von Schülerinnen und Schülern mit den Förderschwerpunkten Geistige Entwicklung, Körperliche und Motorische Entwicklung sowie Sehen und Hören sind die jeweiligen personellen, sächlichen und räumlichen

Ziele öffentlich vertreten

Die GEW Hessen wird folgende Forderungen in den Mittelpunkt ihrer Öffentlichkeitsarbeit stellen:

- Pro drei Klassen werden jeder Schule eine Förderschullehrkraft und eine sozialpädagogische Fachkraft zugewiesen (Motto „3 zu 1“).
- Im Rahmen des inklusiven Unterrichts werden die Förderschullehrkräfte dauerhaft und verbindlich in die Kollegien der Regelschule integriert.

Dazu sollen Personalräte- und Vertrauensleutetreffen in den Kreisen und Personalversammlungen an den Schulen stattfinden. Gemeinsame und persönliche Protestschreiben können den politischen Druck erhöhen. Dazu sollen auch regionale Aktionen auf der Ebene der Schulämter, Protestaktionen in Fußgängerzonen oder vor den Schulämtern unter Einbeziehung der Medien sowie landesweite Aktionen gemeinsam mit Elternvertretungen beitragen.

Anforderungen zu prüfen und zu erfüllen. Bei Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung sind (...) die bestehenden Zuschlagsregelungen der VOSB (§ 13 Abs.3) als Mindeststandard einzuhalten. (2)

- Die Einsetzung eines Förderausschusses ist nur dann erforderlich, wenn die sonderpädagogische Grundzuweisung nicht ausreichend ist oder besondere Entscheidungen über die Klassengröße erforderlich sind (§ 13 Abs.4 VOSB).

- Alle verfügbaren Zwangsversetzungen von allgemeinen Schulen an Förderschulen und Beratungs- und Förderzentren sind zurückzunehmen. Versetzungsanträge von Lehrkräften von einem BFZ an eine Regelschule zur Arbeit im inklusiven Unterricht sind zu realisieren. (...)

- Für die Arbeit in multiprofessionellen Teams sind für alle beteiligten Fachkräfte ausreichende Zeitressourcen für die Koordination, für Beratungsgespräche, Dokumentation und die Erstellung von Förderplänen bereitzustellen.

Anmerkungen

(1) Artikel 24 Abs.2 der UN-BRK fordert, dass Menschen mit Behinderungen am inklusiven Unterricht „gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben“, teilnehmen können. Inklusion ist deshalb ein Auftrag für jede Schule.

(2) Die GEW Hessen bekräftigte ihren Beschluss von 2011, dass der „Einsatz von Eingliederungshelfern keinen angemessenen Ersatz für eine Doppelbesetzung oder den Einsatz sozialpädagogischer Fachkräfte“ darstellt. Die Forderung nach einer sozialpädagogischen Fachkraft für jede Klasse der Schulen für Körperbehinderte und Praktische Bildbare gilt heute entsprechend auch für Klassen mit inklusivem Unterricht, in denen Kinder mit den Förderschwerpunkten Geistige Entwicklung sowie Körperliche und Motorische Entwicklung unterrichtet werden.

Was will die Koalition?

Die schwarz-grüne Koalition hat nur dort konkrete Schritte eingeleitet, wo es sie nichts kostet. Die Absichtserklärung der Koalitionäre, dass „Förderschullehrer bei inklusiver Beschulung wieder fest dem Kollegium der allgemeinen Schule zugeordnet werden“, wird von der Kultusadministration komplett ignoriert und durch eine gegenteilige Praxis konterkariert. Gleichzeitig wird im ersten Jahr der Legislaturperiode deutlich, dass es keinerlei Anstrengungen gibt, auch nur die Minimalziele der Koalition in Angriff zu nehmen.



Die GEW-Forderung, für jeweils drei Klassen eine Förderschullehrkraft und eine sozialpädagogische Fachkraft zur Verfügung zu stellen, bekräftigten Andrea Michel und Kolleginnen und Kollegen des GEW-Kreisverbands Kassel mit bunten Luftballons.

Der Beschluss enthält darüber hinaus konkrete Forderungen für eine schnelle und konsequente Veränderung der VOSB, um die gegenwärtigen Missstände abzustellen. Die folgende Übersicht fasst die Forderungen zusammen.

- Die Regelung des Erlasses über die Ordnungsfristen, dass „ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung im Förderschwerpunkt Lernen (...) erst zu Beginn der dritten Klasse in Frage“ kommt, ist zu streichen. Um die Etikettierung bereits beim Schuleintritt zu vermeiden, ist die geforderte systemische Grundzuweisung von einer Förderschullehrkraft für je drei Klassen in einem ersten Schritt für die Eingangsklassen zu gewährleisten.

- Zwei Jahre nach Inkrafttreten der VOSB werden selbst deren Vorgaben massiv unterschritten. Dies gilt für die Bereitstellung einer Lehrerstelle für jeweils sieben Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf (§ 13 Abs.2 VOSB), für die zusätzliche Zuweisung von bis zu sieben Förderstunden bei Schülern mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung (§ 13 Abs.3), für die Möglichkeit zur Unterschreitung der Klassenobergrenze (§ 13 Abs.4) und für die Berechnung der Förderung durch die BFZ im Rahmen der Vorbeugenden Maßnahmen (§ 26 Abs.4 VOSB).

- Die mit der Erstellung förderdiagnostischer Gutachten beauftragten Förderschullehrerinnen und -lehrer werden regelmäßig angewiesen, keine Aussagen über die notwendigen personellen Ressourcen für die Förderung im Rahmen einer inklusiven Beschulung zu treffen.

Dies widerspricht der Vorgabe der VOSB, wonach im Rahmen des förderdiagnostischen Gutachtens „eindeutige Empfehlungen zu Art, Umfang und Organisation der zum Wohl des Kindes und seiner weiteren Entwicklung notwendigen sonderpädagogischen Förderung unter Darstellung der hierfür erforderlichen personellen, räumlichen, sächlichen und pädagogischen Rahmenbedingungen“ abzugeben sind (§ 28 Abs.2 Punkt 5 VOSB).

- Der Erlass zu den Ordnungsfristen treibt den bürokratischen Aufwand der sonderpädagogischen Förderung außerhalb der Förderschulen weiter voran. Als konkrete Maßnahmen fordern wir den Verzicht auf Einsetzung eines Förderausschusses beim Übergang in die weiterführende Schule sowie bei der Aufhebung des sonderpädagogischen Förderbedarfs.

- Die Regelung, dass die im Rahmen von VM geförderten Schülerinnen und Schüler in der LUSD zu erfassen sind und nur mit Zustimmung ihrer Eltern gefördert werden dürfen, ist aufzuheben.

- Auch bei der Zuweisung der VM-Ressourcen werden die Richtgrößen der VOSB (eine Stelle für 32 ganzjährig geförderte Schülerinnen und Schüler) in der Praxis komplett unterlaufen. Werden VM-Ressourcen bereit gestellt, muss die allgemeine Schule entscheiden können, ob der Schwerpunkt auf Beratungs- und Förderangeboten oder auf Maßnahmen im gemeinsamen Unterricht von Regel- und Förderschullehrkräften liegt.

- Die Zusammenlegung kleinerer BFZ zu Mammuteinrichtungen ist zu stoppen.



Führen und Folgen

Eindrücke aus einer Fortbildung für künftige Führungskräfte

Der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL) ist auf eine Fortbildungsveranstaltung in Zusammenhang mit der „Unterstützung und Förderung von Lehrkräften auf dem Weg zur Leitungsfunktion“ im Rahmen eines Mentoring-Programms im Staatlichen Schulamt Darmstadt aufmerksam geworden. In dem Veranstaltungsflyer ist unter anderem zu lesen, dass es keine „Führung ohne Folgen gibt“, dass ein positives Bild von „Folgschaft“ und ein „Rollenbewusstsein für Gutes Folgen“ entwickelt werden müssten. Diese Formulierungen stießen auf die massive Kritik des HPRLL, da sie „ein undemokratisches und elitäres Verständnis von der Leitung einer Schule“ dokumentieren. Mit Blick auf die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert seien solche Begrifflichkeiten „vollkommen untragbar“. (...)

Soweit eine Kurzmeldung aus der HLZ 9-10/2014. Wer glaubt, die Stellungnahme des HPRLL habe bei den Verantwortlichen zu einer Absage der Veranstaltung geführt, musste sich eines Schlechteren belehren lassen. Klaus Armbruster, Mitglied im Vorsitzendenteam des GEW-Kreisverbands Darmstadt, ließ es sich nicht nehmen, für den Gesamtpersonalrat an der ganztägigen Fortbildung, zu der rund 30 interessierte „Nachwuchsführungskräfte“ gekommen waren, teilzunehmen. Sein in Auszügen veröffentlichter Bericht vermittelt einen Eindruck davon, wie auf subtile Weise versucht wird, potenziellen „Führungskräften“ im Verlaufe nur eines Tages das Gefühl zu geben, sie seien die dringend gesuchte Elite, der es zu folgen gelte.

Robert Erlinghagen, Referent und Experte für „Führen“ und „Folgen“, schien über meine Teilnahme informiert, ließ sich aber nicht irritieren und hielt seinen Vortrag selbstsicher und eloquent – ein echter Fortbildungsprofi. Schon in der Einleitung ging er in die Offensive: Wenn man in aller Welt von „Leadership“ und „Followership“ spreche, müsse jetzt auch über „Führen“ und „Folgen“, „Folgschaft“ und „gute Folgschaft“ offen und unverkrampft nachgedacht werden. Von in Deutschland historisch begründeten negativen Assoziationen sollte man sich einmal lösen.

Nach den Zeiten des „Fordismus“ und „Postfordismus“ seien wir jetzt in der Zeit der „Ökonomie 2.0“ angekommen, die Erlinghagen „als ständiges Wechselspiel zwischen Aufbau und Zerstörung“ beschreibt. Heute gehe es wieder verstärkt um Individualität, daher sei „die Wiederbelebung der Konzentration auf Führungsrollen und Führungspersönlichkeiten“ angesagt. Verstanden habe ich diesen Zusammenhang nicht. Aber das liegt vermutlich an mir...

17. MaiMeeting der GEW

Vom 14. bis 17. Mai 2015 findet das 17. MaiMeeting der GEW im ver.di-Bildungszentrum Brannenburg im Allgäu statt. Es richtet sich an Mitglieder und Funktionärinnen und Funktionäre. Angeboten werden Workshops zur Theaterpädagogik und zu den Themen Aufklärung und Ideologiekritik, Geschichte der Arbeiterbewegung, Jugendkulturen zwischen Islam und Islamismus, Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz und zu Grundlagen kritischer Bildungsarbeit. Infos und Anmeldung: www.gew.de/Maimeeting_2015.html

Lehrer sind wie Kinder...

Mit Hilfe psychologischer und psychoanalytischer Versatzstücke erklärte Erlinghagen dann den Anwesenden, warum das Leben von Führungskräften so schwer sei.

Es seien bewusste und unbewusste psychische Dispositionen, die die Mitarbeiter (1) immer wieder daran hinderten, ordentlich zu folgen:

„Der Mitarbeiter (die Mitarbeiterin) begibt sich in die Arbeitssituation mit unerfüllten und unbewussten Bedürfnissen, z. B. dem Bedürfnis nach elterlicher Anerkennung und Aufmerksamkeit. (...) Diese Bedürfnisse werden auf Repräsentanzen der Organisation (z. B. Führungskräfte) übertragen.“

„Der Mitarbeiter bringt unbewältigte unbewusste Konflikte (...) ein. Da es nicht zur Rolle von Führungskräften gehört, zum Mitarbeiter eine väterliche oder mütterliche Beziehung aufzubauen, erfährt der Mitarbeiter Konflikte (mit Führung).“

„Unbewusst agiert der Mitarbeiter sein Bedürfnis nach Macht über Geschwister und Elternfiguren aus. Weil KollegInnen keine Geschwister und Führungskräfte keine Eltern sind, passt dieses (...) nicht in die Arbeitssituation. Das führt zu Konfusion, Angst, Wut und Aggression.“

War ich bisher – etwas einfältig und gewerkschaftlich deformiert – davon ausgegangen, Konflikte zwischen Kollegien und Schulleitungen hingen zusammen mit fragwürdigen Hierarchien, Belastungen durch Machtausübung oder mangelnde personale Kompetenzen oder mit einer permanenten Arbeitsüberlastung, war ich nun eindeutig eines Besseren belehrt! Man lernt eben nie aus!

Nachdem dieses grundlegende psychologische Drama geklärt war, ging es um die Übertragung der bisherigen Erkenntnisse auf den schulischen Bereich:

„Schulen als Expertenorganisationen müssen sensibel das Spannungsverhältnis zwischen Autonomiebedürfnis und Kooperationsnotwendigkeit austarieren.“

„In einer (latent) individualistischen, narzisstischen Gesellschaft ist der Wert guter Folgschaft schwer zu vermitteln. (...) ‚Folgen‘ ist nicht ‚sexy‘.“

„Führungsentscheidungen werden aus Sicht der jeweiligen Folgschaft im Nirwana getroffen.“

„Auf Basis der Trennung in ‚die da oben‘ und ‚die da unten‘ wird Verantwortungslosigkeit zementiert. Mitverantwortung für die Gestaltung von Führung wird geleugnet.“

„Folgen‘ ist nicht ‚sexy‘.“

Das war es also: Vor sich hin wankende Individualisten, die nur unwillig kooperieren wollen, unser aller Narzissimus, Botschaften aus dem Nirwana und dann noch unsere unverhofft konstatierte Mitverantwortung für das Handeln der Führungskräfte.

Wieder konnte ich der Logik des Vortrages nur schwer folgen. Überzeugender fand ich dann schon den Hinweis auf den Widerspruch, dass Lehrkräfte zwar wie selbstverständlich von einer „Klassenführung“ sprechen und von ihren Schülerinnen und Schülern „Folgsamkeit“ und „Folgschaft“ erwarteten, aber selbst Probleme hätten, wenn die Schulleitung von ihnen das selbe einfordere.

Wenn Erlinghagen über Lehrkräfte sprach, tat er dies meist „wohlwollend“, so wie man über Kinder spricht. Sie seien bemüht, sähen sich aber vorwiegend als Individualisten und hätten daher oft Probleme, Autoritäten anzuerkennen.

Grundsätzlich verfolgten die Lehrerinnen und Lehrer gute Absichten, könnten sich aber ohne Führung nur schwer im Schulalltag orientieren und nutzten daher gerne Möglichkeiten, sich vor der Verantwortung zu drücken oder die Mitarbeit am Ganzen zu verweigern. Weshalb man eben Führungskräfte brauche...

Mehrmals setzte sich Erlinghagen mit konkreten Fragen aus dem Schulalltag auseinander. Einige seiner Beispiele sprechen für seine „schulpraktische Kompetenz“:

- Auf die Frage, in welchem Umfang man denn bei der Stundenplangestaltung auf die persönliche Situation von Lehrkräften Rücksicht nehmen müsse (Kinderbetreuung, Teilzeit), erklärte Erlinghagen: „Sie machen den Stundenplan für die Schüler bzw. die Schule und nicht, um die Freizeit der Lehrkräfte zu organisieren.“ Nach meinem Hinweis auf die Pflichten des Arbeitgebers, familienfreundliche Arbeitszeiten zu ermöglichen, wiederholte er diesen Satz mit Nachdruck.

- Erlinghagen berichtete von Schulleitungen, die angeblich an ihren Schulen keinen Konsens über die Verwendung des Budgets herstellen konnten und deshalb darüber klagten, sie hätten jetzt „so viel Geld übrig“. Dabei unterstellte er diesen indirekt fehlende Führungskompetenz, da sie den Anforderungen an moderne Führungskräfte offensichtlich nicht mehr gewachsen seien.

- Weiter wusste Erlinghagen über eine Schule zu berichten, die ihre Entscheidung für die Einführung des Ganztages vor allem damit begründet habe, so könne man für die Lehrkräfte die Stundenpläne angenehmer gestalten. Über diese Realitätsferne musste nicht nur ich schmunzeln...

Zur Bestärkung seiner Thesen über „Führen und Folgen“ verwies Erlinghagen – getarnt als „Provokation“ – auf den Leitsatz der US-Militärakademie Westpoint, einer Kadernschmiede für Nachwuchsoffiziere, und lieferte die freie Übersetzung mit:

„In order to be a successful leader, you first must learn to follow. – Wer lernen will, zu führen, muss erst lernen, zu folgen.“

Auf den vorsichtigen Hinweis aus dem Plenum, man sei doch in der Schule und nicht beim Militär, antwortete Erlinghagen mit rhetorischer Raffinesse, man „könne ja mal darüber nachdenken“. Schließlich seien wir es ja alle auch von Kindesbeinen an gewöhnt, zunächst unseren Eltern und später unseren Lehrerinnen und Lehrern zu folgen.

Fast hätte man meinen können, Führen und Folgen lägen in der Natur des Menschen, seien also quasi genetisch programmiert.

Weiter ging es mit der These, dass man „gute Folgschaft“ erst lernen müsse, indem die folgenden „Effective Followership-Skills“ erworben werden:

- die Einordnung des Individuums in das System unter Zurückstellung persönlicher Ziele im Interesse des Ganzen
- die freiwillige Übernahme neuer Aufgaben
- die Änderung der eigenen Ansichten und Interessen, wenn es im Sinne und zum Wohle des Teams ist (Konsensfähigkeit)

Die höchste Kompetenzstufe „guter Folgschaft“ ist erreicht, wenn „Folgende“ ihre Führungskraft „jederzeit unterstützen, auch wenn sie nicht mit ihr übereinstimmen“.

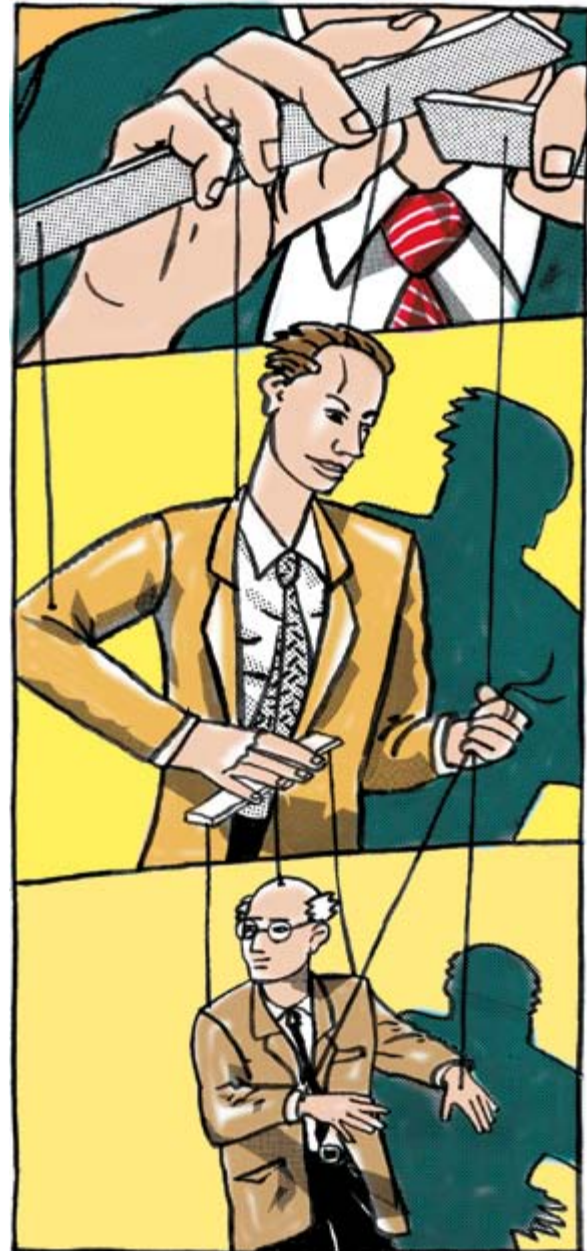
Und in den Folgschaftshimmel kommt, wer als *Courageous Follower*, als „mutige Gefolgsfrau“ oder „mutiger Gefolgsmann“ den Mut beweist, „die Führungskraft zu unterstützen und alles zu tun, um zu deren Erfolg beizutragen“.

Alle mal anmelden!

Insgesamt vermittelte die Veranstaltung aus einem unterentwickelten Demokratieverständnis heraus und in Verbindung mit einem fragwürdigen Menschenbild ein Selbstverständnis zukünftiger Führungskräfte, das von den Leitsätzen der West Point-Academy gar nicht so weit entfernt ist. Der *Homo Hierarchicus* verpflichtet sich dem Motto: Wir führen, Ihr müsst folgen!

Diesem antidemokratischen Selbstverständnis müssen wir als Gewerkschaft und als Individuen täglich etwas entgegensetzen. Und warum nicht diese selbsternannten „Führungskräftekader“ bei ihren eigenen Veranstaltungen entlarven? Melden wir uns doch einfach mal alle bei der Führungskräfteakademie an...

Ich verließ die Veranstaltung rund 30 Minuten vor dem Ende. Als ich mich



von Herrn Erlinghagen verabschieden wollte, blieb er schweigend vor mir sitzen und schüttelte nur betont langsam den Kopf hin und her, ohne mich dabei anzuschauen. So verhält sich offensichtlich der Führende gegenüber dem Folgenden, wenn er ihm seine Geringschätzung demonstrieren will. Ich habe es verkraftet.

Klaus Armbruster

(1) Der Referent wies im Laufe seines Vortrages mit Nachdruck darauf hin, dass „Wir“ nicht mehr von Kolleginnen, Kollegen oder Lehrkräften sprächen, sondern ausschließlich nur noch von „Mitarbeitern“.



Sozpäds an Förderschulen

GEW-Broschüre zu den neuen Richtlinien liegt vor

Die GEW Hessen hat jetzt eine Neuauflage ihrer Broschüre zu den 2015 geänderten Richtlinien für Sozialpädagogische Fachkräfte an Schulen mit den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung sowie körperliche und motorische Entwicklung und an allgemeinen Schulen mit inklusiver Beschulung in diesen För-

derschwerpunkten vorgelegt. Moni Frobel, die das Referat Sozialpädagogische Berufe in der GEW Hessen leitet, stellt die neuen Richtlinien vor und beschreibt die Arbeitsfelder und die Kämpfe der Sozialpädagogischen Fachkräfte an hessischen Förderschulen, die in der GEW anerkennend „Die Sozpäds“ genannt werden.

Die bis 2006 in Hessen gültige Richtlinie enthielt keine eindeutige Beschreibung der Tätigkeitsmerkmale der sozialpädagogischen Fachkräfte an den Förderschulen für geistige Entwicklung (GE) und für körperliche und motorische Entwicklung (KME) und der Aufteilung ihrer tariflich festgelegten Arbeitszeit. Die Folge war, dass Schulleiterinnen und Schulleiter die Arbeitszeitanteile für Unterrichts- und Erziehungszeit, für Vor- und Nachbereitung und für außerunterrichtliche Tätigkeiten sehr unterschiedlich festlegten, manchmal in der irrigen Annahme, Konferenzen oder Elternarbeit seien Freizeitaktivitäten der sozialpädagogischen Fachkräfte, die außerhalb ihrer Dienstzeit zu leisten seien. Personalräte waren in den Anfangszeiten oft überfordert und kannten die Rechte dieser relativ kleinen Gruppe Tarifbeschäftigter im hessischen Schuldienst noch nicht, für die die Pflichtenstundenverordnung keine Gültigkeit hatte.

Aus „sozialpädagogischen Wohnzimmertrreffen“ im mittelhessischen Raum bildete sich eine GEW-Gruppe, die bald landesweit vernetzt war und den Vorsitz der Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW übernahm. Ein erster, mit Unterstützung der GEW erzielter politischer Erfolg war die Wählbarkeit der „Sozpäds“ für die Schulkonferenz. Dieser hart erkämpfte Teil demokratischer Teilhabe ist heute eine Selbstverständlichkeit an den Schulen. Die Stärke der sozialpädagogischen Fachkräfte in Hessen beruht auch heute noch darauf, dass ein hoher Anteil dieser Beschäftigten in der GEW organisiert ist, dass regelmäßig gut besuchte hessenweite Treffen stattfinden und inzwischen in fast allen Gesamtpersonalräten sozialpädagogische Fachkräfte über die Angestelltenliste der GEW gewählt wurden. Über ihre eigene Fachgruppe hinaus arbeiten heute „Sozpäds“ in allen Gremien der GEW

mit. Ein weiterer wichtiger Schritt der Mitbestimmung wurde möglich, als der GEW-Liste die erste sozialpädagogische Fachkraft in den Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) gewählt wurde. Als ab Oktober 2005 die alte Richtlinie überarbeitet wurde, war es möglich, fachkompetent in Zusammenarbeit mit dem HKM die Tätigkeitsmerkmale zu beschreiben und erstmalig hessenweit durch den HPRL eine verbindlich festgelegte Aufteilung der Arbeitszeit durchzusetzen.

Zähes Ringen

Den ersten Richtlinien zur Arbeitszeit der sozialpädagogischen Fachkräfte ging 2006 ein zähes Ringen des HPRL mit dem Hessischen Kultusministerium (HKM) voraus, das mit einem Kompromiss der Einigungsstelle endete. Anlass zur Erstellung der Richtlinien war eine Überprüfung der Arbeitszeit der sozialpädagogischen Fachkräfte durch den Hessischen Landesrechnungshof zwischen 2003 und 2004 und die darauf folgende Klarstellung durch das HKM: *„Fehlende Nachweise der Arbeitszeit dürften nicht zu dem Schluss führen, dass die Arbeit nicht geleistet worden sei. Die Aussage, wonach jährlich Arbeitskraft im Wert von rund 2 Mio. Euro ungenutzt bleibe, sei demzufolge in ihrer absoluten Festlegung so nicht zu bestätigen. Auch die Gleichsetzung dieser angenommenen ‚Arbeitskraftreserve‘ mit einer Kapazität von 44 Stellen als mögliches Einsparpotenzial sei rein rechnerisch zu sehen und gehe am Bedarf der Schulen vorbei.“* Dessen ungeachtet legte das HKM im Oktober 2005 einen Entwurf für eine neue Richtlinie für die Tätigkeit sozialpädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Schulen für Praktisch Bildbare und an den Schulen für Körperbehinderte vor, der die eigenständige, eigenverantwortliche pädagogische Arbeit der sozialpädagogischen Fachkräfte beschreibt. Auf den

Widerstand der Beschäftigten, der GEW und des HPRL stieß die Arbeitszeitdokumentation, die als diskriminierend, misstrauisch und extrem arbeitsaufwändig eingeschätzt wurde, ebenso die formalisierte Form der Umlegung der Schulferienzeit auf die Unterrichtswochen und der vom HKM viel zu hoch angesetzte Zeitanteil mit Schülerinnen und Schülern innerhalb der Gesamtarbeitszeit, also des Teils, der mit extrem hoher physischer und psychischer Belastung einher geht. Gleichzeitig wurde der Anteil der Zeit für außerunterrichtliche Tätigkeiten im Verhältnis zu den realen Bedingungen als viel zu gering angesehen. Dieser Einschätzung schlossen sich auch der Verband Deutscher Sonderschulen (heute: Verband Sonderpädagogik), Schulleitungen und Eltern an. Diese Proteste stärkten den HPRL und die GEW in den Verhandlungen mit dem HKM, so dass wesentliche Änderungen des Richtlinienentwurfs durchgesetzt werden konnten. Nicht zuletzt haben die intensive Diskussion über eine Arbeitsniederlegung und die Einrichtung einer GEW-Tarifkommission der sozialpädagogischen Fachkräfte mit dem Ziel einer tariflichen Regelung der Ausgestaltung der Arbeitszeit der sozialpädagogischen Fachkräfte den Druck bei den Zuständigen deutlich gemacht.

Die Verhandlungen von HPRL und GEW wurden in permanentem Austausch mit den Betroffenen geführt. Das in der Einigungsstelle erzielte Ergebnis war ein Kompromiss, aber eben auch eine deutliche Verbesserung gegenüber dem ersten Entwurf.

Mit der Richtlinie von 2006 kam es zur völligen Umkehr von der bisherigen Praxis. Es war vorgegeben, dass alle Tätigkeiten dokumentiert werden müssen. Gleichzeitig wurde so aber auch der tarifliche Anspruch auf einen Ausgleich von Überstunden und Mehrarbeit deutlich. Beides musste nun im



Die Gruppe der Sozialpädagogischen Fachkräfte in der GEW ist kampferprobt und bei den Aktionen der GEW und bei Streiks der Tarifbeschäftigten immer gut vertreten.

Dass ein Streik – zumal bei gutem Wetter – auch Spaß macht, zeigt das Foto von der Arbeitsniederlegung der Landesbeschäftigten am 11. März 2015 in Gießen.

Schulalltag umgesetzt werden. Wie von der GEW erwartet, haben diese völlig unterschiedlichen Arbeitszeitregelungen für sozialpädagogische Fachkräfte einerseits und Lehrkräfte andererseits Konflikte in die Schulen getragen.

Evaluation belegt Mehrarbeit

Für die nach einer Erprobung von zwei Jahren vereinbarte Evaluation der Richtlinie wertete das HKM mit hohem Kostenaufwand alle Arbeitszeitnachweise aus – mit einem für die GEW keineswegs überraschenden Ergebnis: Die vom Rechnungshof befürchtete Unterschreitung der Arbeitszeit war ausgeblieben, vielmehr wurden Überstunden und Mehrarbeit nachgewiesen, besonders bei Klassenfahrten. Dieses Ergebnis hat bis heute eine über die unmittelbar Betroffenen hinausgehende Relevanz für etwaige neue Arbeitszeitmodelle der Lehrkräfte. Da sozialpädagogische Fachkräfte im Wesentlichen mit den Lehrkräften im Team arbeiten, liegt es auf der Hand, dass auch die Lehrkräfte über die vorgeschriebene Arbeitszeit hinaus arbeiten. Das belegen im Übrigen auch andere Untersuchungen.

In Folge der Evaluation griff das HKM 2008 die alte Forderung des HPRLL aus dem Jahr 2005 auf, die Arbeitszeitaufteilung zu pauschalisieren.

Der Vorschlag des HKM, für Unterricht- und Erziehungsarbeit (UE) einen pauschalen Anteil von zwei Drittel der Arbeitszeit anzusetzen, trug jedoch dem Ergebnis der Evaluation keine Rechnung, weil das übrige Drittel keineswegs auskömmlich für die vielfältigen außerunterrichtlichen Tätigkeiten und die Vor- und Nachbereitung ist. Deshalb lehnte der HPRLL nach intensiven Beratungen mit den sozialpädagogischen Fachkräften das „Angebot“ des HKM ab. Die sozialpädagogischen Fachkräfte haben sich dahingehend verständigt, ihre tarifliche Rechte wahrzunehmen – und dazu gehört der Abbau von Überstunden und Mehrarbeit. Die Arbeitszeitdokumentation bleibt notwendig.

Einheitliches Vorgehen

Seit dem 1. 1. 2015 gilt die neue Richtlinie (Amtsblatt 1/2015), in der viele bisher geltende Regelungen fortgeschrieben oder konkretisiert wurden. Leider gestalteten sich die Verhandlungen zwischen HPRLL und HKM wieder zäh und streckenweise unerfreulich. Nachdem zunächst eine schnelle Einigung in Aussicht stand, versuchte das HKM mit einem neuen Entwurf, eine Präsenzzeit einzuführen. Das konnte der HPRLL abwehren, allerdings um den Preis, dass bei Klassenfahrten nun nicht mehr grundsätzlich alle anfal-

lenden Arbeiten dokumentiert werden können, sondern eine zeitliche Obergrenze der Mehrarbeit festgelegt wurde. Wichtig ist auch der Hinweis, dass Überstunden und Mehrarbeit in allen Bereichen der Arbeitszeit abzubauen sind und nicht allein da, wo sie entstanden sind.

Die GEW-Broschüre mit Empfehlungen zum Umgang mit den Richtlinien kann bei der GEW Hessen (info@gew-hessen.de) bestellt werden und steht im Mitgliederbereich als Download zur Verfügung (www.gew-hessen.de > Recht > Mitgliederbereich). Sie berücksichtigt die Diskussionen mit sozialpädagogischen Fachkräften und mit Mitgliedern von Schulleitungen. Sie stellt rechtliche Bezüge her, orientiert sich aber vor allem an praktischen Notwendigkeiten. Insbesondere die GEW-Fachgruppe, das zuständige Referat, GEW-Mitglieder in den Personalräten und die Landesrechtsstelle werden sich auch zukünftig bemühen, neu aufkommende Fragen zu beantworten. Die Stärken der GEW sind ihre hauptamtliche und ehrenamtliche Kompetenz, ihr Engagement und die Zahl ihrer Mitglieder, die mit ihren Mitgliedsbeiträgen die GEW-Arbeit erst möglich machen.

Moni Frobél

Moni Frobél leitet das Referat Sozialpädagogische Berufe im GEW-Landesvorstand.

Der Rechentrainer

Jeder Mathematiklehrer kennt das Problem: Die Schülerinnen und Schüler vergessen vieles von dem, was sie gelernt haben, nach dem Test. Die Bruchrechnung, das Runden oder das Umwandeln von Einheiten müssen immer wieder neu erklärt werden. Es gibt viele Arten von Übungsheften und in den Mathematikbüchern gibt es Kapitel mit Wiederholungsaufgaben. Aber gerade die Schülerinnen und Schüler, die es am dringendsten benötigen, kümmern sich nur sehr ungern um die erforderliche

Übung. Außerdem müssen sie die Ergebnisse selbst kontrollieren oder sie schreiben Lösungen gleich ab und zeigen sie stolz dem Lehrer. Zwar gibt es auch Lernprogramme für den Computer, die die Eingabe gleich kontrollieren – aber auch hier hat die Lehrkraft keine Kontrolle, was gearbeitet wurde. Eine Lösung ist der „Rechentrainer“ (RT), den unser Kollege Peter Doll an der Integrierten Gesamtschule Kelsterbach entwickelt hat und im Folgenden vorstellt.

Der Rechentrainer (RT) besteht aus einer Tabellenkalkulationsdatei des kostenlosen OpenOffice-Pakets mit eingebauten Makros. Die Datei kann auf der Downloadseite der IGS Kelsterbach kostenlos heruntergeladen werden. Bei der ersten Benutzung wird die Datei durch die Eingabe des Namens personalisiert und kann dann für die ganze Schullaufbahn benutzt werden.

Der Rechentrainer deckt alle Aufgabentypen bis hin zu den Exponentialfunktionen ab. Alle Aufgaben werden mit Zufallszahlen erzeugt und sind so angelegt, dass man sie grundsätzlich im Kopf rechnen kann. Es gibt 35 Aufgabentypen, die in Gruppen für die einzelnen Jahrgänge sortiert sind. Die Aufgaben gibt es in zwei Schwierigkeitsgraden. Zu jeder Aufgabe wird auf Mausklick eine individuell generierte Hilfe angezeigt, die nach Kurszugehörigkeit nur einfache oder auch weitergehende Hilfen erteilt.

Je nach Jahrgang und Können ändert sich die Leistungsstufe. Sobald die Schülerinnen und Schüler z.B. das Rechnen mit Kommazahlen beherrschen, müssen sie die Kopfrechenaufgaben aus dem vierten Schuljahr auch

mit Kommazahlen lösen. Und statt nur mit dem Einmaleins zu rechnen, müssen sie auch mit Zehnerpotenzen multiplizieren und dividieren. Weiterhin kommen bei den Rechtecken Vierecke dazu, bei den Quadern die Körperberechnung, bei den Geometriebegriffen die Dreiecke und so weiter.

Der Lernfortschritt und das Arbeitsverhalten der Schülerinnen und Schüler werden protokolliert und auf einer Übersichtsseite übersichtlich dargestellt. Mithilfe von farbigen Markierungen können nicht nur die Schülerinnen und Schüler ihren Fortschritt erkennen, sondern auch deren Eltern. Der Rechentrainer weiß, an welcher Stelle die Schülerinnen und Schüler angekommen sein müssten und färbt übersprungene Aufgabengruppen rot. Mit grünen, gelben und roten Markierungen kann man weiterhin erkennen, wo viele Fehler gemacht oder schwierige Aufgaben übersprungen wurden.

Die Schülerinnen und Schüler können selbstständig mit dem RT arbeiten, die Lehrkraft kann die Arbeit mit dem RT aber auch verpflichtend machen und z.B. 100 Aufgaben als Wochenaufgaben aufgeben. Aufgaben können als Haus-

aufgabe aufgegeben werden, aber auch Unterrichtsstunden können für die Arbeit mit dem RT eingeplant werden.

Zur Auswertung durch den Lehrer können alle Schülerdateien in eine Datei eingelese und die Arbeiten aller Schülerinnen und Schüler auf einer Seite übersichtlich dargestellt werden.

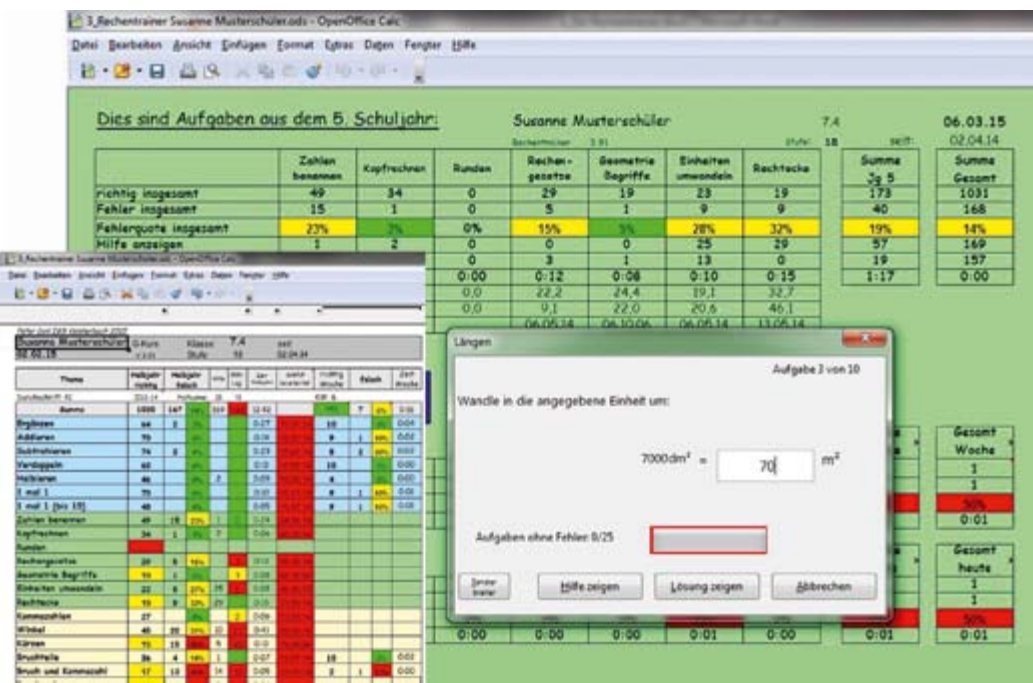
Der RT hat auch eine eingebaute Benotungsfunktion. Die Noten können die Schülerinnen und Schüler selbst abrufen, sie werden aber auch auf dem Übersichtsblatt der Lehrkraft angezeigt.

Ein Highlight für Lehrerinnen und Lehrer ist auch die Möglichkeit, Tests zu erstellen. Der Lehrer legt fest, welche Aufgaben erledigt werden müssen, und geht mit den Schülern in den Computerraum. Da die Aufgaben zufällig erzeugt werden, kann niemand beim Nachbarn abschreiben. Es gibt ein Zeitlimit und die Hilfefunktion steht nicht zur Verfügung. Am Ende steht die Note auf dem Blatt, die Ergebnisse müssen nur noch ausgedruckt und unterschrieben werden. Eine Korrektur entfällt.

Da der Rechentrainer aus einem Makroprogramm besteht, das in eine Tabellenkalkulationsdatei integriert ist, muss zur Arbeit mit dem Rechentrainer auf dem Computer *OpenOffice* oder *LibreOffice* installiert sein. Damit haben die Schülerinnen und Schüler zugleich eine kostenlose Alternative zu den Office-Programmen von Microsoft (*Word*, *Excel* und *Powerpoint*).

Peter Doll, IGS Kelsterbach

- Der Rechentrainer kann zusammen mit der Installationsanleitung und einer ausführlichen Gebrauchsanleitung auf der Homepage der IGS Kelsterbach (www.IGS-Kelsterbach.de) kostenlos heruntergeladen werden. Das Passwort für Lehrkräfte kann man per E-Mail anfordern (Rechentrainer@IGS-Kelsterbach.de). Dort werden auch Änderungswünsche, Fehlermeldungen und Verbesserungsvorschläge entgegengenommen.



www.wetterauer-landbote.de

„Hier sollen Sie lesen, was Sie anderswo nicht finden.“ Mit diesem Slogan werben ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Frankfurter Rundschau für den „Wetterauer Landboten“, eine Internetzeitung für Rhein-Main und Mittelhessen.

Das Themenspektrum des achtköpfigen Redaktionsteams reicht bislang von den Vor- und Nachteilen der Frühförderung über die Zukunft des Lokaljournalismus, den Bau von Windrädern, unsinnige Tierversuche, den Reiz von Poetry Slam, die Diskussion, ob Satire wirklich alles darf, bis zur Kritik am Freihandelsabkommen TTIP.

Eine neue Internet-Zeitung für Mittelhessen und Rhein-Main

Zukünftig als „Der neue Landbote – Internetzeitung für Rhein-Main und Mittelhessen“ stellen sich die Autorinnen und Autoren ganz bewusst in die Tradition des Hessischen Landboten von *Georg Büchner* und *Friedrich Ludwig Weidig*. Mit der Flugschrift hatten Büchner

und Weidig unter dem Slogan „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“ vor 180 Jahren versucht, die Landbevölkerung wachzurütteln. Soziale Missstände wollen auch die Landbote-Autoren anprangern und das Recht auf freie Meinungsäußerung verteidigen. „Kampfblatt als Vorbild“ überschrieb der Hessische Rundfunk seinen Bericht über das Projekt auf seiner Internetseite.

Im Sommer 2014 haben sich Redakteure des Wetterauer Landboten auf die Spuren des Hessischen Landboten begeben. Sie berichteten über Büchner und Weidig, deren Kampfgefährten, die sozialen Zustände in Hessen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, zeigten die Nachwirkungen der Flugschrift bis heute auf und stellten dar, welchen Einfluss der Adel heute noch hat. Die Artikelserie haben sie zu dem Buch „Auf den Spuren des Landboten“ verarbeitet. Das Landbote-Buch verkaufen sie auf ihrer Internetseite als PDF-Datei für 5,50 Euro. Der Erlös fließt in den weiteren Ausbau der Zeitung. Das Buch sei auch



von links: Anton J. Seib, Jutta Himmighofen-Strack, Bruno Rieb, Klaus Nissen, Tonia Hysky und Corinna Willführ. (Foto: Jörg-Peter Schmidt)

gut für den Unterricht geeignet, meint eine gestandene Pädagogin.

Zu den Landbote-Autoren gehören *Corinna Willführ*, die früher die Stadtredaktion der Frankfurter Rundschau leitete, *Ursula Wöll*, langjährige Lehrerin und leidenschaftliche Journalistin, *Klaus Nissen* und *Anton J. Seib*, die früher die Bad Homburger Redaktion der FR leiteten, *Jörg-Peter Schmidt*, der verantwortliche Redakteur beim Gießener Anzeiger war, sowie *Bruno Rieb* und *Jutta Himmighofen-Strack*, die lange Zeit in der Wetterau für die FR gearbeitet haben. **Bruno Rieb**

– Anzeige –



KUNSTVOLL

Kulturfonds Frankfurt RheinMain

BEWERBEN SIE SICH BIS ZUM 13. MAI 2015

Das Jugendprogramm **KUNSTVOLL** bringt Kunst in die Schule: In mehrmonatiger Zusammenarbeit unterstützen professionelle Künstler und Kunstvermittler Schüler dabei, kreativ zu sein.

Reichen Sie Ihre Bewerbung für das Schuljahr 2015/2016 bei dem Kulturfonds Frankfurt RheinMain ein. **Nutzen Sie die Chance, Jugendlichen im Schulalltag einen kreativen Zugang zur Kunst zu ermöglichen.**

Ein Theaterstück wird nicht nur aufgeführt, sondern auf Augenhöhe mit den Profis entwickelt; eine Ausstellung mit Eigeninitiative konzipiert, ein musikalisches Werk nicht nur nachgespielt, sondern mit Fachleuten komponiert. Basierend auf der Entscheidung unseres Experten-Gremiums werden im Schuljahr 2015/2016 Kooperationen mit jeweils bis zu 15.000 Euro gefördert.

INFORMATION, BERATUNG UND BEWERBUNGSADRESSE:

Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH

Z. H. Claudia Oberschäfer · Ludwig-Erhard-Anlage 1-5 · 61352 Bad Homburg v. d. Höhe

Tel 06172.999.4695 · c.oberschaefer@kulturfonds-frm.de · www.kulturfonds-frm.de/kunstvoll



Das Jugendprogramm **KUNSTVOLL** ist ein Projekt des Kulturfonds Frankfurt RheinMain. Getragen wird der gemeinnützige Fonds vom Land Hessen, von Frankfurt am Main, dem Hochtaunuskreis und dem Main-Taunus-Kreis, Darmstadt, Wiesbaden und Hanau.
www.kulturfonds-frm.de | Facebook | Twitter



KULTURFONDS
Frankfurt RheinMain



Gender Correctness

Liebe Mitgliederinnen und Mitglieder ...

„Liebe Mitgliederinnen und Mitglieder, liebe Gästinnen und Gäste!“ Wer vermutet, das Zitat aus einer Begrüßungsrede sei ausgedacht, der oder die irrt. Es ist authentisch – leider! An dieser Stelle will ich mich nicht den Irrungen und Wirrungen sprachlichen Erfindergeistes derer zuwenden, die *Gender Correctness* über alles stellen und bereit sind, Sprache bis zur Unerträglichkeit zu verhunzen. Auf eines jedoch möchte ich hier doch aufmerksam machen: Wie uns im Zeichen der Gender Correctness eine sprachliche Möglichkeit schleichend abhanden kommt, die ich mir nicht klauen lassen will: das Partizip Präsens. Als meist strapaziertes Beispiel sollen hier „die Studenten“ (pardon: „die Studierenden“) erhalten.

Rettet das Partizip Präsens!

Um das nervende „Studentinnen und Studenten“ zu vermeiden, haben sich findige Sprachdrechslerinnen und -drechsler dazu entschlossen, das Partizip Präsens zu malträtieren – also schufen sie die Studierenden. Sogar der „Duden“ empfiehlt solch einen Blödsinn als Lösung für geschlechtsneutrale Formulierungen. Also: Wann ist denn eigentlich ein Student ein Studierender? Immer im Laufe seines Studentenlebens? Der arme Kerl – wann schläft er eigentlich, wann vergnügt er sich, wann hängt er einfach nur rum? Nein: Als Studierender der „Duden“-Lösung studiert er dauernd! Das ist es doch, was uns die Sprache mit dem Partizip Präsens ermöglicht: einen Zustand auszudrücken, der gerade eben stattfindet. Wenn also eine Studentin in Gesellschaft mit anderen einfach nur rumhängt, dann ist sie in diesem Moment keine Studierende! Sie ist dann schlicht und einfach eine Studentin! Aber: So gänzlich können auch die findigsten Gender-Puristinnen die Sprache nicht verbiegen, auch wenn sie noch so viel Willkür anwenden wollen. Die Kraft der Sprache ist offenbar – Göttin sei Dank – noch immer stärker als die Willkür der Sprachmalträtierenden. Beispiel gefällig? Da macht man aus der Studentenvertretung die Studierendenvertretung,

wohl um das lästige ...innen-Gehabe zu vermeiden. Das Studentenwerk aber bleibt durchgängig erhalten und wird nicht zum Studierendenwerk (1). Warum wohl? Ganz einfach: Dieses Werk wäre dann ja dasjenige von Studenten (oder auch Studentinnen) und nicht für diese. So weit gehen die Trägerinnen und Träger des Studentenwerks nun doch nicht, dass sie sich zu Studierenden machen lassen.

Überhaupt scheint es da auch so etwas wie Statusunterschiede zu geben, die sich natürlich auch sprachlich zu manifestieren haben. Da lese ich von einer Veranstaltung für Studierende und Dozenten. Hallo? Wie wäre es denn damit: für Studierende und Dozierende? Hier fällt es plötzlich auch dem oder der sprachlich Arglosesten auf: Ein Dozent, der gerade nicht am Dozieren ist, ist eben kein Dozierender. Bei diesem Status ist sprachliche Sensibilität offenbar noch vorhanden – der Studentenstatus gestattet sprachliche Verlüderung genauso offenbar ohne Weiteres und hoffentlich nicht ohne Ende.

Übrigens: Auch eine Nicht-Studentin kann eine Studierende sein – dann nämlich, wenn sie sich beispielsweise durch die Installationsanleitung eines WLAN-Anschlusses ackert; diese studiert sie dann nämlich – egal ob als Friseurin, Kellnerin, Zugbegleiterin oder als sogenannte Arbeitsuchende, die offenbar ständig Arbeit sucht und niemals schläft. Die Redewendung „den Fahrplan studieren“ ist allgemein gebräuchlich, und wenn ein Handwerksmeister dies gerade tut, dann ist er ein Studierender, und zwar genau so lange, wie er dies tut: zeitlich begrenzt. Er bleibt aber nach wie vor ein Handwerksmeister und wird durch sein Studieren kein Student, ebenso wie die zahllosen Badenden, die viele, viele bekannte und auch weniger bekannte Maler und Malerinnen darstell(t)en, nur dann Badende sind, wenn sie gerade baden und nicht dann, wenn dieselben z.B. im Garten sitzen und lesen, was auch sehr oft gemalt wurde und wird. Überhaupt die Maler: Kam jemals jemand auf die Idee, beispielsweise *Gabriele Münter* und *Wassily Kandinsky*

gemeinsam als Malende zu bezeichnen? Hat jemand schon von den Worpsweder Malenden gehört oder gelesen? Was bei Studenten problem- und gedankenlos formuliert wird, geschieht bei den Malern nicht. Warum wohl? Ich habe da so meine Vermutungen...

Aus Menschen werden SuSen

In Examensarbeiten für ein Lehramt ist zwangsläufig oft von Schülerinnen und Schülern die Rede – so auch von Lehrerinnen und Lehrern. Um nun nicht dauernd von Schülerinnen und Schülern schreiben zu müssen, verfallen die Verfasserinnen und Verfasser auf die unterschiedlichsten Ideen und stehen somit wieder vor dem oben erwähnten Dilemma. Was machen sie? Sie bleiben bei den Schülerinnen und Schülern, was grammatisch und rechtschriftlich einwandfrei ist, auf die Dauer aber doch irgendwie nervt. Da bietet sich doch das Mittel der Abkürzung an! Also liest man – nach entsprechend vorher gegebener Anmerkung – in der Folge von den Su! Da werden also Menschen zu SuSen. Liebe Leute: Geht's noch? Geht's noch schlimmer? Ja – leider! Ein Jahrzehnt früher, und das über etliche Jahrzehnte, fehlte besagter Abkürzung das U. Irgendwann machte sich dann offenkundig doch so etwas wie eine kollektive Peinlichkeit breit und nach und nach kam das U hinzu: Aus SS wurde SuS.

Und was ist mit den Lehrerinnen und Lehrern? Auch das nervt doch auf die Dauer, vor allem dann, wenn diese in der Einzahl genannt werden sollen. Und was empfiehlt der „Duden“ als „geschlechtsneutral“? Natürlich die Lehrkraft. Dann bin ich also eine Kraft – ziemlich abstrakt, wo ich mich eigentlich doch immer ganz konkret wähnte. Aber reg dich nicht auf! Thekenkräfte, Pflegekräfte, Arbeitskräfte gibt es doch auch zuhauf. Machen wir's eben kräftig, dann geht's schon. Könnte man doch eigentlich auch bei den SuSen machen...

Helmut Scheefer

(1) Hier irrt der Autor, wie ein Blick auf Seite 13 in dieser HLZ belegt. *Die Redaktion*

Der Flughafen ausbau im Schulbuch

Von der Konfliktfähigkeit zur Kompromisskompetenz

Auf der Suche nach interessanten Themen für den GL-Unterricht stoße ich auf die Hessenausgabe des Unterrichtswerks „Geographie“ aus dem Verlag *Schroedel Seydlitz* aus dem Jahre 2013. Im dritten Kapitel „Umweltprobleme im Heimatraum“ finde ich eine Unterrichtseinheit über den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Na prima, denke ich, endlich wird mal ein Thema angepackt, das Schülerinnen und Schüler hier im Rhein-Main-Gebiet betrifft und interessiert! Aber als ich die vier Seiten über die „Weltweite Bedeutung des Frankfurter Flughafens“ (S. 74f.) und den „Streit um die neue Landebahn Nordwest“ (S. 76f.) durchgelesen hatte, war ich maßlos enttäuscht und empört.

Zuerst erfahren wir, wie wichtig der Flughafen für die Welt ist. Unter den zehn größten Flughäfen der Welt finde ich Frankfurt mit 53 Millionen Fluggästen auf Platz 9. Davor liegen vier US-amerikanische Flughäfen sowie Peking, London, Tokio und Paris. Gigantisch! Neben der Tabelle steht ein Text über die weltweite Bedeutung des Flughafens mit der Handelsmetropole Frankfurt. Allein die Arbeitsplätze! Und die Anzahl der Parkplätze! Und die Anzahl der Starts und Landungen!

Die Entfernung zur Innenstadt: immerhin 17 Kilometer. Und ich hatte geglaubt zu wissen, dass der Flughafen MITTEN in einem der größten Ansiedlungsgebiete der Republik liegt. Oder wurden die sechs Millionen Menschen, die in Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Rüsselsheim, Groß-Gerau, Hanau, Mainz und Wiesbaden und den anderen Anrainer-Gemeinden wohnen, nach Bayern umgesiedelt?

Dann geht es weiter mit einem Text zur Geschichte des Flughafens, der immer größer wurde, weil die Passagierzahlen stiegen. Soso, denke ich. Das ist ja wie mit den Straßen. Je weiter sie ausgebaut werden, umso mehr wächst der private Verkehr. Oder habe ich da als einfacher Lehrer mal wieder was falsch verstanden? Natürlich wird im historischen Rückblick auch die Eröffnung der Startbahn West erwähnt, der jahrzehntelange Widerstand mit keinem



Wort. Ich erinnere mich an die Unterrichtsgänge zum Flughafen, an die regen Diskussionen zur Startbahn West, an die Entlassung von *Alexander Schubart* aus dem öffentlichen Dienst, einem engagierten Gegner des Flughafenausbaus.

Aber noch ist Hoffnung, denn auf der nächsten Doppelseite geht es ja dann um den Streit um die neue Landebahn Nordwest. Aber was finde ich dort? Dieselben platten Argumente wie schon im Streit um den Bau der Startbahn West:

„Der Ausbau des Frankfurter Flughafens ist (...) wichtig, um mit den anderen Flughäfen mithalten zu können.“ (Dr. Michael Rike, Manager des Flughafens)

„Durch den Ausbau des Flughafens entstehen im Rhein-Main-Gebiet neue Arbeitsplätze. (...) Wir brauchen mehr Starts und Landungen auf dem Frankfurter Flughafen und das geht eben nicht ohne einen Ausbau. Sonst (...) wird es im Rhein-Main-Gebiet zu Entlassungen kommen.“ (Lara Bütner, Bankangestellte)

„Herr Gläser, 39, Anwohner“ hält dagegen: Lärmbelästigung, erhöhte Schadstoffbelastung, Wertverlust des Eigenheims. Dazu ein Plakat mit dem Aufruf zur Montagsdemo und das umgedichtete Weihnachtslied „Stille Nacht, fünf Uhr acht“ mit der Forderung: „Machet die Landebahn zuuuuu.“

Und auf dieser Grundlage sollen die Schülerinnen und Schüler dann den *Tarek Al-Wazir* spielen und „Vorschläge entwickeln, die sowohl die Interessen der Gegner als auch der Befürworter berücksichtigen.“ Früher gab es mal das Ziel, dass Schülerinnen und Schü-

ler in einem „Konflikt begründet Position beziehen können“ und „konfliktfähig“ werden. Jetzt geht es wohl nur noch um die „Kompromisskompetenz“.

Das war's dann! War's das? Nein, es gibt noch das digitale Begleitmaterial. Jetzt wird der letzten Schlafmütze klar, wer diese Unterrichtseinheit „inszeniert“ hat: Lobbyismus im Schulbuch. Da gibt es Fotos fürs Smartboard, eine Weltkarte mit Flugverbindungen vom Frankfurter Flughafen und einen dreiminütigen Film über die Schönheit des Abenteurers, Kleinflugzeuge aus den USA nach Frankfurt zu überführen. Faszinierend. Das würde ich auch mal gerne machen. Kinder schwärmen vom Urlaub am Mittelmeer. Ist es nicht toll, dass wir einen Flughafen in Frankfurt haben, der uns alle bedient?

Nichts, aber auch nichts in dieser Einheit wird belegt. Es wird geschwiegen über die zahlreichen medizinischen Gutachten, die mittlerweile veröffentlicht wurden, es wird vernachlässigt, dass viele Arbeitsplätze durch Umzug von Firmen an den Flughafen neu entstanden, aber an anderer Stelle weggefallen sind, es wird durch Unterlassungen gelogen und versucht, Fünftklässler zu einer positiven Meinung zum Flughafenausbau zu bringen.

Na, dann viel Spaß beim Unterricht!

Roland Ulrich, Wiesbaden

• *Seydlitz Geographie, Ausgabe 2013 für Gymnasien in Hessen, Schülerband 1, Klasse 5/6*

Betr.: HLZ 3/2015
Schritte zur Prävention

Islamischer Religionsunterricht

In Korbach sollen etwa 2.000 Türken bzw. türkischstämmige Menschen leben, von denen aber nur etwa 120 der türkisch-islamischen Gemeinde angehören. Angehörige anderer Nationen, die ebenfalls als islamisch geprägt gelten, spielen hier so gut wie keine Rolle. Man kann also, wenn überhaupt, nur diejenigen Bundesbürger als Muslime bezeichnen und sie somit Christen in der BRD gleichstellen, die sich zu einer – privaten – Religionsgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Wenn nun also, wie Frau Kanbicak meint, „konfessionsgebundener Religionsunterricht für muslimische Schüler (...) ein bedeutsamer Schritt in der schulischen Präventionsarbeit“ ist, dann geht dies an der Tatsache vorbei, dass die meisten hier wohnenden Muslime überhaupt keine solchen sind. Und man fragt sich, ob die Zuordnung einer bestimmten Volksgruppe zu einer bestimmten Religion nicht eher bedeutet, dass dieser Bevölkerungsteil ausgegrenzt wird, als dass sie geeignet wäre, diesen in unseren Staat zu integrieren.

Horst May, Korbach

Betr.: HLZ 3/2015
1945: Kriegsende in Hessen

Forum für linke Sektierer?

So, so! Die „neue Kriegsgefahr“ wird also „verursacht durch das Ausgreifen des Westens auf die Gebiete im Osten Europas“. Gibt es eigentlich so etwas wie eine Redaktion bei euch, oder veröffentlicht ihr unkritisch alles, was euch so zugesandt wird? Meines Wissens gab es in jüngerer Zeit nur ein „Ausgreifen“ auf „Gebiete im Osten Europas“, nämlich die völkerrechtswidrige Annexion der Krim. In die gleiche Richtung – nur subtiler – zielt der Artikel von *Karl Bachsleitner*, der in völlig ahistorischer Weise die Weizsäcker-Rede für seine ideologische Sicht auf den Ukraine-Konflikt, die Griechenlandfrage und Bundespräsident *Gauck* gleich mit instrumentalisiert und zurechtbiegt. *Richard von Weizsäcker* würde sich im Grab umdrehen.

Ist die HLZ eigentlich noch die Mitgliederzeitung einer DGB-Gewerkschaft oder mutiert sie zu einem Forum für linke Sektierer?

Edgar Ingrisch, Sontra

Betr.: HLZ 3/2015
Kürzungen bei der Beihilfe

K(I)assen-Kampf in Hessen

Die schwarz-grüne Koalitionsregierung plant eine Reform der Beihilfe. Das Land Hessen zahlt für die Beamten keine Krankenversicherungsbeitragsanteile. Die Beamten müssen sich privat krankenversichern. Das Land trägt die Krankheitskosten bisher zu rund 50%, die andere Hälfte übernimmt die Private Krankenversicherung. In den letzten Jahren haben die privaten Kassen diese Zahlungen immer restriktiver gehandhabt. Leistungsverweigerungen, Leistungskürzungen sind an der Tagesordnung. Die Kranken sind gezwungen, mit erheblichem bürokratischem Aufwand um die ihnen zustehenden Leistungen zu kämpfen. Diesem Verfahren schließt sich zunehmend die Beihilfe an – auf Kosten der schwächsten Glieder in dieser Kette, der Schwerkranken, die sich im Dschungel der Verordnungen, Gesetze, Abrechnungsbestimmungen usw. nicht mehr zurechtfinden, oft vorzeitig wegen ihrer geschwächten Konstitution aufgeben und dann aus der eigenen Tasche zahlen – wenn da noch was zu holen ist. Schwarze und Grüne wollen jetzt mit einer „Beihilfereform“ die Chefarzt-Behandlung und das Zweibettzimmer als Regelfall streichen.

Lehrer ohne Arbeitspapiere

Wir schreiben das Jahr 2030: Nur noch ein Drittel der arbeitenden Menschen hat einen normalen Arbeitsvertrag. Alle anderen sind Ein-Euro-Jobber, Dauer-Praktikanten und Scheinselbstständige. Besonders schlimm hat es die Lehrer erwischt. *Barbara* arbeitet täglich acht bis zwölf Stunden in der Schule, unterrichtet Deutsch und Französisch und bei Bedarf Geschichte und Sozialkunde: „Dafür bekomme ich 20 Euro pro Unterrichtsstunde Brutto. Wir sind Freiberufler und wurden über die Volkshochschule hierher vermittelt. Alle arbeiten so wie ich, ausgenommen der Chemie- und Physiklehrer. Die sind als einzige noch fest angestellt, weil die Wirtschaft mit Abwerbung droht.“

Vorboten dieser Entwicklung gab es in den 1990er Jahren. Mit Einführung der Integrationskurse für Zuwanderer und Flüchtlinge kam 2005 der Quantensprung. Erstmals arbeiteten zigtausende Lehrer im Staatsauftrag Vollzeit und weisungsgebunden und ohne eine Chance auf Festanstellung. Wer dagegen klagte, bekam keine Aufträge mehr. Statt die sofortige

Die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes laufen sich schon mal warm für eine heiße Auseinandersetzung. Das müsste eigentlich einen Streik geben wie den der Metaller von 1964 für die Lohnfortzahlung bei Krankheit...

Hartmut Barth-Engelbart, Gründau

Betr.: HLZ 3/2015
Sprachliche Verhuzung

Abkürzungswirrwarr

Der Abkürzungswirrwarr – ich selbst bin „PR“ an einer „SBS“ und unterrichte dort vorwiegend in der „BFS“, mit wenigen Stunden auch in der „BS“ – hat Methode. Und es gibt wahrlich nur eine Möglichkeit, diese „Abkürzeritis“ als Bluff zu entlarven: Bei jeder Abkürzung, auch wenn sie einem geläufig ist, sollte man zurückfragen, was die Abkürzung denn eigentlich bedeutet und warum sie verwendet wird. Die Antworten sind in der Regel entlarvend. Von unwissend bis bewusst in die Irre führend! Was diese Verkürzungen für unser tägliches Brot, den Unterricht mit Schülerinnen und Schülern bringen sollen, hat sich mir noch nie erschlossen. Aber wahrscheinlich bin ich einer der Ewiggestrigen, die sich allem Neuen widersetzen. Mag sein – und das wäre meistens auch gut so.

Jürgen Götz, Seligenstadt

Festanstellung zu verlangen, forderten Oppositionsparteien und Gewerkschaften noch 2014 lediglich höhere Honorare.

Kurz darauf beschloss man, das System schrittweise auch auf allgemeinbildende Schulen auszudehnen. Zuerst ging der Sprachunterricht in die Verantwortung freier Träger über. „So wie es mir heute geht, so ging es schon vor einer Generation meinen Kollegen in der Weiterbildung“, erinnert sich *Barbara*. Doch die Warnungen von damals nahm kaum jemand ernst. Im Gegenteil: Diese „Erfolgsgeschichte“ wurde ausgeweitet. Die Folgen? „Wer krank ist, bekommt kein Geld. Darum schleppen wir uns krank in den Unterricht, bis die Eltern kommen, uns ins Bett schicken und selbst den Unterricht übernehmen.“ Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Krankenversicherung erscheinen als blasse Erinnerungen an die Zeit eines Sozialstaates. Zum Glück bieten die „Ärzte ohne Grenzen“ ihre Notfallkrankenversorgung jetzt nicht nur für Flüchtlinge „sans papiers“, sondern auch für Lehrer ohne Arbeitspapiere an...

Aglaja Beyes, Wiesbaden

Aus dem Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Praxis und Schule (PuSch)

„Praxis und Schule“ (PuSch) hat inzwischen die Nachfolge des Projekts „Schule und Betrieb“ (SchuB) angetreten. Auch wenn HPRLL und Hessisches Kultusministerium (HKM) in Bezug auf die Notwendigkeit einer sozialpädagogischen Unterstützung für Jugendliche mit Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung keinen Dissens haben, zeigte das HKM keine Bereitschaft, die Ausgestaltung von PuSch mit dem HPRLL ernsthaft zu beraten. Das Ministerium teilte mit, dass die Ausschreibung für PuSch bereits fertiggestellt ist und bereits im März-Amtsblatt erscheinen werde. Diese sei jedoch nur ein „Platzhalter“, deutlich aussagekräftigere „Leitlinien“ befänden sich derzeit noch zur Abstimmung im Ministerbüro.

Der HPRLL kritisierte, dass PuSch-A an allgemeinbildenden Schulen nach dem bisher vorliegenden Konzept nur in abschlussbezogenen Hauptschulklassen möglich sein soll. Das würde zahlreiche Schülerinnen und Schüler mit einer Abschlussgefährdung an Integrierten Gesamtschulen ausschließen. Deren integratives, schulformübergreifendes Konzept, das oft auch inklusive Beschulung einschließt, ist mit Sonderklassen nicht vereinbar.

Weiter kritisierte der HPRLL, dass pro Klasse nur 0,25 Sozialpädagogenstellen vorgesehen sind. Status und Besoldung der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sind noch unklar, sie sollen bei freien Trägern beschäftigt werden. Die Kooperation mit den be-

ruflichen Schulen soll nur im ersten Halbjahr an zwei Tagen erfolgen, im zweiten Halbjahr sollen die Schülerinnen und Schüler an diesen Tagen in die Betriebe.

An Förderschulen soll es kein PuSch-A geben, stattdessen sollen die Jugendlichen für PuSch-A an Hauptschulen angemeldet werden. Die Frage, was passiert, wenn es in der Nähe gar keine Hauptschule gibt, konnte das Ministerium nicht befriedigend beantworten. Gegebenenfalls müsse man über Ausnahmen nachdenken.

An den berufsbildenden Schulen soll PuSch-B die EIBE-Maßnahmen ersetzen (Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt), die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert werden. Derzeit gibt es 197 EIBE-Klassen. In PuSch-B sollen nur noch 84 Gruppen gebildet und damit maximal 1.344 Jugendliche gefördert werden. Der Bedarf ist viel höher: Nach dem Zuweisungserlass (Stand 3.12.2014) besuchten 2.064 Jugendliche das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), 4.451 eine Sonderklasse und 2.928 ein EIBE-Maßnahme. Die PuSch-Förderung würde also gerade für 15 Prozent dieser rund 9.500 Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stehen! Die anderen sollen nach Aussage der Dienststelle eine Maßnahme für Flüchtlinge, ein BVJ oder eine Berufsfachschule (BFS) besuchen. Auch für diese Gruppen fordert der HPRLL eine sozialpädagogische Unterstützung. Bisher ist diese jedoch nicht vorgesehen.

Landesprogramm für Flüchtlinge

Das HKM hat angekündigt, die Zahl von 48 Stellen für Seiteneinsteiger und Flüchtlinge auf 68 aufzustocken. 16- bis 18-jährige Jugendliche sollen im Landesprogramm „Integra“ in Gruppen von bis zu 12 Schülerinnen und Schülern für die Dauer von bis zu zwei Jahren 20 Stunden Deutschunterricht erhalten. Der HPRLL begrüßte dieses Programm, forderte aber eine Erweiterung der Zugangsberechtigung auf bis zu 25 Jahre. Für ältere Flüchtlinge sind aus Sicht des HKM das Sozialministerium und die Kommunen zuständig.

HPRLL beim Bildungsgipfel

Aufgrund der Kritik an der einseitigen Besetzung der Arbeitsgruppen des Bildungsgipfels und des drohenden Ausstiegs der GEW und anderer Organisationen, die das Thema der Chancengleichheit im Bildungswesen beim Gipfel bearbeitet wissen wollen, wurde die Zahl CDU-naher Organisationen reduziert und der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRLL) als Interessenvertretung der 50.000 hessischen Lehrkräfte zusätzlich eingeladen. Ab sofort ist der HPRLL in allen Arbeitsgruppen des Bildungsgipfels vertreten.

Vorbereitungsdienst in Teilzeit

Endlich liegt die Rechtsverordnung vor, dass Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) ab dem 1.8.2015 auch in Teilzeit arbeiten können. In Anspruch nehmen kann man das Teilzeitmodell, wenn ein oder mehrere Kinder betreut oder nahe Familienangehörige gepflegt werden müssen. Auf Vorschlag des HPRLL wurde die Antragsfrist von drei Monaten auf zwei verkürzt, so dass neu eingestellte LiV sich noch informieren und beraten lassen können, bevor sie ihren Antrag abgeben. Dadurch, dass im ersten und zweiten Hauptsemester bei Teilzeit nun weniger Module und weniger Unterrichtsverpflichtung abzuleisten sind, verlängert sich der Vorbereitungsdienst je nach gewähltem Modell um ein oder zwei Halbjahre.

Erlassentwurf Suchtprävention

Der Erlass zur Suchtprävention schreibt die Ansätze des bisher geltenden Erlasses fort. Die Aufgaben, die den Schulen und den Beauftragten für Suchtprävention zugeschrieben werden, sind anspruchsvoll und umfangreich. Nach dem Erlassentwurf hat die Schule „im Rahmen der Primärprävention (...) den Auftrag, alle (!) Schülerinnen und Schüler zu einem suchtfreien Leben zu befähigen“. Gleichzeitig wurden Entlastungsstunden in großem Stil gestrichen und die Schulen letztendlich mit der Problematik alleine gelassen. Die Aufgaben der Beauftragten für Suchtprävention sind ohne entsprechende zeitliche Entlastung nicht erfolgreich durchzuführen. Der HPRLL forderte, die Anrechnungsstunden auszuweiten.

Soziale Netzwerke in der Schule

Die neue „Handreichung für Lehrkräfte zum Umgang mit Sozialen Netzwerken in Schulen“ wurde mit dem HPRLL erörtert. Grundsätzlich hat der HPRLL diese Handreichung begrüßt, da sie akzeptable Empfehlungen gibt, die im alltäglichen Umgang mit Facebook und Co. und der elektronischen Kommunikation mit Schülerinnen und Schülern brauchbar und hilfreich sind. (Download: <https://kultusministerium.hessen.de> > Schule > Medienbildung)

Wir gratulieren im April ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Volker Adam, Rotenburg
 Hans-Georg Albert, Guxhagen
 Gerhard Bader, Reiskirchen
 Karl-Heinz Becker, Schöffengrund
 Tristan Berberich-Häbel, Frankfurt
 Inge Berge, Spangenberg
 Elfi Braun-Grimm, Kriftel
 Ingrid Correus-Jank,
 Mörfelden-Walldorf
 Roland Depréz, Kirchhain
 Klaus Diehl, Bad Camberg
 Gerhard Ditsch, Feldatal
 Brigitte Ernst, Frankfurt
 Eva Fiege, Mainz
 Helmut Fleischmann, Fulda
 Ursula Gärtner, Kassel
 Monika Grebing, Hofgeismar
 Hans-Joachim Gruel, Wölfersheim
 Bernd Hahnl, Hofgeismar
 Hedwig Henkel, Bad Hersfeld
 Inge Henrich, Kassel
 Heinrich Hesse, Fritzlar
 Margareta Homolla-Jungbluth,
 Betzdorf
 Klaus Hühn, Gründau
 Bernhard Jäger, Aarbergen
 Helmut Kaiser, Nidda
 Sylvia Knapp, Hofheim
 Wolfram Krause, Bruchköbel
 Hans-Ulrich Krick, Hanau
 Ernst Kroeger, Marburg
 Angelika Kuckelmann-Heyn, Frankfurt
 Hans Kurz, Frankfurt am Main
 Klaus Leese, Lautertal - Eichelhain
 Roland Lemper, Löhnberg
 Almut Lipke-Wagenbach, Gießen
 Angela Lueder, Greifenstein
 Ingeborg Merthan, Dillenburg
 Wilfried Michel, Gießen
 Iris Neubert, Ober-Ramstadt
 Ingrid Nitsch, Romrod
 Heike Nowak, Kassel
 Günter Opitz, Fuldata
 Annette Patz-Moers, Mainz
 Edgar Rudloff, Brechen
 Renate Rühl, Flörsheim
 Doris Schmidt-Dobler, Heuchelheim
 Cornelia Sigmund, Niedernhausen
 Werner Söffker, Buseck
 Werner Theobald, Frankfurt
 Gisela von Auer, Flörsheim
 Stefan Weckmann, Rodgau
 Karl-Heinz Wolff, Bad Arolsen

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Dietmar Becher, Gießen
 Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger,
 Frankfurt

Volker Fischer, Frankfurt
 Bernd Gottschalk, Hofheim
 Margarete Graf, Offenbach
 Anton Kriegelstein, Schlüchtern
 Edna Vornberger, Dietzenbach

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Hans Baumunk, Neckarsteinach
 Helga Roeske, Lampertheim
 Erika Trus, Jesberg

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Werner Friedrich, Bad Wildungen
 Dieter Möbus, Reiskirchen
 Hans-Jochen Schmitt, Linden

... zum 75. Geburtstag:

Ulrich Becker, Darmstadt
 Monika Blum, Schmitten
 Rudolf Feldmann, Pfungstadt
 Jakob Fink, Witzenhausen
 Christa Gelbach, Frankenberg
 Wilhelm Gernhardt, Darmstadt
 Sigmar Giessing, Frankfurt
 Dr. Peter Hauck-Scholz, Marburg
 Wolfgang Heddrich, Bad Hersfeld
 Helga Herzog, Schwalmthal
 Sigrid Jacoby, Seeheim-Jugenheim
 Barbara Karhoff, Marburg
 Dieter Kraushaar, Giessen
 Hermann Küster, Frankenu
 Erwin Luckhardt, Schwalmstadt
 Helmut Machelett, Limburg/Lahn
 Hellmuth Neumann, Guntersblum
 Gernot Richter, Heusenstamm
 Werner Säuberlich, Lich
 Renate Schad, Rodenbach
 Hannelore Schardt, Darmstadt
 Christian von Meltzer, Grünberg

... zum 80. Geburtstag:

Dietmar Becher, Gießen
 Wilhelm Diebitsch, Glauburg
 Dr. Ingrid Haller, Frankfurt
 Dr. Günther Hrabe-De-Angelis,
 Limburg

Dr. Karl Munser, Neu-Isenburg
 Charlotte Rüdebusch, Niestetal
 Horb Schiöberg, Worms
 Walter Sellmann, Allendorf
 Karin Sochatzy, Darmstadt
 Johannes-D. Ulbricht, Cogolin

... zum 85. Geburtstag:

Ruth Hengstenberg, Heidenrod
 Clemens Schreiber, Schlüchtern

... zum 90. Geburtstag:

Walter Gräf, Oberursel
 Günter Schoppe, Neukirchen

Junge Konzerte in der Alten Oper

Jugendliche klassische Musik entdecken zu lassen und sie dafür zu begeistern – das ist das Ziel der Jungen Konzerte. Seit mehr als sechs Jahrzehnten bietet das hr-Sinfonieorchester mit dieser erfolgreichen Konzertreihe Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, das vielseitige sinfonische Repertoire auf höchstem Niveau – aber zu niedrigen Preisen – kennenzulernen. Durch die Konzerte führen im Wechsel die hr2-Moderatoren *Niels Kaiser* und *Karmen Mikovic* sowie der Geiger des hr-Sinfonieorchesters *Peter Zelenka*. Das nächste junge Konzert findet am 21. Mai 2015 statt. Für Jugendliche gibt es vergünstigte Tickets bei www.hr-ticketcenter.de.

Globale Bildungskampagne

Die diesjährigen Aktionswochen der Globalen Bildungskampagne vom 26. April bis 5. Juli 2015 haben prominente Unterstützung durch die 17-jährige Pakistanerin *Malala Yousafzai* und den Inder *Kailash Sathyarathi*, die 2014 den Friedensnobelpreis erhielten. Kailash ist Gründer des „Global March Against Child Labour“ und Mitbegründer und von 2000 bis 2011 Präsident der Globalen Bildungskampagne.

Die GEW setzt sich seit der Gründung des deutschen Bündnisses der Globalen Bildungskampagne in jährlich stattfindenden Aktionswochen aktiv für das Recht auf Bildung für alle ein. Dieses Jahr lautet das Motto unserer Aktionswochen „Bildung macht Zukunft“.

• *Anmeldung und Unterrichtsmaterialien:* www.bildungskampagne.org/weltklasse

Außerschulische Lernorte

Die neue Ausgabe der Online-Zeitschrift „Schulpädagogik heute“ zum Thema „Außerschulische Lernorte“ ist jetzt unter www.schulpaedagogik-heute.de frei einsehbar im Netz: Die neue Ausgabe zur Attraktivität, Lernwirksamkeit, aber auch zur Problematik außerschulischer Lernorte wurde von *Dr. Dietrich Karpa*, *Gwendolyn Lübbecke* und *Bastian Adam* in Zusammenarbeit mit der Redaktion und dem wissenschaftlichen Beirat von *Schulpädagogik-heute* konzipiert und koordiniert.

Bildung im Hessischen Rundfunk

Auf der Seite www.wissen.hr-online.de findet man das aktuelle Bildungsprogramm des Hessischen Rundfunks im hr-fernsehen, im Hörfunk und auf hr-online sowie Begleitmaterial zu den Sendungen. Dort kann man auch den wöchentlichen Newsletter wissen² abonnieren.

„Wissen und mehr“, das Bildungsprogramm im hr fernsehen, wird montags bis freitags von 11 bis 11.30 Uhr gesendet. In den nächsten Wochen stehen Sendereihen zu den Themen „Zuhause in Deutschland“ (14. und 15.4.), „Deutschland im Überblick“ (16. und 17.4.), „Lebensmittel-ethik“ (6 Folgen vom 20. bis 24.4.) und „Mauerjahre – Leben im geteilten Berlin“ (4 Folgen vom 27. bis 30.4.) auf dem Programm.

Auch die Hörfunksendungen „Wissenswert“ auf hr-iNFO eignen sich für die Schule. 15-Minuten-Beiträge gibt es samstags und sonntags um 20.15 Uhr, 30-Minuten-Sendungen sonntags um 7.35 Uhr mit Wiederholung sonntags um 15.35 Uhr, montags um 21.35 Uhr und am darauffolgenden Samstag um 17.05 Uhr. Sendungen zu gesellschaftlichen Themen gibt es am 12. April (Debattenkultur in Deutschland, Europa und den USA) und am 1. Mai (Tag der Arbeit: Die Rolle der Gewerkschaften).

Transparenzkodex für Unterrichtsmaterialien

Die Bertolt-Brecht-Schule in Darmstadt hat den Transparenzkodex für Unterrichtsmaterialien der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) eingeführt (www.dvpb.de > Aktuelles). Die Fachschaft Politik und Wirtschaft des Darmstädter Oberstufengymnasiums will damit die Flut der Gratisunterrichtsmaterialien, die in die Schulen strömt, eindämmen. Der Transparenzkodex der DVPB sieht dagegen vor, dass Unterrichtsmaterialien Dritter nur mit Finanzierungsquelle genannt werden. Dies gilt besonders für die hinter Vereinen, Stiftungen oder Instituten stehenden Geldgeber. Die Lehrkräfte der Bertolt-Brecht-Schule in Darmstadt hoffen so, eine distanziert-reflektierte Grundhaltung und ein Gespür für allgegenwärtige Manipulationsversuche bei den Schülern entwickeln zu können.

Junges Literaturland Hessen

Beim „Jungen Literaturland“ haben jeweils fünf Schulklassen der Jahrgangsstufen 5 bis 10 die Gelegenheit, mit fünf Schriftstellern an literarischen Orten in Hessen zu arbeiten: So schrieb der Romanautor *Feridun Zaimoglu* im Büchnerhaus in Riedstadt-Goddellau mit Schülerinnen und Schülern der Bertha-von-Suttner-Schule in Mörfelden-Walldorf kleine dramatische Szenen, die von *Georg Büchner* inspiriert waren (Foto). Weitere Orte waren das Aktive Museum Spiegelgasse in Wiesbaden und das Frankfurter Goethehaus. Die so entstandenen Texte werden mit Unterstützung von Radiojournalistinnen und Mediencoaches in Hörstücke, Soundcollagen und Interviews umgesetzt. Auf der Webseite www.junges-literaturland.hr.de präsentieren die Schülerinnen und Schüler die Ergebnisse.

Bewerbungsschluss für die nächste Staffel ist am 31. Mai 2015. Für die fünf Gruppen, die den Zuschlag bekommen, beginnt die Arbeit mit einem Workshop mit dem Autor oder der Autorin vor den Herbstferien. Danach folgen ein weiterer Schreibworkshop und die Termine für die Recherche im Museum und für die akustische Umsetzung.

Das Projekt wird von der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen



Foto: Franziska Frank, Bertha-von-Suttner-Schule Mörfelden-Walldorf

unterstützt, vom Projektbüro Kulturelle Bildung des Hessischen Kultusministeriums und dem Arbeitskreis Rundfunk und Schule beim Hessischen Rundfunk.

- *Bewerbungen mit Angaben zur Lerngruppe, Kontaktdaten der betreuenden Lehrkraft und einer Projektskizze, die die Motivation zur Teilnahme und erste Ansätze zum literarischen Thema in Bezug auf ein Museum oder einen literarischen Ort beschreibt, an: literaturland@hr.de*

- *Weitere Informationen bei Christiane Kreiner und Karoline Sinur vom Projektbüro „Junges Literaturland Hessen“, hr2-kultur, 60222 Frankfurt, Tel. 069-1554960, und auf der Homepage www.junges-literaturland.hr.de*

Krankenversicherungen als Selbsthilfevereine

Professor *Peter Borscheid* ist Wirtschafts- und Sozialhistoriker und lehrte bis zu seiner Emeritierung 2009 an der Philipps-Universität in Marburg. Er befasst sich seit Jahren mit der Geschichte des Versicherungswesens und hat jetzt eine Broschüre zu den Ursprüngen privater Krankenversicherungen als „Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit“ verfasst.

Ab 1905 schlossen sich viele kleine kommunale Einrichtungen der damaligen „Krankenunterstützungskasse für die Gemeindebeamten der Rheinprovinz“ an, der heutigen Debeka Krankenversicherung, die nach eigenem Bekunden bis heute unverändert ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit ist.

- *kostenlose Bestellung per Mail: unternehmensarchiv@debeka.de*

GEW und IG Metall: Lernen für die Arbeitswelt

GEW und IG Metall laden interessierte Mitglieder vom 14. bis 17. Juni 2015 zu einer bundesweiten Lehrerfortbildung „Arbeit als Gegenstand schulischen Lernens“ in der Bildungsstätte der IG Metall in Berlin ein. Der gemeinsamen Verständigung über den Arbeitsbegriff, die veränderte Arbeitswelt sowie eine menschengerechte Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik folgt bei einer Betriebserkundung in einem Metallbetrieb und Gesprächen mit Mitgliedern des Betriebsrats und der Jugendvertretung der Blick in die betriebliche Praxis. Seminarkosten für Gewerkschaftsmitglieder werden übernommen.

- *Weitere Infos und Anmeldung: Martina Schmerr (Martina.Schmerr@gew.de, Tel: 069-78973322) und Bernd Kassebaum (Bernd.Kassebaum@igmetall.de, Tel: 069-66932414)*

Frankfurter ADHS-Studie

Laut Arzt-Report der Barmer GEK von 2013 nehmen 7% aller elfjährigen Jungen in Deutschland Ritalin oder ein ähnliches Medikament ein. Die WHO geht davon aus, dass sich der weltweite Verbrauch von Methylphenidat von 4,2 Tonnen im Jahr 1992 auf 51 Tonnen im Jahr 2011 gesteigert hat. Die Ausgabe 164 der Zeitschrift „Analytische Kinder- und Jugendlichen-Psychotherapie“ (AKJP) informiert umfassend über die zukunftsweisenden Ergebnisse der Frankfurter ADHS-Wirksamkeitsstudie, die mit Unterstützung der Vereinigung Analytischer Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten unter Federführung von Frau Prof. Marianne Leuzinger-Bohleber durchgeführt wurde. Marianne Leuzinger-Bohleber ist Professorin für Psychoanalyse an der Universität Kassel, Lehranalytikerin und Geschäftsführende Direktorin des Sigmund-Freud-Instituts in Frankfurt. Der empirische Vergleich der Wirksamkeit analytischer Psychotherapie bei ADHS-Kindern mit der Wirksamkeit der verhaltenstherapeutischen und medikamentösen Behandlung erbrachte die folgenden Ergebnisse:

- Die psychoanalytische Kindertherapie ohne Medikation zeigt eine ebenso signifikante Reduktion der störungsspezifischen Symptome wie eine verhaltenstherapeutisch-medikamentöse Kombinationsbehandlung.

- Im Durchschnitt dauerten die psychoanalytischen Therapien rund 26 Monate. Im Vergleich dazu nahmen ca. 60% der verhaltenstherapeutisch und medikamentös behandelten Kinder im Durchschnitt rund 30 Monate lang Psychostimulanzien ein. Diese Ergebnisse können insgesamt als ein Nachweis für eine wirksame Alternative zur Einnahme von Psychostimulanzien gewertet werden. Auch dauert eine psychoanalytische Behandlung nicht unbedingt länger. Dieses Ergebnis ist bedeutsam, da die lange Dauer von psychoanalytischen Therapien oft kritisiert wurde.

Das Sonderheft der Zeitschrift enthält neben der Dokumentation der Frankfurter ADHS-Studie einfühlsame Fallberichte über die psychoanalytische und psychotherapeutische Arbeit mit ADHS-Kindern. Die Zeitschrift kann beim Verlag Brandes & Apsel bezogen werden (www.brandes-apsel-verlag.de, Heft 164 Jg.4/2014, Einzelpreis 19,90 Euro).



Klinik am
Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht
es aufwärts!

HOTLINE: 07221/39 39 30

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom

Kostenübernahme: Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**
Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Diese Anzeige kostet nur 56,25 EUR zzgl.Mwst. !

Für Segelfahrten in Holland schauen Sie ...



Für Klubs,
Schul-/
Jugendgruppen,
Incentives oder
Einzelteilnehmer

www.segeln.nl

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND

Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST
tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

Ihre Jubiläums- oder Projektbroschüren

Komplett gestaltet durch uns –
auch ohne Kosten für Ihre Schule!

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft, Postfach 944,
61289 Bad Homburg, Email: mlverlag@wsth.de, Tel. 06172-95830 (Herr Vollrath)

Private Akutklinik für
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

Info-Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

Beamendarlehen 10.000 € - 120.000 €
 Extra günstige Kredite für Sparfüchse
 Umschuldung: Raten bis 50% senken
 Baufinanzierungen gigantisch günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
 Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
3,47% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 3,47% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,42% p.a., Rate 447,- €, Gesamtkosten 21.425,62 €

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 178180-25
 Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,98%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentwurf, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate
 Sondernützung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.

www.Autokredit.center

www.AK-Finanz.de



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt · Pralat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

**Alle im Schulalltag wichtigen
 Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Erlasse**
 Das Standardwerk:
 Wahlweise klassisch auf Papier oder digital auf CD
Alles auf aktuellem Stand!



**Die nächste Hessische Lehrerzeitung
 erscheint am 8. Mai 2015.**
**Bitte beachten Sie den Anzeigenschluss
 am 20. März 2015.**

Ich bestelle

- Expl. DuS-CD-ROM**
- zum Preis von Euro 38,-
- GEW-Mitgl.-Preis Euro 28,-

Oder doch lieber Papier?

Ich bestelle

- Expl. DuS-Grundwerk in 2 Ordnern**
 - zum Preis von Euro 38,-
 - GEW-Mitgl.-Preis Euro 28,-
- Alle Preise zzgl. Versand

Debeka

Versichern und Bausparen



**Debeka Versicherungsverein auf
 Gegenseitigkeit – von Beamten
 für Beamte gegründet**



Das Geheimnis des Erfolges liegt darin, den Standpunkt des anderen zu verstehen. 1905 wurde die Debeka Krankenversicherung von Beamten für Beamte gegründet. Wir kennen den Bedarf und haben darauf unseren leistungsfähigen und kostengünstigen Versicherungsschutz für Sie abgestimmt. Nicht nur führende Wirtschafts- und

Verbrauchermagazine, sondern insbesondere unsere Mitglieder bestätigen uns immer wieder die hervorragende Qualität unserer Produkte.

Profitieren auch Sie
 von unserer Leistungsstärke.



anders als andere

**Landesgeschäftsstellen
 in Hessen**

**Bahnhofstraße 55-57
 65185 Wiesbaden
 Telefon (06 11) 14 07-0**

**Frankfurter Straße 4
 35390 Gießen
 Telefon (06 41) 97 42 1-0**

www.debeka.de



Name/Vorname _____

ggf. GEW-Mitgliedsnr. _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Mensch & Leben Verlagsges.
Postfach 1944,
61289 Bad Homburg v.d.H.
Tel.: 06172-9583-0,
Fax: 06172-958321
Email: mlverlag@wsth.de



11. März 2015: Warnstreik in Hessen, Demonstrationen in Kassel, Gießen und Darmstadt (Foto oben und unten links)

Tarif- und Besoldungsrunde: Wir lassen uns nicht abhängen!

Solidaritätsaktionen in Schwalmstadt und Michelstadt (oben rechts), an der IGS Kelsterbach und den Ernst-Reuter-Schulen Frankfurt (unten rechts), der Personalräte im Main-Taunus-Kreis (unten links) und der Geschwister-Scholl-Schule in Wiesbaden (oben links)

